

Anhörung

W O R T P R O T O K O L L

der 6. (nichtöffentlichen) Sitzung
des Parlamentarischen Beirates
für nachhaltige Entwicklung der 16. Wahlperiode

am Mittwoch, den 25. Oktober 2006, 16:00 Uhr,

Jacob-Kaiser-Haus,

Sitzungssaal 2.732

Vorsitz: Dr. Günter Krings, MdB (CDU/CSU)

Beginn: 16:00 Uhr

Der Vorsitzende: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung mit dem einzigen Tagesordnungspunkt unserer heutigen Anhörung „Demographie und Infrastruktur“. Ich darf Sie damit auch zugleich nicht nur zur ersten öffentlichen Anhörung des Parlamentarischen Beirates in dieser Wahlperiode begrüßen, sondern auch zur ersten Anhörung dieses Parlamentarischen Beirates überhaupt.

Der letzte Parlamentarische Beirat in der 15. Wahlperiode hatte eine Anhörung zum gleichen Thema vorbereitet. Auf dieser Grundlage konnten wir auch relativ zügig diese Anhörung weiter organisieren und vorbereiten. Allerdings ist uns damals etwas dazwischen gekommen. Der damalige Bundeskanzler hat es vorgezogen, das Parlament auflösen zu lassen, um dadurch zu verhindern, dass wir diese Anhörung auch durchführen konnten. Jedenfalls haben wir in dieser Wahlperiode unter diesen Widrigkeiten noch nicht zu leiden, und insofern die Chance, die bereits in der letzten Wahlperiode anvisierte Anhörung auch durchführen zu können. Ich freue mich, dass das geklappt hat und vor allem bedanke ich mich bereits jetzt, dass die Sachverständigen, die wir eingeladen haben, auch hier sind. Herzlich willkommen und vielen Dank, dass Sie auch die teilweise ja nicht geringe Anreise auf sich genommen haben. Ich muss Ihnen allerdings leider mitteilen, dass der Sachverständige Holger Dalkmann erkrankt ist und wir heute mit sieben Sachverständigen vorlieb nehmen müssen.

Der Parlamentarische Beirat hat sich bewusst auch in dieser Wahlperiode entschieden, das Thema „Demographie und Infrastruktur“ zum Gegenstand der ersten Anhörung zu machen; nicht weil wir glauben, dass Themen wie die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme oder fiskalische Fragen der Nachhaltigkeit weniger wichtig sind, sondern weil es gut ist, dass wir gerade das weniger im medialen Fokus stehende Thema „Demographie und Infrastruktur“ zu einem Schwerpunkt der Arbeit machen. Weil es eben weniger auch in anderen Gremien behandelt wird und oft auch bei der Beschreibung, was denn unter Nachhaltigkeit zu verstehen sei, eher hinten herunter fällt.

Ich möchte, bevor wir einsteigen in die Anhörung, noch ein paar technische Hinweise geben. Wir haben uns für die Anhörung eine Dauer von vier Stunden vorgenommen, das heißt bis maximal 20:00 Uhr sollten wir tagen und das ist sicherlich als Höchstgrenze zu verstehen. Wenn wir mit dreieinhalb Stunden auskommen sollten, wird auch sicherlich niemand traurig sein. Es wird, um auch den Zeitplan einzuhalten und den Zeitrahmen nicht zu überschreiten, keine Unterbrechung bei der Anhörung geben. Wir werden also durcharbeiten, das ist auch durchaus zumutbar. Jetzt besteht die Möglichkeit, hier noch Getränke zu erwerben. Im Foyer wird es dazu dann noch einmal um 18:00 Uhr die Möglichkeit geben. Das wollte ich noch ausdrücklich mitteilen und Ihnen die Sorge nehmen, hier zu verhungern oder zu verdursten.

Die Anhörung, da setze ich Ihr Einverständnis voraus, wird per Band mitgeschnitten um uns auch die Auswertung zu erleichtern. Aus dem Grunde bitte ich insbesondere die Sachverständigen, gleich zu Beginn ihres Statements und auch zu Beginn ihrer Antworten, kurz ihren Namen zu nennen und dann in das Mikrofon hineinzusprechen, es zuvor anzuschalten und noch wichtiger, das ist oft ein Problem bei der Mikrofonanlage, nach ihrem Statement, nach der Fragebeantwortung auch

wieder auszuschalten, so dass das Licht nicht mehr brennt. Ansonsten hätten wir das Problem, dass das nächste Mikrofon dann nicht mehr anzuschalten wäre.

Wir haben uns darauf verständigt, dass wir den Sachverständigen Gelegenheit geben, ihre jeweilige Expertise oder die jeweiligen Punkte in einem kurzen Eingangstatement vorzustellen. Es wäre gut, wenn das nicht länger als 10 Minuten dauern würde. Wenn jemand partout auf 15 Minuten eingestellt worden ist, weil auch diese Zeit einmal unsererseits genannt wurde, dann ist das aber die absolute Obergrenze. Nach 15 Minuten würde ich dann ausnahmsweise so rüde sein und unterbrechen müssen, weil wir sonst einfach zu wenig Zeit für die Fragen haben.

Wir wollen um die Fragen etwas zu strukturieren, das ganze dann in drei Fragerunden aufteilen. Das geschieht anhand des Fragenkatalogs, der Ihnen auch zugegangen ist, da haben wir ja bestimmte Themengebiete dann zusammengruppiert. In der ersten Runde werden wir allgemeine Fragen an alle Sachverständigen richten. Bei Frau Tatje sind es besondere Fragen, weil wir Ihnen besondere Fragen gestellt haben, die würden wir auch im ersten Teil dann gern mit abhandeln. Unsere Fragen aus diesen Themenbereichen, das geht jetzt an die Kolleginnen und Kollegen des Beirats, wollen wir dann auch in die erste Runde ziehen. In der zweiten Runde möchten wir dann thematisch etwas spezieller Fragen stellen aus dem Bereich Raum- und Städteplanung, Bauen und Wohnen, Mobilität, Ver- und Entsorgung. Danach hätten wir dann noch eine dritte Fragerunde. In der dritten Fragerunde besteht Gelegenheit, zu Lösungsansätzen und Vergleichsmöglichkeiten Fragen zu stellen.

Wir haben uns darauf verständigt im Vorfeld unter den Obleuten, dass jeder Fragesteller nachher zwei Fragen an einen Sachverständigen stellen kann, oder jeweils eine Frage an zwei Sachverständige. Das soll auch nicht fraktionskontingentiert sein, sondern jeder der möchte, kann Fragen stellen. Wenn wir merken, dass wir in einer Runde innerhalb eines Themenkomplexes nicht auskommen, können wir auch noch Nachfragen zulassen. Wir haben uns erlaubt, bei der Reihenfolge der Statements nicht dem Alphabet zu folgen, das wäre die denkbar unintelligenteste Variante, sondern uns vom Allgemeinen zum Speziellen durchzuarbeiten. Ich darf kurz vorlesen, damit sich jeder ungefähr drauf einstellen kann, wann er dran kommt. Herrn Esche habe ich schon vorgewarnt, dass er der erste sein wird. Danach Professor Becker, Frau Tatje, Herr Leindecker, Frau Professor Spellerberg, Herr Mensing und Herr Dr. Oelmann. In dieser Reihenfolge wollen wir jedenfalls die Eingangstatements machen und dann darf ich damit die technischen Hinweise beenden und als erstem Herrn Esche das Wort geben. Bitte schön.

Herr Esche: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren überhaupt, liebe Kollegen. Wir haben 10 möglichst strikte Minuten und ich versuche aus meiner Sicht einen Überblick zu geben, was ich an der Thematik für wichtig halte, wo ich denke, wo wir stehen und gegebenenfalls an welchen Stellen wir nachjustieren müssen. Ich sage also nichts groß über demographischen Wandel, mein Fachgebiet. Ich unterstelle jetzt mal, dass alle die hier sitzen, da ausreichend vertraut sind, aber ein paar grundsätzliche Entwicklungen scheinen mir wichtig in dem Zusammenhang mit diesem Thema.

Punkt 1 Heterogenität der Entwicklung. Wir reden in der Regel über demographischen Wandel immer als einen einheitlichen Komplex, als die Alterung der Gesell-

schaft oder der Schrumpfung der Gesellschaft. Das stimmt so praktisch nicht, sondern wir haben ganz unterschiedliche Entwicklungen absehbar in unterschiedlichen Regionen der Republik, insbesondere was die Thematik der Schrumpfung angeht. Ich komme gerade aus Bayern, da redet man über dieses Thema vollkommen anders in bestimmten Regionen, als etwa in den neuen Bundesländern. Insbesondere das Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung sind zum Teil sehr scharf räumlich abgegrenzt, unmittelbar nebeneinander. Denken Sie an den Norden von Berlin; der hat eine ganz eigene Spezifik in den Problemen, die daraus erwachsen. Gleichzeitig gibt es so was wie eine Homogenität der Entwicklung in der Generaltendenz. Es betrifft insbesondere das Thema der Alterung. Wir haben eine umfangreiche Untersuchung gemacht für knapp 3000 deutsche Kommunen, jeweils dort entsprechende Alterungs- und Bevölkerungsprognosen anfertigen lassen. Bei aller Heterogenität, ein Ergebnis ist eindeutig: es wird bis 2020 keine einzige deutsche Kommune jünger werden, nach unseren Einschätzungen nicht eine. Bei allen Sondertendenzen, die es jeweils geben mag. Was bedeutet das für Integration im Bezug auf Infrastrukturanpassung? Es geht hier um drei unterschiedliche Anpassungsvarianten.

Das erste ist Thema Ausbau von Infrastruktur in Abhängigkeit von der Entwicklung. Das bezieht sich insbesondere etwa auf das Thema der Alterung und dass neue Einrichtungen geschaffen werden müssen, die es in ausreichendem Maße nicht überall gibt. Es geht um das Thema Anpassung, also die Frage der Verkleinerung, gegebenenfalls Umstrukturierung und es geht schließlich auch um die Frage des Rückbaus. Politikökonomisch sage ich Ihnen auch nichts neues, Ausbau ist leichter als Rückbau, keine Frage. Was ist das übergeordnete Ziel? Gerade jetzt in der raumplanerischen Diskussion ist so etwas wie Sicherung der Daseinsvorsorge als generelle Überschrift, und auch hier muss man ein paar Grundmerkmale sich einfach im Hinterkopf behalten. Die Tendenz ist abzusehen, der Staat ist zunehmend überfordert, insbesondere wenn es sozusagen um einfache Fortschreibungen seines bisherigen Verhaltens geht. Hier ist sicherlich einer der Punkte, die man nennen muss, auf die ich auch kurz zurückkommen werde, die Frage, wie können wir da Ressourcen insofern auch effektiver nutzen, als wir die Kräfte zusammensparen.

Punkt 2. Mit dem Ziel der Sicherung der Daseinsvorsorge ist mit Sicherheit der Fall, dass die Einbeziehung des privaten Sektors zukünftig stärker gefragt ist und privater Sektor dann noch mal, ich nehme es auch als dritten Punkt, hierbei das richtig Private, also das bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement. Jetzt werden gegenwärtig Leitlinien erarbeitet, und Kriterien sind da die Frage der regionalen Auslastung und so was wie zumutbare Erreichbarkeit, finanzielle Möglichkeiten, sprich Effizienz der Leistungserstellung. Da stecken eine ganze Reihe implizierter Annahmen dahinter, also etwa die Frage der zumutbaren Erreichbarkeit ist eine Frage von Standards. Was erwarten Sie, was eine zumutbare Erreichbarkeit ist, heute und in Zukunft. Das bringt uns unmittelbar zu dem Thema der gleichwertigen Lebensverhältnisse. Hier geht es um gleichwertig, nicht gleichartig oder gar gleich. Aber auch das, was bedeutet gleichwertig. Das ist letztlich eine Frage der individuellen Präferenz, die ich an meinen Lebensstandort stelle. Hier fehlen uns feste Größen und angesichts der Heterogenität der Entwicklung, wird sich das auch vernünftig kaum im einheitlichen Maße wieder finden lassen. Lange Rede, kurzer Sinn, wenn Sie etwa am Beispiel eines Landkreises in Mecklenburg-Vorpommern, wo es darum geht, die Pflichtgrenze der Erreichbarkeit eines medizinischen Notdienstes, also in 15 min muss der vor Ort sein, was für diesen Landkreis impliziert, dass er enorme Summen

in die Straßen investieren muss, die so gut wie nicht mehr befahren sind, nur damit der auch den letzten Dorfanger noch erreicht. Im Sinne der Gleichwertigkeit und Standardsetzung muss man überlegen, ob man nicht sozusagen eine differenzierte Standardsetzung, etwa anhand spezifischer Merkmale wie Bevölkerungsdichte, betreibt. Diese Diskussion ist aber aus meiner Sicht erst völlig am Anfang.

Ich will auf drei Punkte kurz noch eingehen. Kooperation zwischen Kommunen; die Kooperationserfahrung zwischen den Kommunen ist ja im Wesentlichen auf Wachstum ausgerichtet. Also lass uns mal zusammentun und irgendwie was neues Großes stemmen. Die Erfahrung zusammenzuarbeiten, wenn es darum geht, weniger zu verteilen oder etwas abzubauen, die ist neu, schmerzhaft und ist nicht eingeübt. Hier ist es natürlich so, dass das, was ohnehin schon schwierig ist, also die lokale Sichtgrenze, noch deutlicher wird. Ausweg ist so etwas wie eine Institutionalisierung dieser Zusammenarbeit, gegebenenfalls auch mit Hilfe der Raumplanung, die als neutraler Moderator dazukommen kann. Aber mit Sicherheit ist dies auch ein Fakt, wo man von außen Druck ausüben muss. Hier kommen in erster Linie aus unserer Sicht die Länder in die Pflicht etwas zu tun. Aufgabe der Landesregierungen, das findet zum Teil auch statt, wenn Sie nach Brandenburg schauen, dort gibt es sozusagen ein Zubrot von 200,00 Euro für jeden Einwohner, wenn sich zwei Gemeinden zusammentun. Wie stark das wirkt, weiß ich nicht, aber es ist ein Anfang. Oder wenn Sie das sächsische Kulturraumgesetz nehmen, dort zahlt der Staat, das Land nur dann etwas für kulturelle Aktivitäten, wenn es eine abgestimmte, koordinierte Planung des Kulturangebotes übergreifend gibt. Das sind zumindest aus meiner Sicht wichtige Schritte, in der Richtung. Public Private Partnerships möchte ich nur kurz streifen. Mit Sicherheit ist das wichtig, es findet statt; man muss nur fürchterlich Acht geben, sofern es aus unmittelbarer Not entsteht und man aus diesem Grund nicht so fürchterlich genau hinschaut, kann das ein ausgesprochener teurer Spaß werden. Man muss hier sehr genau im Einzelfall prüfen, wie die langfristige Integration einer solchen Entscheidung ist und da sagen die nach wie vor dann sowohl von der politischen Seite als auch vom Rechnungslegungsverfahren ist oft genug, dass es immer noch so ist, dass die kurzfristige Entlastung mehr zählt, würde ich da eher ein großes Vorsichtssignal ansetzen. Aber grundsätzlich völlig klar, noch mal genau justieren, an welchen Stellen das Sinn machen kann.

Dritter Punkt, den ich kurz streifen möchte, die Frage der Bürgermitwirkung und auch in Richtung der Initiierung bürgerschaftlichen Engagements. Wir versuchen das selber als Bertelsmann Stiftung und ich werde Sie nicht überraschen, das ist ein ausgesprochen mühsamer und aufwendiger Prozess in beiden Richtungen, sowohl in Richtung der Ehrenamtlichen, aber vielleicht noch mehr in Richtung der Hauptamtlichen, die dort sind, immer noch ausgesprochene Schwierigkeiten haben, mit diesem latenten Angebot umzugehen, es einzubinden und auch da die richtigen Schnittstellen zwischen professionellem Sektor und dem freiwilligen Sektor hinzukriegen. Aber es gibt ja eine ganze Reihe auch viel versprechender Ansätze. Auch hier denken wir ist es wichtig, über eine Institutionalisierung zu gehen, also es muss Anknüpfungspunkte vor Ort geben, je weiter runter umso besser, je quartiersnäher umso besser und das ist etwas, was wir gerade im Hinblick auf die Alterung in den Kommunen dringend brauchen. Es gibt da auch nette Beispiele. Ein Beispiel ist der Ausbau der A 31. Wenn ich richtig informiert bin, ging es da um ein kleines Teilstück und da haben immerhin 1600 private Sponsoren 40 % dieses Teilstücks finanziert. Das ist aber sicherlich nicht etwas, was man so insgesamt gedanklich vom Bundesverkehrswegeplan übertragen kann. Ich will auf die einzelnen Politikbereiche nicht mehr eingehen.

Eine Sache scheint mir wichtig, weil die Schwierigkeiten macht. Gerade im ländlichen Raum versucht man die Effekte auch insbesondere im Infrastrukturbereich von Schrumpfung und Alterung mit Blick auf das so genannte Zentrale-Orte-Konzept in den Griff zu kriegen. Wir haben ja schon erklärt, dass zentrale Mittelzentren eingerichtet werden. Das wird vielfach notwendig sein, da auch eine Konzentration hinzukriegen und auch hier aus unserer Sicht ist es notwendig, das auch mit entsprechenden Druck zu versehen, und einer der Drücke die man da ausüben kann, ist sehr deutlich zu machen, was es bedeutet, ein Mittelzentrum zu sein. Das man dort entsprechende Leistungen tatsächlich auch bereitstellen muss, sicherstellen muss und die entsprechend auch kostenmäßig belasten. Trotzdem vor diesem Hintergrund ist hier sicher Kommunikation eine Überzeugungsarbeit, eine entscheidende Komponente.

Letzter Satz, ich glaube sonst bekomme ich Ärger. Ein bisschen kommt es mir aus den Fragen so vor, als wenn man hier davon ausgeht, dass es nur noch um die Umsetzung technischer Fragen der Problematik geht. Ich denke, wir stehen vielfach noch weit davor. Unsere Erfahrung ist jetzt gerade auch in Zusammenarbeit mit Kommunen, insbesondere da in den politisch ehrenamtlichen Bereichen, ist vielfach die Erkenntnis dessen, was da kommt und was da notwendig ist, noch nicht angekommen. Also eine der großen nach wie vor großen Aufgaben ist es, das Thema dort entsprechend zu verbreiten und zu platzieren und aktive Unterstützung zu leisten, wie man mit dem Thema umgeht. Hier sehen wir insbesondere die Länder in der Pflicht, die sich allzu oft auf die Rolle zurückziehen und sagen, entweder ihr agiert in einer bestimmten Weise oder wir streichen Euch die Gelder. Hier muss eine stärkere, aktivierendere Rolle der Länder aus unserer Sicht angeregt werden, der Bund mag hier seines dazu beitragen. Herzlichen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, das war nahezu vorbildlich, die 10 Minuten wurden nur ganz knapp überschritten. Ich darf als zweiten um sein Eingangsstatement bitten, Professor Becker von der TU Dresden.

Prof. Becker: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Zunächst mal vielen Dank für die Einladung, vielen Dank für diese Einladung zu einem der langfristigen und grundsätzlichen Themen, die ich kenne. Ich möchte sagen zum Bohren dickster Bretter, dickster Bretter die ich kenne. Ich habe einige Folien für Sie vorbereitet, die ich sehr allgemein aufgehängt habe. Denn gerade am Anfang so einer Anhörung, so eines Beirates würde ich mir wünschen, dass man vielleicht noch mal die Zeit findet, etwas allgemeiner vielleicht grundsätzlicher zu diskutieren und im Zweifelsfall, ich komme von der TU aus dem Elfenbeinturm. Erlauben Sie mir, dass ich im Notfall klarer formuliere, als es diplomatisch geboten sein mag.

Ich habe den Schwerpunkt auf Mobilität und Verkehr gelegt und möchte drei Fragen beantworten. Erstens, was ist eigentlich unser Problem? Zweitens, was kann man überhaupt tun? Dann mag ich auf die Fragen, die uns Experten gestellt worden waren, zum Ausschuss kurz eingehen.

Nun, was ist eigentlich unser Problem, na das steht genau im Fragenkatalog drin, die bestehende Infrastruktur und die geplante muss überprüft werden, aus der Anhörung sollen Empfehlungen rauskommen, aha. Die Gesellschaft wird sich verändern, das wissen wir. Regional unterschiedlich, wir werden weniger und älter und jetzt wollen

wir einfach wissen, was das für die Infrastruktur bedeutet, sonst bleibt alles auf der Welt, wie es ist.

Darf ich Ihnen kurz vorstellen, Frau Elbert hat gerade in Dresden versucht, das quantitativ zu formulieren am Lehrstuhl. Ich will nicht im Detail darüber sprechen, da gibt es also die Demographie, die Finanzen und die Sozialleistung, das Steuersystem und wenn weniger älter werden, geben sie mehr für die Sozialsysteme, für die Gesundheit aus und dann wird das Steuersystem umgestellt und trotzdem sind es weniger Menschen, die weniger Geld frei haben. Das hängt ja alles miteinander zusammen. Darf ich nur mal zusammenstellen, was sich alles ändert? Anzahl und Alter der Einwohner und die Verteilung, das wissen wir und das Gesundheitssystem komplett, da beginnen wir. Es beginnt, das Steueraufkommen sich zu ändern, das Erwerbsleben überhaupt, die nachgelagerte Besteuerung und die Sozialleistungen. Wenn die sich ändern, dann ändern sich die Aufgaben der Haushalte und die Ausgaben sowieso. Solche Exclusion Ausschluss- und Teilhaben ist ein wichtiges Problem, das sehen Sie an allen Punkten und das sagen immer wieder Bildung, Bildung, Bildung. Das sind nur die internen Faktoren, externe ändern sich auch noch. Wir kriegen eine Zuwanderung oder nicht. Manche Wirtschaftsräume gehen rauf und runter, es gibt Innovationen oder nicht und es soll tatsächlich Belege dafür geben, dass sich der Erdölpreis mal ändern wird, ändern muss. Vielleicht kommt unsere Wirtschaftsstruktur mal ganz anders daher. Könnte es mal Umweltschäden oder Klimawandel, oder CO²-Grenzwerte geben. Es gab mal eine Enquetekommission, die sagte Minus 80 % in Deutschland. Dann gibt es vielleicht asymmetrische Kriege und Gesundheitsrisiken und Bildung weltweit, da ändert sich ja alles. Die Frage ist nicht was ändert sich, die Frage ist eher, was ändert sich nicht. Gibt es eigentlich einen Bereich, der sich nicht grundlegend ändern wird?

Darf ich Ihnen die erste Antwort aus meiner Sicht geben? Nein, alle werden sich ändern. Und daraus kann man folgern, ja wenn sich eh alles ändert, man weiß nicht was passiert, kann man sowieso heute noch gar nichts tun. Nee, dann muss man grundsätzlicher und früher beginnen. Ich habe drei Punkte, ich mag überlegen, was wir eigentlich wollen, ich mag einbeziehen, was jetzt schon feststeht und dann über Effizienz reden, denn Effizienz ist der Schlüsselbegriff.

Was wollen wir jetzt im Verkehr, mein Schwerpunkt. Na, Stau beseitigen und Reisezeit senken und Kosten senken. Wir haben die Bundesverkehrswegeplanung. Als aller erstes gibt es eine externe Prognose, 20 Jahre vorher, wie sehr Verkehr steigen wird. Das ist die absolute Grundannahme, diese Rahmenprognose wird nie mehr in Frage gestellt und auch nicht geändert, danach kommt ein komplexes Verfahren, das die optimalen Projekte nach vorne bringt. Es heißt, unser Hauptziel in der Gesellschaft ist es, Milliarden und Milliarden von Personenkilometern und Tonnenkilometern abzufahren, egal was sonst noch auf der Welt passiert. Da geht keine Demographie ein. Im Bundesverkehrswegeplan wird im Übrigen, nur damit Sie sich erinnern, unterstellt, die Nutzerkosten sinken, da geht kein Erdölpreis ein, da gibt es keinen externen Faktor mehr. Aber es gibt ein Unterziel, die Reisezeiten wollen wir senken, na ja, die allgemeinen Kosten. In der Realität sind dann die Reisezeiten, die machen über die Hälfte der Nutzenbeiträge bei den meisten Projekten aus. Seit vielen Jahrzehnten senken durch jedes BVWP-Projekt die Reisezeiten in Deutschland, das stimmt doch gar nicht. Wenn ich die Menschen frage, steigen die Reisezeiten, rechnen wir uns da was in die Tasche, ja. Da ist ein eklatanter Unterschied zwischen dem, was draußen passiert und was wir in jeder Nutzenkostenanalyse anlegen. Ist

das wirklich unser Ziel, Tonnenkilometer abzufahren? Ich habe ein komplexes Bild, das einem anderen Bild der Welt entspricht. Ganz in der Mitte steht dann eine Person, Individuen, kein Professor und mit Verlaub kein Bundesverkehrsminister, links oben stehen Bedürfnisse von Menschen, die wissen, was sie brauchen, die haben Hunger, müssen zur Arbeit, wollen ins Kino und abends ein Bier trinken. Manches davon können sie zu Hause machen, manches nicht, dann wissen sie, wo sie hinwollen. Die überlegen, überlegen, das Angebot der Gesellschaft rechts oben ist der Raum, zwischen dem sie aussuchen. Wenn wir denen viele Angebote machen, haben die Optionen in Los Angeles, haben sie genau eine Option. Es gibt ein Infrastruktursystem, das heißt Auto und das nehmen sie bitte für alles. Der nächste Supermarkt ist 30 Meilen weg. Sie können jetzt als Person auswählen und danach bewegen Sie sich und fahren oder laufen wohin und jetzt aus zwei Gründen:

Erster Punkt: Erstens wofür denn? Na, weil Sie ein Bedürfnis haben, Mobilitätsbedürfnis befriedigen. Das interessiert den Psychologen und den Soziologen. Wie sie das machen, ist doch eigentlich zweitrangig. Das interessiert den Ingenieur, ob Sie dann mit einem großen oder kleinen Auto oder mit dem Fahrrad oder mit der Straßenbahn, das ist doch nur ein Instrument. Ach so, Verkehr ist das Instrument, Mobilität das Ziel. Langfristig würde ich mir folgende Weichenstellungen in unserem Land wünschen. Mobilität ist was anderes als Verkehr. Mobilität steht für Bedürfnisse, Verkehr für Instrumente. Die Instrumente, ja da wünscht man sich doch was ganz anderes. Wenn ich jetzt gefragt werden würde, was ich mir in Deutschland als Oberziel wünsche, dann sage ich, Ausschluss darf nicht sein. Bedürfnisse für alle sind bitte im Rahmen, aber sicherzustellen. Und zwar sowohl die allein stehende Frau ohne Auto im ländlichen Raum, als auch Kinder in der Stadt, die nicht mehr runter dürfen zum Spielen, weil es viel zu gefährlich auf der Straße ist. Die haben keine Chance mehr, irgendwo im Park zu spielen, aber das ist ein Bedürfnis. Bedürfnisse für alle sicherstellen, das würde ich gerne messen und daraus würde ich gern einen Plan machen, einen Bundesmobilitätsplan, damit man mal guckt, wer hat eigentlich nicht seine Mobilität befriedigt.

Dann kommen wir zum zweiten Schritt. Wie machen wir das jetzt. Da habe ich auch ein paar Ideen. Mit wenig Geld, mit wenig Zeit, mit wenig Erdöl, mit wenig Unfällen, wenig Abgas, mit wenig Fläche, mit wenig Trendwirkung, mit wenig Verkehr. Wenn man trennt, dann heißt das bedürfnisgerechte Mobilität, natürlich für alle, niemand ausschließen bitte, mit weniger Verkehr. Der Ausschuss heißt, der Beirat heißt für nachhaltige Entwicklung. Was ist jetzt nachhaltige Entwicklung? Ach Fragen wir schnell Frau Brundtland. Das ist eine Entwicklung, die erstens die Bedürfnisse der heute Lebenden befriedigt. Niemand darf da sagen, die heute sind nicht unwichtig. Wir denken nur an die künftigen Generationen. Es geht um Jeden heute. Die sollen doch auch eine Chance kriegen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Das heißt, dass im Verkehr die Bedürfnisse heute, das waren eben die Mobilitätsbedürfnisse und die sind sicher zustellen. Ich muss die zur Arbeit und zum Einkaufen kriegen, sonst verhungern die mir. Aber das kann doch mit weniger Risiko, mit weniger Klimawandel, mit weniger Energieverbrauch, mit weniger Schulden machen, mit weniger Fläche, Lärm, Abgase und CO² gehen. Damit die Risiken für die künftige Generation kleiner werden. Das schließe ich wieder in einem Satz genau das Selbe daraus, eine wörtliche Übertragung der Brundtlanddefinition heißt im Verkehr bedürfnisgerechte Mobilität für alle mit weniger Verkehr ist genau das Selbe.

Zweiter Punkt: Was wollen wir denn jetzt heute einbeziehen. Na das steht eigentlich schon fest. Der Rückgang steht fest, die Alterung und die Gesundheitskosten, die stehen fest. Klima und CO², ich gehe davon aus, steht fest. Erdöl wird knapper und teurer, gibt's noch Gegenstimmen. Wir reden über Peak Oil, die Sozialleistungen werden steigen, der Erhaltungsaufwand der Struktur wird steigen. Wir haben in den 90er Jahren mit einem großen Aufwand die Netze ausgebaut. Wie lang halten die, 15 – 20 Jahre, wann kommt die nächste große Welle, in 5 – 15 Jahren. Remanenzkosten, ich habe es bisher geschafft, ohne das Wort zu verwenden. Wenn wir also weniger Steuerzahler haben, die weniger Geld bringen, aber höhere Kosten haben und für den Klimaschutz mehr Geld ausgegeben werden muss und für den Kraftstoff mehr Geld ausgegeben werden muss und für die Sozialleistungen mehr Geld ausgegeben wird und für den Erhaltungsaufwand mehr Geld; Leute es fehlt an Geld, ganz, ganz klassisch. In wenigen Jahren wir es im Vergleich zu heute noch viel knapper.

Daraus folgt: Das Sparkonto jetzt auffüllen, wenn wir es brauchen. Auf jeden Fall jetzt alle Schulden tilgen, denn mit Zins und Zinseszins werden die ja noch größer. Jetzt mit Klimaschutz anfangen. Mobilität, darum ging es, das war das Oberziel, möglichst zu Nullkosten erlauben, na wie soll denn das gehen. Wenn ich über die Straße gehen kann zum einkaufen, wenn ich vielleicht mit Home Working per Internet arbeiten könnte, wenn was vernetzt und nutzungsgemäß ist, wenn was mit Rad und Fuß erreichbar ist, dann kann der Erdölpreis kosten, was er will. Stadt und Regionen so planen, dass man es ohne CO² und ohne Erdöl vielleicht dann auch noch schaffen kann, das erhält Mobilität. Natürlich den öffentlichen Verkehr, denn da sitzen 50 oder 120 in der Straßenbahn. Ich kann auch in humanes Kapital investieren. Das ist die kritische Frage, denn dann würde niemand mehr ausgeschlossen, jemand der ausgeschlossen ist, der reagiert sauer.

Dritter Punkt: Das ist schon der dritte meiner Vorschläge, effizient die Ziele umsetzen. Was soll denn dass sein, effizient? Ja, wenn das Geld knapp wird, dann wird effizient die Schlüsselfrage. Das heißt, ein gegebenes Ziel, Mobilität mit minimalem Gesamtaufwand erreichen und Gesamtaufwand sind alle Kosten. Nicht nur das, was ich selber aus dem Portemonnaie zahle, nicht nur die internen sondern auch alle externen Kosten. Externe Kosten lade ich üblicherweise Dritten auf, dem Steuerzahler, dem Anwohner, künftigen Generationen oder anderen Ländern. Das geht nicht, wissen wir ökonomisch seit den 20er Jahren, dann kommt Vergeudung und ineffiziente Allokationen raus. Also kommt der Appell, bitte verhaltet Euch so, dass die Gesamtkosten minimal werden, aber das geht nicht über Appelle. So lang der ökonomische Druck ist, nämlich möglichst viel zu externalisieren, genau das haben wir derzeit, wird sich niemand das Leid antun, dass selbst nur allein so zu machen. Da geht es nur noch um Kostenwahrheit. Es geht um Schritte zur Kostenwahrheit, um jeden kleinen Schritt. Denn wenn was teurer würde, dann Achtung, dann werden alle Optionen umgesetzt, damit man das eben nicht bezahlen muss. Das ist kein Abkassierinstrument, das ist ein Incentive, um das zu vermeiden. Was glauben Sie, wie schnell die Leute reagieren. Wir sehen es in London, wir sahen es in Stockholm im Versuch, wir sehen es immer. Die sind so fix, die umgehen das und auf einmal gibt es Innovation, und auf einmal gibt es wirklich ein Ein-Liter-Auto oder eine Fahrgemeinschaft, oder was weiß ich was. Es gibt einen Effizienzquotienten, den hat jedes Industrieunternehmen, warum haben wir es eigentlich nicht im Verkehr. Der ist ganz leicht, wir zählen oben, wie viel Bedürfnisse wir eigentlich abgedeckt haben, wie viel Kinder dürften nachmittags spielen und dann gucken wir, wie viel Geld war nötig, wie viel Unfälle, wie viel Zeit, Energie, Lärm, Abgas CO²-Treibstoff und das setzen wir

zusammen. Die Nutzen-Kosten-Koeffizienten aus dem BVWP sind wichtig, aber man muss sie erweitern. Oben stehen Bedürfnisse und unten steht die Summe der Kosten für alle, für heute, den Einzelnen, die Gesellschaft und künftige Generationen. Warum machen wir nicht so einen Koeffizienten?

Nachhaltige Entwicklung, redet über Ökologie, Ökonomie und Soziales. Darf ich es so formulieren, nichts ist ineffizienter, unökonomischer, nichts ist unökologischer und nichts ist unsozialer als keine Kostenwahrheit. Denn das trifft immer die Ärmere und Schwächeren. Das zeugt dafür, dass dies unnötige Umweltbelastung ist und das ist per Definition ökonomische Ineffizienz und Vergeudung.

Sie haben mir Fragen gestellt. Frage eins in dem Fragenkatalog war: Was ist die wichtigste Herausforderung? Die wichtigste Herausforderung ist diese Zukunftspuzzleteile konsistent zusammenfügen. Sie haben mich gefragt, welche Handlungsfelder. Alle sind betroffen, vor allem ist es ein Geldproblem. Wir kaufen uns mit unseren heutigen Entscheidungen viele Folgekosten ein. Sie haben nach Mindeststandards gefragt, bitte nicht einen Standard für Fahrzeuge oder für Busse, oder für Linien sondern für Bedürfnisse formulieren. Ein Kind hat ein Recht, nachmittags in Freien spielen zu dürfen, ohne das Risiko überfahren zu werden, Rentner müssen zum Hausarzt kommen im gewissen Rahmen. Ist die Datenbasis ausreichend? Nein, die Datenbasis ist nicht ausreichend, denn niemand in diesem Land ahnt auch nur, wie viele Bedürfnisse, nicht Kilometer, Bedürfnisse wir heute mit dem Verkehrsaufwand abdecken. Da ist Forschungsbedarf, wir formulieren das seit Jahren und wir bekommen immer dieselbe lapidare Antwort, das interessiert nicht.

Leitbild, bitte nicht das gleiche Leitbild sondern gleiche Optionen. Herr Esche hat darüber gesprochen. Es ging um Punkt 6, wohnungsnah natürlich, selbstverständlich schon immer und immer stärker. Im Punkt 14 war es um die Veränderung von Mobilität und Mobilitätsverhalten gegangen, bitte mit weniger Verkehr. Jetzt sind die klassischen Lösungen alle richtig, Nähe-Nutzen-Mischung, Rad-Fuß-ÖV. Verkehrsinfrastruktur ist ein dienendes, nachgeordnetes Teil von Bedürfnissen, bitte nicht mehr kostenlose Wunschlisten, das ist der BVWP, Länder melden einfach an, man kriegt ja eh alles bezahlt, es fällt vom Himmel, bitte nicht mehr solche Wunschlisten aufstellen, bitte nur mit Mobilitätsplan. Und Verkehrskonzepte, na wenn wir die neu ausrichten mit Optionen und Kosten-Waren-Preisen, dann ist es nachhaltigkeitsfördernd.

Fazit bitte trennen, Mobilität und Verkehr trennen. Geld ist die entscheidende Frage, Bestand für Ausbau, bitte keinen neuen BVWP mehr. Prüfung ländlicher Ortsumfahrung, der Effekt, den wir haben ist, dass dann der innere Ortskern und der neue Ortskern an der Umfahrungsstraße in wenigen Jahren leer stehen, dann haben wir das doppelte Problem. Weg vom Öl, na klar, Kostenwahrheit jedes Schrittchen ändert die Welt, nahe dichte ÖV-Stadt und mit Rad und Fuß können Sie nichts falsch machen. Wir reden über neue Mobilitätsarmut heute. Diese Standards wünsche ich mir politisch diskutiert und über Demographie, da gibt's nichts am Schluss als zu sagen, Kinder und Familien fördern, und fragen wir doch einfach mal die, welche Welt wünschen die sich. Ich danke schön.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, das war jetzt hart an der Grenze des Unterbrechens, aber wir haben es ja fast noch hinbekommen. Ich darf als nächster das Wort erteilen Frau Tatje, bitte schön.

Frau Tatje: Sehr geehrte Damen und Herren, erstmal schönen Dank für die Einladung. Mit mir gibt es jetzt einen etwas harten Schnitt. Ich wiederhole es jetzt nicht, ich denke, das haben Sie verstanden. Mit mir gibt es jetzt einen harten Schnitt. Sie müssen mich nämlich jetzt nach Bielefeld begleiten. Ich habe ja als Einzige der eingeladenen Gäste ganz andere Fragen gestellt bekommen, und zwar, was macht eigentlich eine Demographiebeauftragte in einer Kommune. Das möchte ich auch gern beantworten. Vielleicht fange ich so an. Nordrhein-Westfalen wird heute 60 Jahre alt. Das Bindestrich-Land ist in die Jahre gekommen und da sind wir schon mittendrin in dem Thema. Es geht um eine alternde Gesellschaft, nicht nur um ein alterndes Bundesland. Vielleicht mal eine Vorbemerkung zu dieser ganzen Demographiedebatte. Als ich im Jahr 2004 bei der Stadt Bielefeld in dieser Funktion angefangen habe zu arbeiten, haben überwiegend Horrorszenarien von vergreisten und alternden Städten die Diskussion bestimmt und waren auch so der Tenor in der medialen Diskussion. Ich freue mich eigentlich darüber, dass es da sozusagen einen Parameterwechsel gegeben hat, vielleicht am Beispiel vom neuen Spiegel, der jetzt rausgekommen ist, „Spiegel spezial“, der ja die Chancen einer alternden Gesellschaft beschreibt und eine ganz andere Tendenz einschlägt. Für mich ist es eine große Hilfe, sage ich auch so, weil am Anfang, als ich in Bielefeld angefangen habe, in der Kommune und das erste Mal von Chancen des demographischen Wandels gesprochen habe, bin ich nicht nur von einem sehr bekannten Demographieforscher öffentlich sehr stark kritisiert worden, mit dem Wort Chance würde man das Thema oder das Problem infantilisieren, wortwörtliches Zitat, sondern bin auch insgesamt auf grobes Unverständnis gestoßen. Also von daher nochmals, begrüße ich es sehr und sehr nachdrücklich, dass es jetzt insgesamt eine ganz andere Tendenz in der Diskussion gibt. Das als Vorbemerkung.

Eine kleine zweite Vorbemerkung. Ich habe für den demographischen Wandel oder für das Gestalten des demographischen Wandels kein Patentrezept für Kommunen insgesamt. Ich behaupte auch, das gibt es nicht, aber ich habe für Bielefeld Vorschläge gemacht, um mal dieses Brecht-Zitat zu benutzen und das ist ja auch Ihre Frage, was machen die da eigentlich und darauf würde ich jetzt gerne antworten.

Wir brauchen um mal so anzufangen, wir brauchen in unserer Gesellschaft vor allen Dingen in unseren Kommunen eine positive Leitbildentwicklung mit entsprechenden Strategien und Zielen für politisches Handeln. Die sind allerdings in den Städten, und das hat ja auch Herr Esche schon ausgeführt, immer noch sehr selten und das auch nicht ohne Grund, meine ich. Wenn wir uns in den Städten mit den Folgen des demographischen Wandels befassen, müssen wir ganz weit reichende Strategien in den Weg nehmen. Es geht ja um generationenübergreifende Zeiträume, 2030, 2050 und die reichen auch deutlich über die nächsten Kommunalwahltermine hinaus. Das erklärt dann manchmal auch schon das etwas zögerliche Umgehen der Kommunen mit dem Thema.

Trotzdem brauchen wir, und davon bin ich auch überzeugt, in unseren Städten und Gemeinden unbedingt positive Ziele, um den demographischen Wandel auch wirklich kreativ gestalten zu können. Wir müssen wegkommen, dass noch einmal ausdrücklich gesagt, von einer angstbesetzten Diskussion hin zu einer konstruktiven Auseinandersetzung. Jetzt kommt ein Zitat wo die Demographen versuchen, Horrorgeschichten zu verhindern, z. B. der Direktor des Max-Planck-Instituts in Rostock in einem Zeit-Interview, und dem stimme ich auch ganz ausdrücklich zu.

Die Frage, wie gehen wir in Bielefeld das Thema überhaupt an. Für den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld, Eberhard David, war sehr früh klar, dass er angesichts der demographischen Veränderung handeln muss. So hat er den Themenkomplex „Demographische Entwicklungsplanung“ im April 2004 als Stabsstelle in seinem Dezernat stärker in der Verwaltung eingerichtet. In Ihrem Fragenkatalog wollen Sie nun von mir wissen, was eine Demographiebeauftragte macht. Noch mal zurück zu diesem neuen „Spiegel spezial“, da hat der Journalist, Norbert Pötzel, meine Tätigkeit als Zukunftsplanerin bezeichnet. Das ist ein sehr schöner Begriff für etwas, was ich Ihnen aber trotzdem noch etwas näher erläutern möchte. Eine meiner Hauptaufgaben war es bisher, ein kommunales Handlungskonzept für die Stadt Bielefeld zu entwickeln. Das Konzept liegt jetzt vor. Es soll dafür sorgen, dass der demographische Faktor bei künftigen Entscheidungen berücksichtigt wird und auch dafür Entscheidungshilfe geben. Vor allem wollte ich dazu beitragen, auch die Chancen zu nutzen, die die Bevölkerungsentwicklung bietet. Mir geht es und ging es um eine einheitliche Strategie und politisch abgestimmte langfristige Planung. Sie sollten sich da zukünftig auch in der Finanzpolitik, also bei den Haushaltsberatungen und auch Entscheidungen bemerkbar machen. Dieses Demographiekonzept ist nach einem sehr langen und umfänglichen Beratungsprozess, einmal mit lokalen Akteuren, aber vor allem auch in den politischen Gremien, im Rat der Stadt Bielefeld einstimmig verabschiedet worden. Alle diejenigen von Ihnen, die dann auch sicherlich dieses komplizierte Wechselverhältnis von Verwaltung und Politik mit dem, wie die Soziologen sagen, mikropolitischen Machtspielen kennen wissen, dass das nicht immer einfach war. Und von daher habe ich mich am 31. August auch sehr über diesen fraktionsübergreifenden Konsens gefreut.

Wie sieht dieses Konzept aus? Ich will es nur ganz kurz skizzieren, weil ich mich auch an die Vorgabe der Zeit halten möchte und auch noch ein konkretes Beispiel darstellen möchte. Für das Konzept demographischer Wandel als Chance hinten mit einem Fragezeichen, das ist mir auch wichtig, habe ich eine ganz systematische Herangehensweise gewählt und unterschiedliche Bausteine entwickelt. Es werden zunächst Ergebnisse demographischer Forschung skizziert und daraus abgeleitet Fragen formuliert, die für die kommunale Praxis wichtig sind und damit auch für Bielefeld. Mir war wichtig, dass Thema in einen theoretischen Bezug zu stellen. Für mich gehört das unbedingt dazu, Konzept und somit praktisches Handeln sollten sich daraus auch ableiten. Ich habe dann sechs demographiepolitische Ziele und damit zukünftige Handlungsschwerpunkte für Bielefeld entwickelt. Diese Ziele leiten sich ab aus den Ergebnissen der Demographieforschung, den Ergebnissen einer Befragung, die ich in der Stadtverwaltung, in den einzelnen Fachdezernaten zu demographiepolitischen Fragestellungen durchgeführt habe. Aber auch die Gespräche mit lokalen Akteuren vor Ort und vor allem die Potenziale unserer Stadt und Region habe ich dabei berücksichtigt. Es ist also, wenn Sie so wollen, ein passgenauer Vorschlag für Bielefeld, den wir aus eigener Kraft entwickelt haben. Es ging mir nicht darum, konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, diese können und sollen sinnvoller Weise erst dann erarbeitet werden, wenn sich Verwaltung und Politik auf die Ziele verständigt haben. Eines dieser sechs demographiepolitischen Ziele heißt, wir wohnen zukunftsfähig, dahinter verbirgt sich der Handlungsschwerpunkt Stadtentwicklung. Dieser Handlungsschwerpunkt wird jetzt als erstes nach dem Ratsbeschluss in einer Pilotphase umgesetzt und auch da kann man vielleicht diesen Weltmeisterhitsong des Sommers bemühen, von Xavier Naydoo, „Dieser Weg wird ein steiniger sein“, oder so ähnlich. Es deutet sich schon an, dass auch dieses Umsetzen durchaus nicht leicht ist in der Kommunalverwaltung.

Wir haben uns als Verwaltung für dieses Ziel, und die Politik ist dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt, entschieden, weil die demographischen Veränderungen beim Bauen und Wohnen durch die Leerstände sehr schnell deutlich werden. Auch gerade in diesem Bereich muss besonders langfristig geplant werden, denn Bau und weitere Infrastrukturmaßnahmen, die leitungsgebundene Versorgung durch Gas, Wasser, Strom oder Fernwärme oder leitungsgebundene Entsorgung zum Beispiel durch Abwasserkläranlagen sind teuer und belasten die Haushalte. Außerdem stellt sich in diesem Zusammenhang auch die wichtige Frage, und die muss auch entschieden werden; weisen wir zukünftig in unseren Kommunen überhaupt noch Siedlungsflächen aus? Ein anderer Aspekt, der aber auch damit zusammenhängt, mein besonderes Augenmerk gilt den Stadtteilen. Studien zeigen, dass sich nicht nur Regionen und Städte unterschiedlich entwickeln, sondern auch Stadtteile in den Städten zukünftig sehr stark verändern werden. Diese Entwicklung gibt es auch schon in Bielefeld, Bielefeld ist nicht Essen oder auch nicht Berlin, aber es gibt sie auch. In einigen Stadtbezirken steigt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund deutlich und diese Entwicklung ist mit einer starken Fluktuation der Bewohner und Bewohnerinnen, also mit Wegzügen verbunden. Die Soziologen sprechen da von den so genannten Durchgangsquartieren. Andere Stadtteile verändern sich in eine andere Richtung. Hier leben zum Beispiel überproportional viele alte Menschen. Für die kommunale Planung stellt sich also die Frage, wie entwickeln wir zukünftig eigentlich unsere Stadtgebiete oder Stadtteile. Hier geht es einmal um die soziale Dimension, Stichwort Segregation verhindern, also eine weitere Aufspaltung der Gesellschaft. Wie wichtig dieses Thema ist, zeigt ja auch die aktuelle Armutsdebatte. Genauso müssen wir uns aber mit städtebaulichen Fragen und Dimensionen auseinandersetzen, ob die Bevölkerung abnimmt oder sich deren Zusammensetzung verändert. Das heißt, es gibt neue Stadtteilkonzepte zu überlegen, die die Fragen des Zusammenlebens berücksichtigen. Ich las jetzt am Samstag in der Frankfurter Rundschau, dass in Frankreich eine ethnische Statistik diskutiert wird. Damit sollen die sozialen Konflikte in den französischen Vororten verhindert werden. Ganz deutlich an dieser Stelle, genau das meine ich nicht. Ich denke an neue Strategien, zum Beispiel benachteiligte Stadtteile besonders fördern. Die kommunalen Finanzen anders Gewichten. Das heißt dann auch, Planung für die städtische Infrastruktur, jetzt rede ich nicht von Leitungen, sondern von Schulen und Kindergärten, trotz zurückgehender Zahlen anders zu diskutieren. Also nicht vorschnell Schulen schließen oder Kindergärten abbauen. Wir müssen andere flexible Lösungen überlegen, weil eine Ghettobildung möglichst verhindert werden sollte. Um hier Wege aufzuzeigen, habe ich in Bielefeld das Projekt „Räume der Zukunft“ angestoßen. Ich will es nicht weiter ausführen, ich habe die Ergebnisse dieses Projekts mitgebracht und das können Sie dann auch, wenn Sie Interesse haben, anschließend mit nach Hause nehmen. Hier ging es darum, vielleicht noch ein Satz dazu, Strategien mit lokalen Akteuren zu entwickeln und sozusagen auch für Stadtteile und Stadtgebiete oder Quartiere, je nach dem, auf welchen Begriff man sich verständigt, so etwas wie ein soziales Frühwarnsystem zu entwickeln.

Vorschläge sollen quasi wie ein Werkzeugkasten auch für andere Stadtteile als Anregung dienen.

Mein letzter Punkt ist die Frage, reicht das eigentlich. Denn allein eine ganz systematische und langfristige Herangehensweise; Verwaltungsmitarbeiter, ich bin ja Teil der Verwaltung und auch Bürger und Bürgerinnen motivieren, sich mit dem Thema

Demographischer Wandel zu befassen und über notwendige Veränderungen nachzudenken? Meine Antwort, sicher nicht. Menschen sind erst dann zum mitmachen motiviert, wenn nicht nur das Unternehmen Stadt, sondern sie selbst auch persönlich davon profitieren können. Aus diesem Grund habe ich bereits jetzt mit ganz konkreten Projekten begonnen. Zwei kurze Beispiele: Einmal eine Generation übergreifende Zukunftswerkstatt zu der Frage, wie wollen wir eigentlich in Bielefeld leben im Jahr 2050 mit Bürgerinnen und Bürgern. Die Ergebnisse sind auch in das Gesamtkonzept eingeflossen. Oder einen demographischen Stadtrundgang, der die Veränderungen im Stadtteil und Quartier persönlich, oder um hier vielleicht einmal ein etwas ungewöhnliches Wort in diesen Räumen zu benutzen, sinnlich erfahrbar zu machen. Ich bin überzeugt, dieser Mix, Policy Mix aus verschiedenen Aktivitäten kann dazu beitragen, die Folgen der demographischen Entwicklung wo immer möglich abzumelden.

Mein Fazit: Städte brauchen eine demographieorientierte Kommunalpolitik, an der sich alle beteiligen und auch alle mitwirken. Die richtigen Konzepte und Strategien müssen wir immer neu denken und auch weiterentwickeln, nur so können wir die Zukunft unserer Stadt erfolgreich gestalten, für unsere Kinder. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Tatje. Als nächstes hat das Wort Herr Leindecker vom Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt. Bitte schön.

Herr Leindecker: Herr Vorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordnete, zunächst vielen Dank für die Möglichkeit, hier heute Stellung zu nehmen. Zur Geschäftsordnung vielleicht der Hinweis, ich habe Ihnen zu den Fragen, die mir übersandt wurden, in einer relativ kurzen Zeitfrist versucht, zu jeder Frage eine Antwort zu geben, soweit es mir möglich war. Ich stehe gerne zu diesen Antworten zur Verfügung und bin auch gern bereit, im Detail zu diesen Fragen Stellung zu nehmen und sie gegebenenfalls zu ergänzen.

Für den Einstieg in diese Fragestellungen darf ich vielleicht anknüpfend an meine Vorrednerin sagen, in den Regionen Ostdeutschlands, insbesondere Sachsen-Anhalt, und deshalb bin ich auch vom deutschen Städte- und Gemeindebund gebeten worden, hier vorzutragen, ist die Zeit des Planens und Abwartens längst vorbei. Wir sind in einem Umstrukturierungsprozess, der beispiellos ist. Die Stadt Wolfen hat seit 1990 20 000 ihrer damals 45 000 Einwohner verloren, die Stadt Dessau ist von knapp 100 000 auf rund 75 000 mittlerweile geschrumpft. Die Auswirkungen dieses Wandels sind in allen Bereichen des täglichen Lebens und operativen Handelns einer Stadt mittlerweile erkennbar. Im ländlichen Bereich ist das undramatischer, aber es ist gleichwohl mit der gleichen Intensität und der gleichen Bedeutung für die jeweilige regionale Entwicklung auch zu sehen. Es wird im Wesentlichen davon geprägt, dass in den Umstrukturierungsgebieten im Prinzip eine viel zu geringe Wirtschaftskraft vorhanden ist, um die vorhandenen kommunalen Strukturen zu erhalten und zu stabilisieren. Das ist vielleicht auch die erste These, die ich in den Raum stellen möchte. Das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung besteht ja daraus, dass eine gewisse Menge Einwohner eine gewisse Wirtschaftskraft vorhanden ist, um sich selbst kommunal zu verwalten und zu entwickeln. Heute stellen wir in diesen Gebieten, und das wird ja auch in Nordbayern bspw. deutlich, oder in anderen Bereichen Westdeutschlands, wir stellen in diesen Gebieten fest, dass die Infrastruktur die Stadt, dass was wir an Substanz haben, von der vorhandenen Wirtschaftskraft und vor allem auch von der vorhandenen Bevölkerung nicht mehr getragen werden kann.

Die Fragen, die sich daraus stellen, sind ja viel weiterreichend als nur momentane Entwicklungsstrategien. Wir wissen zum Beispiel nicht, wie wir hochwertige Bausubstanz, die überwiegend unter Denkmalschutz steht, auf Dauer erhalten werden können, weil die nicht genutzt werden kann. Wir leben in Städten, zum Teil jedes zweite, dritte Haus in ländlichen Bereichen ist leer stehend. Wir haben Entwicklungsbereiche, die prosperieren, aber gleichzeitig in der gleichen Region vor allem Altbausubstanz, ältere Industriegebiete und Industriebrachen, die völlig vor sich hin vegetieren. Wir wissen auch nicht, und das ist ja auch eine Frage der Nachhaltigkeit, wie wir den Wettbewerbsunterschied zwischen der grünen Wiese und einer reurbanisierten Stadtbrache bspw. überwinden können. Es gibt dummerweise einen Wettbewerb, der ganz klar sagt, was ich schnell und effektiv bebauen und beplanen kann, das hat den Vorzug. Tatsächlich könnte man eine Stadt wie Magdeburg mit derzeit 230 000 Einwohnern fast in der gesamten Stadt, fast im gesamten Stadtgebiet noch einmal widerspiegeln, weil es mittlerweile solche exorbitanten großen Industrie- und Altbrachen gibt, die natürlich auch zur Beeinträchtigung der Infrastruktur beitragen. Bei der Infrastruktur sind am deutlichsten und am wesentlichsten beeinflusst, insbesondere die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung. Dazu könnte ich Ihnen Statistiken hier vorlegen, aber ganz klar ist, wenn die Verweildauer des Trinkwassers eine gewisse Schwelle überschreitet, dann bedeutet das Verkeimung, dann bedeutet das für die dort lebenden Menschen Sorge, dass sie noch qualitativ hochwertiges Trinkwasser bekommen. Das heißt, im Endeffekt müssen die Leitungen mehr gespült, mehr Frischwasser durchgesetzt werden, die Betriebskosten steigen exorbitant. Das ist nicht nur im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung eines der zentralen Punkte. Im Übrigen bleiben auch in den kommunalen Aufgabenfeldern für immer weniger Einwohner immer höhere Fixkosten in der Infrastruktur, die irgendwie refinanziert werden müssen. Vor dieser Fragestellung ist auch eine der Antworten die ich Ihnen im Fragenkatalog gegeben habe, dass ich darum bitte, dass die Gesetzgebung insbesondere bei konzessionierten Leistungen in der Zukunft darauf achtet, dass die sich nicht mehr an Bevölkerungsquotienten orientiert, sondern an einer Flächendeckung.

Also wenn Sie heute eine Breitbandverkabelungsstrategie machen, und wenn Sie heute Konzessionen für Telekommunikation und ähnliches vergeben, dann reicht es nicht mehr aus, 85 % der Bevölkerung damit zu versorgen. Das würde bedeuten, dass wir etwas 70 % des ländlichen Bereiches nicht mehr erschlossen bekommen. Wir müssen im Prinzip bei derartigen Konzessionsvergaben oder gesetzlichen Vorgaben für die Infrastruktur sicherstellen, dass eine flächendeckende Aufgabenerledigung möglich wird. Das ist natürlich auch ein Stückchen die Frage oder stellt auch ein Stück die bisherige Politik in Frage, dass man bspw. öffentliche Dienstleistungen aus dem ländlichen Bereich ein Stückchen in die private Verantwortung gibt und sich aus dem ländlichen Bereich damit auch zurückzieht. Wir haben heute neben einer massiven Finanzknappheit der Kommunen und das will ich hier betonen, es geht nicht um ein allgemeines Bejammern der kommunalen Finanzlage. Gerade in den Umstrukturierungsgebieten haben die Kommunen einen extrem niedrigen Steuereinnahmesatz. Die Kommunen stehen vor erheblichen Herausforderungen und die Finanzen, die dafür zur Verfügung stehen, reichen kaum aus, um diese Aufgaben im kommunalen Bereich sicherzustellen. Wenn wir umgekehrt dann noch öffentliche Dienstleistungen, Bahn, Post, Telekommunikation als Beispiele dafür refinanzieren müssen aus kommunalen Finanzen, ist das auf Dauer nicht leistbar. Wir müssen uns die grundsätzliche Frage stellen, wie sind wir in der Lage, ein Mindestmaß an öffentlicher Infrastruktur, an öffentlichen Dienstleistungen sicherzustellen, auch zu finanzie-

ren und das ist meines Erachtens nur möglich, wenn es einen gewissen Ausgleich zwischen den hochprofitablen Gebieten und den nicht so profitablen in der Umstrukturierung befindlichen Gebieten gibt.

Ein weiterer Punkt, er ist auch von Herrn Esche angesprochen, ist die Frage der kommunalen und interkommunalen Zusammenarbeit. Hier wird auf der kommunalen Ebene schon mehr getan, als das in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Viele Kommunen versuchen auch regionale Initiativen zu organisieren. Ich hatte Ihnen versprochen, als Anlage einen Ausschnitt aus unserer Verbandszeitschrift zu liefern, falls der noch nicht eingetroffen ist, werde ich ihn dem Sekretariat nachliefern. Auch dort sind Beispiele für Städtenetze und interkommunale Zusammenarbeit verdeutlicht worden. Was in den letzten Jahren die interkommunale Zusammenarbeit ein Stückchen bremst, ist die Problematik des Wettbewerbsrechtes. Wir haben insbesondere ausgehend vom Oberlandesgericht Naumburg ausgerechnet auch Sachsen-Anhalt, aber auch von anderen Gerichtsentscheidungen immer wieder in Frage gestellt, das interkommunale Zusammenarbeit ausschreibungsfrei möglich ist. Diese Frage muss der Gesetzgeber auch in der jetzigen Novellierung des UWG und all dieser Rechtsfragen in Zusammenhang mit dem europarechtlichen Wettbewerbsrecht noch einmal durchdefinieren. Es muss sicher gestellt sein, dass interkommunale Zusammenarbeit auch im kommunalen wirtschaftlichen Bereich, und davon ist insbesondere die Wasserwirtschaft und die Abwasserwirtschaft und auch die Abfallwirtschaft betroffen, nicht dem allgemeinen Wettbewerb dann schon unterworfen wird, wenn nur eine Kooperation und eine Zusammenarbeit von kommunalen Gebietskörperschaften Platz greifen soll. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um effektiv auch wirtschaftlich das Geld sinnvoller einsetzen zu können.

Im Übrigen noch mal zu definierenden Fragen, was sind Mindestbedienstungsstandards oder was sind Mindestbedienstungsdinge, die wir erhalten müssen. Lassen sich letztendlich nach meinem Stand verbindliche Aussagen für das treffen, was man gern als Mindestangebot liefern sollte. Ich erinnere mich, 1979 ist insbesondere im Verkehrsbereich ein Projekt gestartet, das hieß damals Nahverkehrsmodell Hohenlohe, dass hat man in Baden-Württemberg versucht durchzudeklinieren. Auch dort musste man feststellen, dass viele Dinge, die man als Mindeststandard vorgegeben hat, sich auf Dauer nicht finanzieren lassen. Wir müssen also gemeinsam nach Wegen suchen, wie wir in einem sich sozusagen verkleinernden, verschmälernden Markt den Menschen, die in diesem Markt leben wollen, auch auf Dauer ein lebensfähiges Umfeld erhalten. Es geht also nicht nur darum, denjenigen, die neu in eine solche Region ziehen oder ziehen möchten zu sagen, ihr könnt nicht damit rechnen, eine so hohe Infrastruktur zu erhalten und zu bekommen, wie sie im städtischen Bereich ist. Wir müssen sicherstellen, dass die Menschen, die in einer Region leben, auch in dieser Region weiter leben können. Da müssen wir nach technischen Standards und da schließe ich mich auch dem Votum von Herrn Esche an, nach technischen Standards suchen, die differenziert zwischen verstädterten und ländlichen Bereichen Möglichkeiten eröffnen, wirtschaftlich effektive Strukturen aufzubauen, ohne dass da Mindeststandards technischer Art sozusagen finanziell die Regionen überfordern. Vielleicht soweit zum Einstieg in das Thema.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, auch für die gute Einhaltung der Zeit. Als nächstes hat das Wort Frau Prof. Spellerberg. Bitte schön.

Frau Prof. Spellerberg: Ja, guten Tag meine Damen und Herren. Vielen Dank, dass ich hier sprechen darf heute. Ich bin Stadtsoziologin und hab den Schwerpunkt gewählt Bauen und Wohnen und streife ein bisschen das Gebiet der Raum- und Stadtplanung. Der demographische Wandel betrifft das Feld der Immobilien, des Bauens in jedem Bereich; das heißt also, dass die Alterung, die Schrumpfung, die Heterogenisierung immer groß auf den Immobilienmarkt einwirkt und zwar im Hinblick auf die Wohnfläche, also auf den Anspruch an Wohnfläche, an den Immobilienmarkt, an die Immobilienquote, den Eigentumsbesitz, Modernisierung und Bedürfnisanpassung. Kleinere Haushalte, die wir haben, heißt nicht, dass sie weniger Wohnfläche beanspruchen. Die Wohnfläche, der Bedarf an Wohnfläche steigt, also wir wohnen jetzt im Schnitt heute im Westen auf 52 m² pro Kopf in einer Wohnung, im Osten sind das 43 m² nach dem neuesten Datenreport. Alleinlebende leben im Schnitt auf 70 m² Fläche, Alleinlebende Ältere im Westen auf 78 m². Das heißt also, dass wir mit steigender älterer Bevölkerung auch steigende Wohnflächen haben werden pro Kopf. Das BBR hat errechnet, dass wir bis 2015 etwa einen Zuwachs von 12 % haben werden. Das heißt, trotz einer insgesamt dann bisher noch gleich bleibenden aber schrumpfenden Bevölkerung eine Zunahme des Anspruchs an Wohnfläche. Die Eigentumsbildung wird wichtiger werden zum einen für die Vermögensbildung und für die Altersvorsorge und auch bei jüngeren ist der Wunsch nach Eigentum umgebrochen, also vielleicht hingegen der langläufigen Meinungen und auch der im Grunde ökonomischen Polarisierung der Bevölkerung. Das BBR hat errechnet, dass man auf eine Eigentümerquote von 50 % etwa kommen wird bis 2015; das liegt auch daran, weil eben ältere Personengruppen häufiger im Eigentum leben. Familien haben nur noch einen Anteil von 28 % an der Bevölkerung, das heißt, strukturell werden eben nicht familiäre Haushalt im Eigentum leben, Familien häufig zu 80 %, aber die Mehrheit bilden eben die anderen Haushaltsformen.

Wie sieht es aus mit Bestand und Neubau? Der größere Bestand oder das größere Angebot an Bestandsimmobilien wird auch zu einem Preisrückgang führen, das heißt, dass es vor allen Dingen in schrumpfenden Regionen ein Überangebot geben wird und zwar ein Unverkäufliches. Das betrifft zunächst mal die Wohngebiete der 50er und 60er Jahre, die Einfachimmobilien, das heißt, dass die eigentlich günstigen Immobilien auf Grund von Nachrüstungen, Modernisierungen, energetischer Nachrüstung so teuer werden, dass sie dann nicht mehr günstig sind und Neubau bevorzugt wird. Das hat natürlich auch wieder große Folgen für die Vererbung. Es werden jetzt zunehmend Immobilien vererbt. Dreiviertel werden bislang im Privatbesitz behalten, das heißt, die Erben behalten diese Immobilien. Ein Weiterverkauf wird schwieriger werden, also zumindest dann auch in den dünneren peripheren Lagen und das heißt, dass es zu einem großen familiären Werteverlust kommt, zum Teil wird das ganze familiäre Kapital im Grunde dann verloren durch die Konzentration der Immobilien in schwachen Regionen. Es ist noch nicht klar, wie sich die Reduzierung der Kinderzahl auf die Nutzung von Erbe auswirkt. Es ist davon auszugehen, dass die Reduzierung der Kinderzahl auch dafür sorgt, dass ein größerer Anteil an Immobilien auf den Markt kommt, weil die Person dann eben nicht mehr selbst dieses Eigentum nutzen möchte. Sofern der Verkauf einer Immobilie notwendig wird, um ein Einzug zu ermöglichen für ältere Personen, dass sie in bessere Versorgungslagen kommen, heißt das, dass wenn eine Immobilie nicht verkauft werden kann, auch die Immobilität notwendiger Weise eine Folge ist, das heißt, dass auch die Versorgung gefährdet werden kann.

Die Wohnungsprognose fürs Saarland, die ich errechnet habe ergab, dass jetzt schon ein Überangebot, das wird sich noch steigern für die nächsten Jahre 4000 Wohneinheiten, vorhanden ist; gleichzeitig werden zur Zeit im Saarland 3000 Wohnungen jedes Jahr gebaut, 95 % im freistehenden Ein- und Zweifamilienhausbereich, das heißt, dass über die Art, wie wir heute bauen, beständig ein Überhang an kleinen Häusern produziert wird und der Bedarf an Mehrfamilienwohnungen, der ja auch kommt, auch durch ökonomische Geschichten nicht gedeckt werden kann und damit der Mismatch im Grunde, der jetzt schon vorhanden ist, weiter gesteigert wird. Das wiederum steigert natürlich das Problem der Leerstände des Werteverfalls, der Verödung der Ortskerne. Gleichzeitig heißt das, dass die Ziele der Raumplanung nämlich Innenentwicklung, Zentrenstärkung, Reduzierung des Flächenverbrauchs auch nicht erreicht werden, obwohl im Grunde die Prognosen sagen, dass wir schrumpfen werden.

In Ostdeutschland ist es angesprochen worden, haben wir ein erhebliches Überangebot, vor allen in ländlichen und verstädterten Regionen, vor allen Dingen im Geschossbau, der wird vom Markt genommen und da komme ich auf das Programm Stadtumbau Ost zu sprechen. Dieses Programm fördert ja den Abriss im Grunde; das Problem besteht darin, dass die Mittel für den Abriss gebunden sind und statt Erneuerungen und Anpassungen an die Bedürfnisse damit kaum noch möglich ist, weil die Finanzressourcen nicht reichen. Das große Problem ist, dass auch im Geschossbau unbedingt Anpassung an die Bedarfe stattfinden muss, damit auch dort nicht dieses Ein- Zweifamilienhausproblem weiter um sich greift.

In schrumpfenden Quartieren mit deutlichen Abwanderungstendenzen ist also die Abwärtsspirale von Leerständen, geringe Mieteinnahmen wie Investitionen, Verfall und damit auch vielfach die Gegensteuerung, zu erkennen. In Westdeutschland ist das Problem, was auch von Bielefeld schon angesprochen worden ist, dass Schrumpfung dazu führt, dass Segregationstendenzen zunehmen, weil die größere Wahlfreiheit den Haushalten, die mobil sein können, es erlaubt, in bessere Wohngebiete zu ziehen und die Konzentration der sozial Schwachen in einzelnen Gebieten zunimmt. Das heißt, dass dort das Programm, das entsprechend was gegensteuern soll, Stadtumbau West dazu genutzt wird, Innenstädte voranzutreiben, wieder weiter zu entwickeln. Die Probleme sind ganz anders gelagert als im Stadtumbau-Ost-Problem oder im Stadtumbau-Ost-Programm, weil wir es mit einer großen Zersplitterung von Einzeleigentümern zu tun haben. Ich habe eine Studie im Saarland, in Völklingen gemacht, dort gab es bei 160 Immobilien, 218 Einzeleigentümer; Stadtentwicklung ist vor dieser Hintergrundkulisse fast nicht möglich. Es kommt im Grunde zu der Streitfrage, Enteignen ja oder nein, damit man überhaupt Stadtentwicklung betreiben kann.

Das heißt, dass die Problemlage anders ist. Es geht darum, die Einzelkleineigentümer im Grunde zu motivieren, die Bürger zu aktivieren, das heißt, dass für die Stadtplanungsämter das Problem besteht, im Grunde Sozialarbeit zu betreiben und deswegen dieses Programm Stadtumbau West mit „Soziale Stadt“ gekoppelt wird, was auch sehr sinnvoll ist. Die Fragen, die sich daraus ergeben, sind ganz andere, nämlich ganzheitliche Stadtentwicklungskonzepte zu entwickeln, eigene Quartiere zu bestimmen, deren Entwicklung, zu fragen, was passiert mit den Hauptverkehrsachsen, an denen niemand mehr wohnen möchte und auch niemand es mehr nötig hat zu wohnen, das heißt also andere Fragen. Aber im Grunde schon die immer die Zielstellung integrierte ganzheitliche Konzepte aufzustellen, als neue Herausforderung auch. Herausforderungen ergeben sich auch durch die fehlende Übereinstimmung

von Angebot und Nachfrage, das heißt, wir haben einen großen Bestand an den so genannten Funktionswohnungen für Familien, für Kleinfamilien, drei ZKW, Wohnzimmer, Elternschlafzimmer, kleines Kinderzimmer, 8 – 12 m² für ein bis zwei Kinder. Da möchte keine Familie mehr wohnen und andere Haushaltstypen, die die Mehrheit stellen, wollen erst recht nicht in diesen funktionalen bestimmten Räumen wohnen, weil das bestimmte Verhaltensweise vorschreibt, wie man zu wohnen hat. Das heißt, dass ein großer Bedarf besteht an Umbau, an Modernisierungen, Grundrissanpassungen, energetischen Fragen; und der Umbau wird den Neubau an Maßnahmen deutlich übersteigen. Das ist jetzt schon so, Zweidrittel aller baulichen Maßnahmen betreffen nicht so sehr den Neubau, und die Quote wird steigen und wird steigen müssen.

Das betrifft vor allem die Anpassung von Wohnungen für Ältere, also 93 % der ab 65-Jährigen leben in ihren Privatwohnungen, die Quote liegt bei über 90-Jährigen nicht über ein Drittel, das heißt, die Mehrheit der Älteren ist zu Hause, möchte zu Hause leben und das Ziel angesichts der Kosten ist, dass es so weiter geht und wenn es geht, noch weiter gesteigert wird. Es heißt, dass der Anteil von alten und behindertengerechten Wohnungen ausgebaut werden muss; das war die Zielgröße 3 %, das wird angesichts der Altersstruktur natürlich auch nach oben gehen müssen. Da ist es wichtig, für die Länder und Kommunen Beratungsstellen aufzubauen zwischen Kapitalgebern, die das finanzieren, den Sparkassen, den Architekten, den Sozialdienst und Wohlfahrtsverbänden, um angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und weil der Quartiersbezug für Ältere so wichtig ist, auch die Kopplung mit Dienstleistungen, mit Nachbarschaftsbüros. Das heißt, dass das Thema Dienstleistungen wichtiger wird und auch das Thema Sicherheit, also auf Grund der älteren Bevölkerungsstruktur für die Sicherheit in der Wohnung, aber im Quartier auch eine ganz wichtige Frage ist.

Im Hinblick auf die Fragen, was generationenübergreifendes Wohnen angeht und gemeinschaftliches Wohnen ist es so, dass dies Sonderformen sind, die nicht die Mehrheit der Bevölkerung betreffen werden. Es gibt natürlich generationenübergreifendes Wohnen. Es gibt auch erfolgreiche Beispiele, die sind sehr voraussetzungs-voll, weil man gute Bauten braucht mit Rückzugsmöglichkeiten für die Älteren, Spielmöglichkeiten für die Jüngeren, Gemeinschaftseinrichtungen; also das heißt, dass es im Grunde dann nicht für die Mehrheit der Bevölkerung gilt und das mögen auch die meisten Älteren gar nicht. Gemeinschaftliches Wohnen sind ebenfalls bislang Sonderformen, die nicht sehr zahlreich sind, aber die Beratungsstellen für gemeinschaftliches Wohnen haben ganz enormen Zulauf. In Hamburg gibt es eine, die hat in den letzten zwei, drei Jahren 10 000 Nachfragen bekommen für gemeinschaftliches Wohnen. Das heißt, dass die Wohnungswirtschaft vor dem Problem steht, die verschiedenen großen Trends im Grunde gleichzeitig berücksichtigen zu müssen; der Rückgang der Mittelschichten die ökonomische Polarisierung, die Singularisierung, die Verkleinerung der Haushalte, die Pluralisierung der Lebensstile, am oberen Ende tut sich hier auch sehr viel. Das heißt, bedarfsgerechtes Bauen und Wohnen spielt ja auch eine sehr große Rolle. Alterung und Schrumpfung und auch ein Auseinanderdriften in der Region und der Stadtquartiere. Es ist ein großes Problem, langfristig zu investieren und sicher zu sein, dass es auch rentabel ist. Wichtig ist, dass man eine bessere Datenbasis hat auch für die Investoren, um tatsächlich auch die Wohnbedürfnisse einzubeziehen und vor Ort zu wissen, wie die Haushaltsstrukturen sind, die Sozialstrukturen, welche Bedarfe überhaupt vorliegen.

Raumstadtplanung steht vor der Herausforderung, Siedlungsstrukturen anzupassen; das heißt, also was ich schon erwähnt habe, gesamtstädtische Entwicklungskonzepte aufzustellen und dabei natürlich auch neueste Technik zu berücksichtigen. Das ist ja auch ein Feld, was bisher nicht zu sehr angesprochen worden ist, aber das ist ja eine große Herausforderung, dort auch in die Zukunft zu blicken und die richtigen Entscheidungen zu treffen vor großer Unsicherheit. Das heißt auch, dass man angesichts von Schrumpfung, lokale Versorgungseinrichtungen in sublokalen Zentren wieder stärken muss, gerade für die immobilen Bevölkerungsschichten, für die Älteren, allein lebenden Frauen, die ich schon angesprochen habe, auch um Verkehr zu reduzieren. Die Chance von Schrumpfung besteht darin, dass man tatsächlich die Baulücken nutzt, innerstädtisches Wohnen bedarfsgerecht jetzt wieder neu zu planen, neu zu ermöglichen, dass man die Zentren stärkt, dass man Durchgrünung schafft in der Stadt, was ja durch die Funktionstrennung und verkehrsgerechte, autogerechte Stadt gar nicht mehr im Blickpunkt war und die Möglichkeit sollte man nutzen, als Stadtplaner um Fehlentwicklungen zu vermeiden, Gebäudetypen zu mischen. Das heißt, niedrigere Geschosswohnungen mit Ein- oder Zweifamilienwohnungen, wenn es um neue Baugebiete geht, und im Grunde dann zur Erhöhung der Lebensqualität in der Stadt beizutragen.

Es ist unbedingt notwendig, auch für Stadtplaner bei der Infrastruktur, prekäre Wohngebiete zu bevorzugen, das heißt also, beste Bildung, beste Infrastruktur in prekäre Wohngebiete, um Endmischungen nicht weiter zu fördern. Alles zu nutzen, um weitere Endmischungen zu vermeiden, vor allen Dingen im Bildungsbereich. Im Hinblick auf Ihre allgemeinen Fragen heißt es, dass im Grunde alle Bereiche der Politik fast angesprochen sind. Was bisher noch nicht erwähnt worden ist, dass das auch den für das Gemeinwesen sehr wichtigen Bereich von kulturellen Einrichtungen, von Ehrenamt betrifft. Es heißt, dass bisher die aktiven Träger von ehrenamtlichen, kulturellen Geschichten die mittlere Altersgruppe ist, die auch sehr stark involviert ist in Familie und Erwerbstätigkeit. Wenn diese Gruppe schwindet, ist das Potenzial viel geringer. Das ist ein großes Problem gerade in ländlichen Regionen; wer erhält die Vereine aufrecht, die Sportvereine, die Traditionen auch, die Feste, wo ist das Potenzial, weil das wieder wichtig ist auch für die Versorgung und für die Identifikation der Menschen mit der Region. Wenn es um Infrastruktur geht, nicht nur die baulichen Seiten, also immer die Investitionskosten, die Hardware berücksichtigt, sondern auch die Software. Das ist auch ein ganz wichtiger Punkt dabei und eine Gemeindebefragung im Saarland hat auch ergeben, dass das immer ein ebenso wichtiger Bereich ist, wie Leerstände, Baulücken, wie bekomme ich die bauliche Substanz in den Griff. Die Handlungsstrategien beziehen sich viel häufiger auf die Hardware, das ist offensichtlich einfacher, aber es heißt nicht, dass man die andere Seite vernachlässigen sollte. Schließen möchte ich damit, dass ich denke, dass es mit den bekannten Organisationsformen sehr häufig nicht mehr hinkommt und dass man neue Formen finden muss, flexibler auch auf Hightech setzen, was neue Dinge ermöglicht und auch natürlich in der Verwaltung andere Strukturen schaffen muss. Im Hinblick auf das Leitbild der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen möchte ich das Leitbild, obwohl es im Grunde nicht Realität ist, ich möchte es noch nicht ad acta legen, weil der Ersatz der Mindestdaseinsvorsorge nicht definiert ist. Ich kann keine Standards festlegen; und damit kurzfristige ökonomische Interessen sehr leicht die Oberhand gewinnen und deswegen lieber an einem Leitbild festhalten, bevor man ein neues, nicht ein besseres, entwickelt hat. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Frau Spellerberg. Als nächstes hat das Wort Herr Mensing, von CONVENT Planung und Beratung.

Herr Dipl. Geogr. Mensing: Vielen Dank. Es ist schon viel gesagt worden. Ich möchte einige Anmerkungen machen aus Sicht der Kommunalberatung. Wir arbeiten sehr viel für kommunale Regionen, das sind ja die, die letztlich viele Dinge umsetzen, über die wir reden; und ich möchte berichten, ich habe das so in meiner Stellungnahme hinten als Quelle angegeben aus einem dreijährigen Modellvorhaben der Raumordnung des Bundesbauministerium und BBR, Modellvorhaben der Raumordnung, 13 Vorhaben haben sich mit den Thema Infrastruktur und demographischer Wandel auf der einen und nachhaltige Siedlungsentwicklung beschäftigt. Am 28. November ist in Neumarkt in der Oberpfalz die Abschlussveranstaltung, Sie sind herzlich eingeladen, es gibt hier noch Programme. Das so ein bisschen als Werbung für diese, der Bundes finanziert. Da der Beitrag von Herr Esche etwa 1¹/₂ Stunden zurückliegt, darf ich noch ganz kurz einmal sagen, worüber reden wir eigentlich. Wir reden über Infrastruktur und demographischen Wandel und wir reden einmal über mehr oder weniger, also schrumpfen, wachsen, quantitativ. Das betrifft zu Recht gesagt zwar viele, aber eben auch viele noch nicht, so dass viele Kommunen gucken halt, wir wachsen noch und alles im grünen Bereich.

Der zweite Bereich ist die Nutzungsänderung, weil wir älter werden und auch andere Wünsche haben. Das heißt, etwas plakativ formuliert, statt Kindergärten Altenheime ist natürlich sehr holzschnittartig, aber das ist eigentlich so ein schleichender Wandel, der eigentlich viele betrifft, eigentlich alle. Wir alle altern im Übrigen nicht erst seit heute, demographischer Wandel kommt immer so plötzlich, ist aber ein langer Prozess. Das ist eigentlich der interessantere Prozess.

Das dritte ist, macht die Sache noch schwieriger, Herr Esche hat es gesagt, es findet alles gleichzeitig nebeneinander statt. Das heißt, meine Nachbarkommune kann es besser haben, da hab ich nichts davon oder umgekehrt. Und dafür ist ja das Schlagwort unter anderen Paradigma geprägt worden, Umbau statt Zuwachs. Wir müssen uns also damit abfinden, dass nicht alles mehr bergauf geht, sondern auch eben anders, aber da dass, ich denke an Hamburg, wir haben hier ein Leitbild, Metropole Hamburg wachsende Stadt. Es gibt eben welche, die wachsen noch, die gleichwohl Probleme haben könnten, Integration und Alterung.

Zweiter Punkt auch nur ganz kurz. Infrastruktur oder auch genannt soziale Infrastruktur. Daseinsvorsorge ist für mich ein Kernbereich, Leitbilder der Raumordnung, 30. Juni MKO, Daseinsvorsorge sichern. Daneben das ganze Technische von gespülten Leitungen und diese Geschichten ist ein ganz anderer Bereich. Verkehr dritter Bereich, dass was öffentlich eigentlich nicht mehr unbedingt finanziert wird, Dienstleistungen und Handel, Nahversorgung. Ich war letzte Woche auf einer Tagung in Hannover, ist die Nahversorgung noch zu retten, was machen wir eigentlich, wo wir nichts machen können, wenn die kleinen Läden aussterben.

Dritter Bereich die Siedlungsstruktur. Bereich Zentrale Orte und dann das Thema Kommunikation. Da ist ja Bertelsmann sehr aktiv, also wie kommunizieren wir das Thema überhaupt an die Entscheidungsträger, an die Kommunalpolitiker. Ihr Gremium heißt ja Beirat für nachhaltige Entwicklung, das passt eigentlich sehr gut. Wir haben demographische Trends, wirken auf Infrastruktur. Infrastruktur hat aber sehr viel mit Flächenentwicklung, Siedlungsentwicklung zu tun. Deswegen muss man im-

mer die Frage, wie entwickelt sich eine Kommune in der Fläche, wie intelligent baue ich meine Siedlung eigentlich auf, oder habe ich das Glück, sehr kompakt gewachsen zu sein, oder das Pech, sehr dispers zu sein. Im Osnabrücker Land bspw. oder auch woanders. Dann haben wir die Kommunen als zentrale Akteure. Viele von Ihnen haben ihre Wahlkreise und die sehen das natürlich in der Regel ganz anders. Wir hatten ja den Kollegen aus dem Städte- und Gemeindetag, also mit denen zu arbeiten, da muss man einfach gute Argumente haben. Jammern hilft nicht, Lösungen müssen verkauft werden. Das entscheidende und das ist ja auch, da bin ich wieder beim Titel Infrastruktur. Infrastrukturkosten, Folgekosten ist ein neuer Modebegriff, der aber sehr entscheidend ist, weil er die Kommunen da packt, bei einem Thema, was sie nicht mehr haben. Früher hieß es immer, über Geld redet man nicht, Geld hat man, oder sagt man, über Geld reden wir nicht mehr, weil wir keins mehr haben. Das ist nicht von mir, finde ich aber immer noch gut. Wir können eigentlich froh sein, so hat es neulich ein Verbandsvertreter formuliert, dass die Kommunen kein Geld mehr haben, denn sonst würden die nicht kooperieren oder überhaupt über irgendwelche Fragen von Effizienz, meine Vorredner haben es ausgeführt, nachdenken. Das Problem ist nur, wenn ich mich anpassen muss, nehmen wir mal an, ich schrumpfe oder ich stagniere, habe ich zwei Probleme. Das erste ist, ich muss darauf reagieren, Umbau, Rückbau, solche Geschichten, aber ich will natürlich weiterhin eine attraktive Kommune sein. Ich muss auch punkten, ich muss versuchen, ein Profil zu entwickeln trotz Schrumpfung; ich muss also auch Schrumpfen als vielleicht neue Qualität verkaufen, weil natürlich ich weiterhin Menschen anziehen will. Es kommen natürlich viele auf die Idee, noch ein Baugebiet für junge Familien. Es begrenzt originell, weil natürlich einer Region irgendwann die Menschen, der Nachwuchsgestalter Häuslebauer fehlt, natürlich. Insofern sagen wir immer, macht eure Hausaufgaben, aber darüber hinaus müsste man doch mehr machen. Versucht irgendetwas zu bringen, irgendein Alleinstellungsmerkmal was Euch hervorhebt und kuppert nicht alles ab, was die Nachbarkommune macht. Wie gesagt, es führt letztlich auch dazu, dass es ein Begriff des ruinösen Wettbewerbs ist, ist ja auch nicht neu, aber er trifft hier, wenn ich zum Beispiel in Stadtumlandbereiche, da kann man auch gern wieder Hamburg nehmen, beiderseits der Grenze die gleiche Infrastruktur hochziehe, um hier noch schnell ein Gymnasium, das bringt mir vielleicht ein bisschen Einwohner, kostet mich aber viel Geld und diese Infrastrukturfolgekosten sind glaube ich der Schlüssel, die Infrastruktur zukünftig effizienter zu nutzen. Das ist, wenn ich an die Kommunen denke, da bekommt man sie auch einfacher. Wir haben beim BBR, bei diesen MOROs, diese Modellvorhaben der Raumordnung, ja auch 30 Hektar Ziel verkauft und irgendwelche Baulandausweisungsumlagen, also wie kann man die Kommunen zum Flächensparen kriegen. Das beste ist, man sagt ihnen, guck mal, so viel Fläche hast Du ausgewiesen, so viel Einwohner wirst Du haben und die Hälfte von dem, was Du ausweist und erschließt, kannst Du gar nicht vermarkten. Dann bekommen die einen Schreck, weil das Geld ist, was verbuddelt ist. Über diese letztlich wieder ökonomischen Möglichkeiten hat man die besten Hebel, dann in eine auch Nachhaltigkeitsdiskussion einzusteigen. Wenn man kommt und sagt, wir müssen nachhaltig Wirtschaften, dann wird man in der Regel gleich wieder nach Hause geschickt.

Ja es ist so. Die Analysen meiner Vorredner sind nicht schlecht, nur mit dem Bürgermeister Aug in Aug muss man sich manchmal schon andere Dinge einfallen lassen. Ich komme jetzt schon zum Schluss, weil die Zeit fortgeschritten ist. Was kann man tun, dieses Thema Nachhaltigkeitscheck, da gibt es in letzter Zeit neue interessante Ansätze zu diesen Folgekostenabschätzungen. Das BBR, andere Büros, In-

stitut für ökologische Raumentwicklung, ich habe ja in meinem Papier ja sehr aufwendig zitiert, also die Gegenüberstellung zu schauen, was passiert, wenn ich weiter Infrastruktur baue aus demographischen Gründen oder aus Siedlungswachstumsgründen, ist am Beispiel der Region Havelland Fläming mal aufgezeigt worden von Herrn Dr. Siedentop. Kennen Sie möglicherweise und wird vielleicht auch noch eingeladen, sehr guter Mann, der Ihnen da sehr detailliert Auskunft geben kann. Es ist auch veröffentlicht worden vom BBR in einer Leitfadensreihe, ist ausgerechnet worden, dass man in Abhängigkeit von Siedlungsdichte und der Art der Infrastruktur bis zu 30, 40, 50 % der Kosten sparen könnte, wenn man, und das sind eben die beiden Seiten, es liegt sowohl an der Infrastruktur als auch an der Siedlungsstruktur. Je kompakter sie sind, desto effizienter können sie eben wirtschaften und das kann man natürlich überall erreichen. Die können nicht einfach alles zurückbauen. Aber die Frage, wie kriege ich zum Beispiel peripher gelegene Siedlungsteile, Einwohner über ein Umzugsmanagement wieder ins Zentrum. Wenn man hört, die Alten wollen zurück ins Zentrum, ist doch wunderbar, dann kann ich alles das was ich habe, möglichst bündeln, um dann auch meine Nachversorgung besser auszulasten. Das sind alles Dinge, die ganz lange brauchen, weil sie nicht so einfach sind, weil sie auch mit Menschen zu tun haben, weil sie sowohl in der Kommunalpolitik als auch auf der Nutzerseite liegen, die man aber anpacken muss. Ein Bürgermeister hat mal einen netten Spruch gebracht, man schließt ja gern mit einem Zitat, „Der beste Weg, die Zukunft voranzusehen, ist sie aktiv zu gestalten“. Ich denke, da liegt viel drin und damit bin ich am Ende und freue mich auf Ihre Fragen. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank. Als letzter hat das Wort Herr Dr. Oelmann. Bitte schön.

Ich würde sagen, wir machen weiter. Wir haben sozusagen gerade eine Lifepräsentation unserer Parlakom-Technik erlebt mit ihren Stärken und Schwächen. Ich enthalte mich da am liebsten persönlicher Kommentare und ich darf jetzt nun endgültig Herrn Oelmann das Wort geben, bitte schön.

Herr Dr. Oelmann: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Einladung und freue mich, heute vor Ihnen vortragen zu dürfen. Ich bin hier Wassermann und fange an, steige ein mit den Entwicklungstendenzen. Bis 2020 dürfte es in Abwanderungs- und Schrumpfsregionen alles andere als unüblich sein, dass die Preise, die Gebühren sich nominal verdoppeln werden. Was heißt das konkret? Eine vierköpfige Familie zahlt heute im Bundesdurchschnitt 785,00 Euro für Wasserver- und Abwasserentsorgungsdienstleistung. Die verteilen sich 496,00 Euro auf Abwasser, 289,00 Euro auf Trinkwasser. Eine nominale Verdoppelung würde bedeuten, dass diese Jahresbelastung auf 1571,00 Euro pro Jahr bzw. 131,00 Euro pro Monat steigt und da wir hier von im Prinzip den Bundesdurchschnitt hochrechnen, ist festzustellen, dass wir in Einzelfällen wahrscheinlich sehr, sehr viel höhere Belastungen haben werden.

Was sind die Gründe für diese Preissteigerungen? Nun, die unmittelbare Folge von Abwanderung und Schrumpfung ist an verschiedenen Stellen bereits genannt worden. Ist das auf Grund der sinkenden Nachfrage? Gerade bei so kapitalintensiven Industrien wie der Wasserver- und Abwasserentsorgung werden wir sehr große Probleme haben, diese volumenunabhängigen Fixkosten zu beeinflussen. Das heißt, diese volumenunabhängigen Fixkosten werden bei einer sinkenden Menge weniger nachgefragt oder auf weniger Kubikmeter verteilt werden mit dem Ergebnis, dass der

Kubikmeterpreis quasi zwangsläufig steigt. Andere Sachen, die auch bereits genannt wurden im Zusammenhang mit der sinkenden Nachfrage, werden betriebliche bis hin zu baulichen Folgekosten notwendig. Eine mittelbare Folge, die häufig bei diesen ganzen Berechnungen übersehen wird ist, dass steigende Preise einen Teufelskreis in Gang setzen. Das heißt, die Bürger reagieren auf diese steigenden Preise mit einem Rückgang der nachgefragten Menge, die wiederum eine weitere Preissteigerung in Gang setzt, die wiederum einen Mengenrückgang in Gang setzt.

Nun ist es so, dass unsere Kunden, die Kunden der Wasserver- und Abwasserentsorgung unterschiedlich in der Lage sind, auf Preissteigerungen mit einer Mengenveränderung zu reagieren. Ökonomisch sprechen wir hier von sich unterscheidenden Preiselastizitäten der Nachfrage; und was wir ungefähr annehmen können, ist dass ein größeres Gewerbe, die Industrie, die noch von der öffentlichen Wasserver- und Abwasserentsorgung versorgt wird, dass die am ehesten die Möglichkeiten haben zu substituieren. Sie brauchen nur an das Hervordringen der Membrantechnologie zu denken. Auch die Einfamilienhäuser, in dem Zusammenhang mit Regenwassernutzung zum Beispiel, haben Möglichkeiten, zu substituieren. Sukzessive ist anzunehmen, dass insbesondere die Gruppen, die sich relativ schlecht wehren können, wenn wir so wollen, die Mehrfamilienhausbewohner, dass die auf Grund der Tatsache, dass sie sich am relativ schlechtesten von der öffentlichen Wasserver- und Abwasserentsorgung zurückziehen, dass die tatsächlich am Ende die gekniffenen sind. Die hohen Fixkosten werden dann vor allen Dingen dann auf die Kubikmeterabnahme dieser Gruppe treffen, die werden die zu tragen haben. Ich gehe im Weiteren nicht mehr darauf ein. Wichtig ist, dass diesem Teufelskreisproblem durchaus mit anderen Tarifmodellen, mit höheren Grundpreisen, begegnet werden kann. Ich beobachte, dass die Unternehmen in aller Regel dem sehr viel freundlicher und offener gegenüberstehen. Bei den Kommunalvertretern, bei den Bürgermeistern, ist es nicht unbedingt der Fall; aber ich denke, was wir hier feststellen sollten, ist dass was vielleicht kurzfristig sozial gedacht ist, langfristig sich als einen gefährlichen Bumerang entwickeln kann und vor dem Hintergrund vielleicht die Auseinandersetzung mit Tarifmodellen interessant ist.

Welche Möglichkeiten haben wir denn, diese Entwicklungen abzumildern? Nun, ich selber bin kein Ingenieur, kein Techniker, was ich Ihnen aber berichten kann aus ingenieurwissenschaftlichen Vorschlägen ist, dass wir nicht zu groß bauen sollten, dass wir wirtschaftlicher bauen sollen, dass wir modularer bauen sollen, dass wir jede Erschließung von Neubau und noch nicht angeschlossenen Gebieten kritisch prüfen sollen, dass wir dezentrale Techniken immer dann nutzen sollen, wenn das möglich ist. Und selbstverständlich eine intensive Kooperation von Stadtplanungen und Stadttechnik notwendig ist. Das Problem ist und da komme ich auf Herrn Esche zurück, diese Wahrnehmung setzt sich nicht unbedingt durch. Als ein Beispiel: Die Kanalnetzlänge ist zwischen 1987 und 2004 stetig von 300 000 auf 500 000 Kilometer gestiegen und stetig heißt, dass dieser Trend jetzt nicht in den letzten fünf Jahren oder so zurückgegangen ist. Wir haben tatsächlich eine stetige Entwicklung an der Stelle.

So, nun stellt sich vor dem Hintergrund die Frage, welche Möglichkeiten oder was sind denn die Ursachen dafür, dass diese ingenieurwissenschaftlichen Vorschläge nicht aufgenommen werden und gibt es denn Lösungsmöglichkeiten dafür. Was wir feststellen ist, dass Kommunen selbst im Bereich Abwasser Anreize haben, kapitalintensiv zu bauen. Ich nenne da knapp die Stichworte, im Kern geht es um die Diffe-

renz zwischen kalkulatorischem Zinssatz, der höher ist als der tatsächliche Zinssatz. Vor diesem Hintergrund bieten sich als Möglichkeiten, als Lösungsmöglichkeiten bietet sich an, tatsächlich die verschiedenen Investitionen, die geplant sind, durch eine kompetente Stelle auf Sinnhaftigkeit und auf Demographiefestigkeit zu überprüfen. Aktuell gibt es keine Stelle, der diese Kompetenz zukommt. Daneben gibt es in verschiedenen Ländergesetzen, ich will das vor dem Hintergrund der Diskussion hier mal so sagen, etwas eigentümliche Vorgaben. Also zum Beispiel die Vorstellung, dass es ein zukunftsfähiges Leitbild ist, 100 % der Bevölkerung an die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung anzuschließen. Daneben ist es natürlich wichtig, dass auch Architekten, Ingenieure Anreize haben, wirtschaftlich zu bauen. An diesen Stellen passiert auch teilweise eine ganze Menge.

Interessant im Zusammenhang mit der deutschen Wassergesetzgebung ist, dass es regelgebende Verbände gibt, die sowohl für die Wasserver- und als auch die Abwasserentsorgung die Aufgabe haben, den jeweiligen Stand der Technik der anzuwenden ist und wie zu definieren. Auch hier erkennt man die Zeichen eines Umdenkens zum Beispiel bei der Abwasserseite DWA, aber nichts desto trotz ist festzustellen, dass diese regelgebenden Verbände selbstverständlich Anreize besitzen solche Vorschläge zu machen, um tatsächlich eine möglichst maximale Sicherheit zu gewähren. Das allerdings hat selbstverständlich seinen Preis, wir sprechen hier von der 80-20 Regel, das heißt, die letzten 20 % Erreichen des Qualitätsziels, damit sind ungefähr 80 % der Kosten verbunden.

Vor diesem Hintergrund, das ist auch eine Sache, die schon seit längerer Zeit angeregt wird, ist tatsächlich noch mehr Öffnungsklauseln einzuführen. Noch mehr für spezifische Rahmenbedingungen, Abweichungen von dem Regelwerk zuzulassen. Eine ganz neue Sache, die ich persönlich als Ökonom für spannend halte, ist es, tatsächlich zu überlegen, ob nicht die Regelwerke anderer EU-Länder auch für die Anwendungen in Deutschland zugelassen werden könnten. In dieser Art und Weise haben wir auch eine Form des institutionellen Wettbewerbs. Daneben sind gesetzliche Vorgaben zu nennen, also zum Beispiel was ich gerade sagte, dieser Begriff Stand der Technik. Es stellt sich durchaus die Frage, ob wenn ich Grenzwerte mit einer bestehenden Technik erreiche, weswegen ich dann auch noch die Vorgabe mache, nach einem neudefinierten Stand der Technik zu bauen.

Ein weiterer Punkt, den wir hier auch schon ansprachen, ist der Punkt großflächige Infrastrukturplanung fördern. Die deutsche Wasserwirtschaft ist im Gegensatz zu der in vielen anderen Ländern sehr kleinteilig organisiert. In Ostdeutschland ist sie es erst geworden und ganz grundsätzlich muss man sich die Situation mal vorstellen. Hier ist die Unternehmensgröße, ist abhängig von der Gebietskörperschaftsgrenze. Man kann sich unschwer vorstellen, dass in den allerseltensten Fällen die entsprechende Unternehmensgröße, die sich ergibt aus der vorgegebenen Gebietskörperschaftsgrenze, dass die optimal ist um eine bestimmte Wasserver- oder Abwasserentsorgungsleistung durchzuführen. Vor diesem Hintergrund hat auch das Modernisierungsprogramm der Bundesregierung gefordert, die Förderung von Kooperation bis hin zu Fusionen und auch das möchte ich hier an dieser Stelle gern noch einmal in Erinnerung rufen. Eine ganz wichtige Sache ist im Zusammenhang mit der interkommunalen Zusammenarbeit, Herr Leindecker sprach es schon an, dass wird gerade in Brüssel vom Europäischen Parlament intensiv diskutiert. Ich würde als Grundsatz aufstellen, dass es einfach wichtig ist, dass sowohl kommunale Unternehmen, als auch private Unternehmen miteinander in einen fairen Wettbewerb ein-

treten können. Von dieser Stelle sind wir noch weit entfernt und bei diesem Punkt werden uns auch die Vorgaben aus Brüssel nicht wirklich helfen. Ich gebe Ihnen zwei Beispiele. Das Steuerprivileg zum Beispiel begünstigt im Verhältnis die kommunalen Unternehmen. Auf der anderen Seite auf Grund des Örtlichkeitsprinzips haben die kommunalen Unternehmen gar nicht die Möglichkeit, außerhalb ihrer Gebietskörperschaftsgrenzen tätig zu werden. Das heißt, an dieser Stelle geht es wirklich auch um die Frage, in welche Art und Weise schaffen wir Möglichkeiten, was kommunalen Unternehmen auch die Möglichkeit zu geben, außer ihrer Gebietskörperschaftsgrenzen tätig zu sein, ohne dass wir sie bevorteilen eben aufgrund der Sache, dass sie in einer ganz anderen Art und Weise unterstützt werden.

Das sind wichtige Punkte, die auf der Tagesordnung stehen. Ein weiterer Punkt ist, ich glaube, dass es in Einzelfällen sehr sinnvoll sein kann, wenn Kommunen die Aufgabe in eigener Regie durchführen. Aber ich bin der Ansicht, dass es einen gewissen Rechtfertigungszwang geben sollte, weswegen sich eine Kommune explizit dazu entscheidet, nicht verstärkt in größeren Einheiten zusammenzuarbeiten.

Abschließend als vierten Punkt, den ich sehe, wie diese Entwicklungen abgemildert werden können, sind ganz allgemein wettbewerbliche Anreize. Wenn wir uns mit der Entwicklung in anderen Netzwerkindustrien auseinandersetzen, stellen wir fest, dass wettbewerbliche Anreize effizient gefördert haben und das Gleiche gilt auch für Wasser und Abwasser. Ich habe Ihnen hier mal mitgebracht die Entwicklung der Betriebsführungsausgaben in der englischen Wasserwirtschaft. Sie sehen eine durchgezogene Linie, diese Linie sind die tatsächlichen Betriebsführungsausgaben bei den Unternehmen, wie sie tatsächlich angefallen sind. Sie stellen fest, dass wenn Sie den Wert 1989 anschauen, dass dieser Wert nominal ungefähr dem entspricht, den wir im Jahr 2004 nominal hatten. Interessant ist, dass wir natürlich immer gefragt werden, wo sollen denn diese Unternehmen tatsächlich effizienter werden. Ich kann das als Volkswirt an dieser Stelle nicht beantworten. Ich kann Ihnen nur anhand solcher Schaubilder zeigen, dass in Ausgangszuständen die erste Linie, die dort hochgeht, das ist die Prognose des damals noch zuständigen Ministeriums gewesen. Dass die der Ansicht waren, die würden regelrecht explodieren, diese Betriebsführungsausgaben. Über wettbewerbliche Anreizsysteme stellte sich dann im Laufe der Zeit fest, dass die Unternehmen sehr wohl in der Lage waren, Effizienzpotenziale zu erschließen und Sie sehen im weiteren Verlauf, dass das auch lange Zeit nicht abgenommen hat, ungefähr über 16 Jahre. Jetzt können wir ungefähr davon ausgehen, gewisse Effizienzpotenziale sind erschlossen. Was heißt denn das für Deutschland nun? Nun für Deutschland heißt das, dass dieser englische Weg so in dieser Form einfach auf Grund der sehr unterschiedlichen Struktur aktuell nicht anwendbar ist. Gleichzeitig ist es so, dass die Wasserwirtschaft so besonders ist, dass das was wir aus anderen Netzwerkindustrien können, dieser Durchleitungswettbewerb auch nicht unbedingt ein valides Mittel ist. Der Deutsche Bundestag, hat sich im Zusammenhang mit dem Modernisierungsprogramm dazu entschlossen, den Weg des Benchmarking zu gehen und hat in dem Zusammenhang die Wasserwirtschaftsverbände beauftragt, das auszugestalten. In sehr vielen Punkten ist das sehr positiv gelungen. Gleichzeitig ist es aber so, dass wir quasi fast gebetsmühlenartig vom Wirtschaftsministerium, Europäischer Kommission, Europäischem Parlament hören, dass eine verpflichtende Teilnahme und gleichzeitig eine Transparenz auch von sehr aggregierten Einzeldaten von Unternehmen, dass die veröffentlicht werden sollen. Das Problem ist natürlich, wenn wir an dieser Stelle eine verpflichtende Teilnahme einführen bei 6000 Wasserver- und 7000 Abwasserentsorgern, dass ist in dieser Form nicht praktikabel.

Gleichzeitig heißt es aber auch oder daneben heißt es, dass diese Grundidee dieses deutsche Benchmarking, was auf so einem vertrauensvollen Austausch basiert, dass das auch ad absurdum geführt wird. Was heißt das? Ich sehe aktuell dieses Benchmarking in einer Sackgasse, und ich glaube, man bekommt es dadurch aus dieser Sackgasse raus, indem man sagt, wir wollen gern mehr Transparenz, wir wollen gern eine verpflichtende Teilnahme, aber das machen wir mit Hilfe eines einfacheren Ratingsystems, und die Teilnahme am Benchmarking bleibt freiwillig. Ich gehe davon aus, dass dieses Benchmarking dann ganz anderen Zulauf hat und dass es dann auch gewisse Chancen beinhaltet.

Was ist das Fazit? Nun, das Fazit aus meiner Sicht ist die Auswirkung von Bevölkerungsabwanderungen und Bevölkerungsschrumpfung, auf Preise, Gebühren, Qualität werden beachtlich sein, aber gleichzeitig sehe ich doch eine ganze Reihe von Möglichkeiten, diese Entwicklungen abzufedern. Ich habe in dem Zusammenhang die Frage der Tarifmodelle knapp angerissen, Änderungen im Ordnungsrahmen, die ich für sinnvoll halte, damit wirtschaftlicher tatsächlich gebaut wird. Ich habe angerissen, dass es wichtig ist, die interkommunale Zusammenarbeit zu fördern, relativ unabhängig davon, ob es unter kommunaler oder privater Führung ist, und bin kurz auf wettbewerbliche Anreizsysteme eingegangen. Ich danke Ihnen.

Der Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank. Damit ist die Runde der Eingangsstatements abgeschlossen. Wir haben auch das Ziel, das bis spätestens 18:00 Uhr zu schaffen, eingehalten. Ich darf darauf hinweisen, ohne die Veranstaltung unterbrechen zu wollen, ab 18:00 Uhr wird es draußen die Möglichkeit geben, noch logistisch nachzufassen.

Ich würde dann gern die erste Fragerunde eröffnen. Da hatten wir vereinbart, dass wir zunächst einmal allgemeine Fragen inklusive der speziellen Themen von Frau Tatje einbeziehen und ich habe dazu zurzeit drei Wortmeldungen. Ich darf um weitere bitten. Dann kann ich das Wort erteilen an die Kollegin Julia Klöckner.

Abg. Klöckner: Ja wunderbar, vielen Dank Kollege Krings, aber auch allen, die hier vorgetragen haben. Es war sehr interessant. Ich fand sehr positiv, dass nicht ein Horrorszenario dabei raus kam; Abendland wird nicht untergehen, dadurch, dass wir einen demographischen Wandel haben. Eine Bitte, es gab ja einige Folien, ich weiß nicht, ob es schon geklärt worden ist, dass die Folien abgegeben werden könnten über das Sekretariat dann an uns. Das konnte man nicht alles mitschreiben, aber ich fand es sehr sinnvoll und hilfreich. Das wäre eine erste Bitte an das Sekretariat und auch an die Referentinnen und jetzt die konkrete Frage.

Der Vorsitzende: Sagen Sie doch bitte gleich am Anfang an wen.

Abg. Klöckner: Das sind Fragen, weil es allgemeine sind, weil sie eigentlich an die Allgemeinheit gerichtet sind.

Der Vorsitzende: Vereinbart war, dass wir insgesamt zwei Fragen nur zulassen.

Abg. Klöckner: Die erste Frage geht dann konkret an Herrn Leindecker. Das Thema Ballungsräume, Städte und ländlicher Raum. Wie kann man sich das noch konkreter vorstellen? Wie wird die Entwicklung in Zukunft sein, ohne wie gesagt, ein Horrorszenario zu malen? Wird es so sein, dass sich immer mehr auf Grund der Infra-

struktur sich immer mehr Menschen in den Städten sammeln werden und dass der ländliche Raum oder gewisse Landstriche aussterben werden? Muss man das als solches hinnehmen oder gibt es Möglichkeiten, wo man jetzt schon entgegenwirken kann? Das heißt, Zusatzinvestitionen damit ländlicher Raum, was ja heute schon eine Rolle spielt, gewisse Faktoren im Vorteil sind.

Eine zweite Frage würde ich dann stellen an die Frau Tatje als Demographiebeauftragte. An Sie habe ich die Frage, da Sie ja unmittelbar mit Politik und dem vor Ort entwickeln zu tun haben und in die Zukunft auch schauen und planen wollen. Welche Aufgabe hat denn der Gesetzgeber heute schon? Was müsste der Gesetzgeber heute schon in die Wege leiten, um richtungweisend oder richtunggebend zu sein, dass heißt also auch, Dinge letztlich vorschreiben oder mit entwickeln. Ich bin auch skeptisch geworden oder hellhörig geworden bei dem Hinweis, was zum Beispiel die Ausschreibung von Neubaugebieten anbelangt. Also Gemeinden übertreffen sich ja darin, Neubaugebiete auch jetzt immer noch auszuschreiben Herr Leindecker, vielleicht wäre das auch noch eine Frage an Sie zurückgegeben.

Und als letztes das Thema Bedürfnisse.

Der Vorsitzende: Also an sich sollten wir erstmal zwei Fragen machen. Dann würde ich sagen, anschließend können Sie sich noch einmal zu Wort melden. So, dann auf der Liste als nächster der Kollege Hermann. Bitte schön.

Abg. Hermann: Wir sind jetzt in der allgemeinen Runde. Meine Frage richtet sich an Frau Tatje und an Herrn Leindecker. Wenn man allen zuhört, dann glaube ich und wenn man es ein bisschen beobachtet, die Politik auf lokaler, regionaler Bundesebene, dann haben wir wahrscheinlich ein Wahrnehmungsproblem. Wir alle fast sind sozusagen mit einem Paradigma aufgewachsen, das Wachstum hieß und es fällt ungeheuer schwer, da sozusagen umzulernen, dass wir jetzt sozusagen von Entwicklung und Umbau reden müssen, dass es was ganz anderes ist. Deswegen die Frage an Sie. Wie kann man das Bewusstsein in die Politik und nicht nur dorthin, sondern auch bei den Menschen bringen, dass es möglich ist, darauf anders zu reagieren. Und ein zweites Problem was ich sehe, ich muss es etwas sportlich formulieren. Im Grunde genommen gibt es einen Teil der Kommunen und der Regionen, die sagen müssen, wir sind Verlierer. Bisher ist es so, dass alle glauben, wir könnten gewinnen und die, die nicht gewinnen können, die glauben, dass die anderen ihnen helfen, dass die doch gewinnen. Wie kann man es schaffen, dass es, obwohl es Gewinner und Verlierer gibt, daraus jeweils etwas positives zu machen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Der nächste Fragensteller ist der Kollege Döring. Bitte schön.

Abg. Döring: Herzlichen Dank. Ich möchte gerne eine Frage stellen an Herrn Oelmann. Sie haben eben ja sozusagen in einem Dreierkanon den Wettbewerbsbereich aber auch Flexibilisierung im Abwasser- und Frischwasserbereich angesprochen, da kommen wir ja schnell zusammen. Aber ein wesentlicher Teil ihrer Ausführung war ja auch Dezentralisierung. Da habe ich jetzt mal eine Frage, das ist vielleicht aus Ihrer Sicht eine typische Politikerfrage. Ich komme gebürtig aus einem sehr ländlichen Raum im Norden Niedersachsens. Da haben wir es nun gerade geschafft, die allerletzten Klärgruben abzuklemmen und den hinterletzten Bauerhof mit immensen Kosten für den betroffenen Inhaber auch noch ans Kanalnetz anzuschließen, und

nun sprechen wir hier über dezentrale Entsorgungsstrukturen. Ich will damit deutlich machen, ja das ist ein Konflikt, den wir hier alle aushalten müssen, und vielleicht haben Sie ja noch eine Empfehlung, wie wir mit diesen Konflikten in der Auseinandersetzung umgehen können.

Die zweite Aussage richtet sich an Herrn Professor Becker. Sie haben ja sehr deutlich gemacht, dass es Räume geben wird, in denen öffentlicher Personennahverkehr wie wir ihn heute kennen, jedenfalls ökonomisch sinnvoll nicht mehr angeboten werden kann. Gleichzeitig haben Sie aber auch betont, letztendlich hat der Staat aus Ihrer Sicht die Verpflichtung, Bedürfnisse nicht nur zu erkennen, sondern am Ende auch zu befriedigen. Da sage ich jetzt auch mal etwas provokant, warum kommen Sie nicht zu dem Ergebnis, dass es am Ende vielleicht preiswerter ist, jedem einen Führerschein, vielleicht sogar einen PKW mit Fahrer zur Verfügung zu stellen, anstatt hohe und große aufwendige Strukturen aufrecht zu erhalten.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Kollege Kauch als nächster.

Abg. Kauch: Ja, ich habe zunächst eine Frage an Herrn Leindecker, einfach ob ich Sie da richtig verstanden habe und auch die Position des Städte- und Gemeindebundes möglicherweise nicht misszuverstehen. Ich komme aus einem städtischen Wahlkreis, und das was Sie hier gesagt haben, ist bei mir angekommen, als die Strukturen müssen aufrechterhalten werden, und sie, in diesem Fall die ländlicheren Regionen, brauchen halt mehr Geld. Da ist so das Modell, was in Schweden gefahren wird, Stockholm zahlt halt für Lappland. Die Frage, ob das politisch durchzuhalten ist, ist die andere Frage. Aber ist das die Haltung des Städte- und Gemeindebundes oder haben Sie auch Ansätze, wo man möglicherweise auch bestimmte zentrale Strukturen in Frage stellen muss? Eben auch die Frage, inwieweit das mit der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse denn tatsächlich durchzuhalten ist.

Die zweite Frage geht ja entweder an Herrn Becker oder an Herrn Oelmann, je nachdem, wer meint, dazu was beizutragen zu können, weil es übergreifend ist. Unabhängig davon, ob es Verkehr ist oder ob es Wasser oder Abwasser ist. Gibt es sozusagen Leitlinien oder Kriterien, Berechnungsverfahren, ab denen Sie sagen würden, es macht Sinn, eine bestehende Infrastruktur, die schon da ist aufzugeben, weil ihre Folgekosten höher sind als der Abriss und eine dezentrale Lösung? Wann macht es beispielsweise Sinn zu sagen, wir klemmen den Bauernhof wieder vom Netz ab und der hat seine Sickergrube?

Der Vorsitzende: Danke schön, Kollege Scheuer bitte.

Abg. Dr. Scheuer: Ich möchte da weiter machen, als könnte ich nach der Theorie Hermann sagen, einer ist immer der Loser oder ein paar werden immer die Loser sein. Aber so leicht möchte ich es mir an der Stelle nicht machen. Ich glaube, ich habe es zur Darstellung so verstanden, dass der Herr Esche eher von den Chancen auch des ländlichen Raumes gesprochen hat, Chancen des Strukturwandels, die man einfach verändern muss. Der Professor Becker hat vielleicht auch ein bisschen provoziert, mit dem, was er einfach gesagt hat. Ich komme aus einem ländlichen Wahlkreis und wenn man so den Bayerischen Wald anschaut, dann kann ich da einem Bürgermeister sagen, sperr deine kleinen Weiler zu, so aus die Maus, mach für die ein kleines Mittel- oder Oberzentrum und somit ist gut, dann hast Du all deine Probleme geklärt. Ich denke aber, dass die ländlichen Räume durchaus modern und

aktuell sind, wenn man genau diese Grenzstreifen Polen bis Tschechien sieht, was die Osterweiterung machen kann, weil wir in den ländlichen Räumen vielleicht an der Stelle wettbewerbsfähiger sind als manches Ballungszentrum. Ich sage Ihnen ein Beispiel aus meinem Wahlkreis, aus der Stadt Passau. Wir bekommen die IT-Spezialisten nicht mehr her, die die Universität in Passau mit dem Lehrstuhl auswirft. So 15 Stück reichen nicht mehr, ich habe zwei, drei große Firmen, die sich genau als Call-Center, als Softwareentwickler im ländlichen Raum angesiedelt haben, weil sie die hohe Lebensqualität und die billigeren Löhne sehen und ganz einfach sagen, ich brauche nächstes Jahr 50 Informatiker und das doppelt und dreifach. Deswegen möchte ich die Frage stellen an Herrn Professor Becker. Wie kann ich das verstehen, was muss ich jetzt meinem Bürgermeister nach der Theorie sagen? Und der zweite Seitenhieb soll mir auch noch erlaubt sein. Sie haben sich, glaube ich, vielleicht auch ein wenig widersprochen, in der Geschichte keine Ortsumfahrungen mehr, sondern die Straßen müssten durch den Ort führen. Jetzt haben Sie aber vorher gesagt, die Kinder sollen wieder im Ort spielen, es wird ein bisschen schwierig, wenn da die Bundesstraße durch geht. Vielleicht könnten Sie dies noch einmal aufklären und an den Herrn Esche noch einmal vielleicht die Geschichte mit dem Gesundheits- und Alterungsaspekt. Sie haben von einer zumutbaren Erreichbarkeit gesprochen. Vielleicht können Sie uns mit ein, zwei Modellen zeigen, was aus einem alten Schulhaus wird, wo sich die Gemeinde oder das Land diese Grundschule auflöst. Gibt es da Modelle, die Sie uns anbieten können, vielleicht in einem Mehrgenerationenhaus oder ähnlichem, was auch die Bundesregierung jetzt präferiert.

Der Vorsitzende: Danke schön, Frau Hasselmann, bitte schön.

Abg. Hasselmann: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Auch ich fände es sehr richtig, wenn wir gemeinsam in der Politik das Thema demographischen Wandel zum einen als große Herausforderung, aber vor allen Dingen auch als Chance begreifen und aufhören, über sozusagen die Verelendung und Horrorszenarien der einzelnen Regionen zu diskutieren und das in den Vordergrund zu stellen, wie das bis vor einem halben Jahr noch sehr gern in der öffentlichen Debatte und auch in großen Medien passiert ist. Meine zwei Fragen richten sich an Herrn Mensing und Herrn Leindecker. Da ich aus Bielefeld komme, stelle ich mal keine Frage an die Kollegin Tatje. Das Konzept ist mir bekannt und ich weiß auch, wie sozusagen die Umsetzung läuft und verfolge das auch sehr intensiv.

Herr Mensing, Sie haben ja auch in Ihrem Eingangsstatement die Bedeutung der Kommunen beim demographischen Wandel, also sind da sehr intensiv darauf eingegangen und ich habe ihr Petitum so verstanden, dass es darum geht, dass endlich sozusagen die Realitäten auch anerkannt werden und dass man dann daraus die Handlungsansätze ableitet. Sie haben ja von so einer Art Nachhaltigkeitscheck gesprochen. Mein Eindruck ist, dass selbst wenn die Kommunen endlich zu der Auffassung kämen, was längst noch nicht alle tun, dass demographischer Wandel auch bei ihnen stattfindet. Dann war ja Ihr Petitum, also vergesst das mal mit dem nachhaltig Wirtschaften und so weiter, redet mal lieber über die Kosten, dass kommt dann eher an, dass man da auch Handlungsdruck hat. Mein Eindruck ist, dass wir eigentlich eher bei den Entscheidungsträgern auf Bundes- und Landesebene sagen müssten, in einer Art Nachhaltigkeitscheck, was haben wir eigentlich alles beschlossen und welche Maßnahmen existieren die verhindern, dass sich eine Kommune auch mit der demographischen Entwicklung beschäftigt. Also das Thema Gewerbeflächenausweitung zum Beispiel, wo wird es gefördert und wo nicht, ist ein Beispiel, was mir sofort

einfällt. Da würde mich interessieren, wie Sie das sehen und ob Sie da nicht glauben, dass eine Menge an Anforderungen auf Bund und Ländervorhaben zukommen, und die zu überprüfen sind.

An Herrn Leindecker meine Frage. Sie haben das Thema interkommunale Zusammenarbeit angesprochen. Auch da eine Bewertung ihrerseits, wie ist der Eindruck, wie verfestigt ist die Debatte in den Kommunen darüber mittlerweile. Im Grunde genommen haben wir 20 Jahre darüber in der Kommunalpolitik geredet und so war das Paradigma auch, wer ist eigentlich der Beste von uns allen, wer ist der Größte und wer bietet das Beste. Jetzt sozusagen kommen wir zu einer Auffassung, nur gemeinsam sind wir stark oder überlebensfähig. Wie verankert ist denn so eine These aus Ihrer Sicht in den Städten und Kommunen, und ist nicht auch die Frage, ist Demographiequerschnittsaufgabe noch gar nicht erkannt? Wir reden alle über das Thema und gleichzeitig sage ich mal, weisen die Dezernenten Massen an Gewerbeflächen oder Flächenverbrauch für neue Ansiedlungen aus. So stellt sich für mich eher die Realität dar.

Der Vorsitzende: Danke schön, Frau Arndt-Brauer, bitte.

Abg. Arndt-Brauer: Ich habe jeweils eine Frage an Frau Professor Spellerberg und an Herrn Professor Becker. Die Frage, Sie haben von bedarfsgerechtem Wohnen gesprochen, Frau Professor Spellerberg, das bedeutet, dass man eine gewisse Mobilität hat sowohl im Kopf als auch rein funktional. Das bedeutet ja, ich habe eine Familie, ziehe mit der aufs Land, die Kinder werden größer, ich ziehe dann vielleicht in die Stadt, ich werde älter, ich ziehe in eine kleinere Wohnung, ich werde ganz alt und gehe ins Pflegeheim und das alles mache ich bewusst und hoffentlich auch gern. Das bedeutet aber, ich trenne mich von lieb gewonnenen Dingen, von Freunden, weil ich nicht die nächste Wohnung nebenan habe, ich trenne mich von Möbeln, ich trenne mich von vielen Dingen und wäge ab und bleibe in der jetzigen Realität eigentlich in dem Haus wohnen, das ich mal gebaut habe. Das ist das, was ich jetzt immer so erlebe. Die Leute bleiben in ihren vier Wänden. Das sind die, die sie mal mit ihren Kindern und für ihre Kinder gebaut haben, je nachdem wo und dann kommt vielleicht noch das Pflegeheim, das aber schon nicht mehr freiwillig. Wie kriegen wir eine Mobilität der Bevölkerung hin, die vielleicht ein bisschen amerikanischer ist, dass man sich vielleicht leichter trennt, dass man vielleicht das Neue als Gewinn auch erkennt, was ja nicht einfach ist, weil man sich ja von lieb gewonnenen Dingen trennt. Ich denke, dass müssen wir aber irgendwie schaffen.

An Herrn Professor Becker die Frage. Sie haben so auch meine Idealvorstellungen, also ich komme aus dem Münsterland, wir fahren viel Fahrrad, gehen viel zu Fuß, bei uns ist alles schön flach, ist vielleicht einfacher als im Bayerischen Wald. Trotzdem ist es bei uns so, jede Kommune versucht im Moment ein kleines Einkaufszentrum an den Rand zu bauen. Das ist einfach im Moment gerade so in, und die bekämpfen sich noch bei der Bezirksregierung, wer die Genehmigung bekommt. Aber dass die Innenstädte veröden, das nimmt im Moment keiner wahr. Ich denke, es ist aber jetzt die Zeit, wo wir solche kleinen Einkaufszentren eigentlich verhindern müssten oder uns überlegen müssen, wenn wir sie denn schon kriegen, wie machen wir sie erreichbar auch für Leute die älter werden, vielleicht für Leute, die sich Autofahren irgendwann nicht mehr leisten können. Das müssen wir jetzt machen und dürfen nicht in 20 Jahren drüber nachdenken.

Der Vorsitzende: Danke schön, Kollege Miersch, bitte.

Abg. Dr. Miersch: Meine Frage geht an Professor Becker und an Herrn Esche. Wir haben eben gehört, ich glaube, ich habe es jedenfalls richtig verstanden, Herr Mensing hatte glaube ich das Zitat gebracht, „Gut, dass Kommunen kein Geld haben, so entsteht Wettbewerb“. Wenn ich die Ausgangsposition richtig sehe in den nächsten 20 Jahren, die vor uns liegen, dann ist es doch so, dass wir feststellen müssen, die Anforderungen an die Daseinsvorsorge werden immer größer, das Geld fehlt aber jedenfalls in der öffentlichen Hand. Für mich ist es eigentlich die grundsätzliche Frage unserer Politikansätze, die wir auf allen drei Ebenen verfolgen, Kommunen, Länder, Bund. Wenn wir die bisherigen Förderinstrumente sehen, wenn wir so etwas sehen wie kommunalen Finanzausgleich, Länderfinanzausgleich. Da hat mir das Bild von Professor Becker sehr gut gefallen von der Bedürfnisorientierung, also weg von dem Kopf oder von der Bevölkerung an sich, sondern von Bedürfnissen gedacht. Wo sehen Sie eigentlich zukünftig Regulative für die öffentliche Hand und wie können die gestaltet werden.

Der Vorsitzende: Danke schön. Herr Kollege Heilmann.

Abg. Heilmann: Ich habe eine Frage an Herrn Esche und eine Frage an Herrn Professor Becker. Zielt ungefähr in die gleiche Richtung. Es geht mir um die gleichwertigen Lebensverhältnisse. Herr Esche, Sie brachten da den Begriff oder das Begriffspaar herein, differenzierte Standardsetzung. Bisher spricht man von gleichwertigen Lebensverhältnissen, das ist auch durch das Grundgesetz, die Verfassung sozusagen, definiert. Soll das Begriffspaar was Sie da gebracht haben, das ersetzen oder ist es jetzt eine neue Formulierung dafür, das würde mich ganz einfach interessieren. Was Sie auch ganz einfach unter gleichwertigen Lebensverhältnissen, wie Sie das auch definieren würden. Dann, da Sie ja auch von Zentrenbildung und so weiter gesprochen haben, also im Verhältnis von ländlichen Räumen und Städten. Herr Becker, das wäre an Sie dann.

Der Vorsitzende: Danke schön, Herr Spanier, bitte schön.

Abg. Spanier: An Frau Spellerberg möchte ich meinen Hinweis, meine Frage richten und an Herrn Mensing. Mir geht es um Stadtentwicklungspolitik. Was hier beschrieben worden ist an Problemen, dem kann man zustimmen, das ist sicherlich und es ist auch deutlich geworden, regional sehr unterschiedlich, das Saarland hat eine ganz besondere Situation mit Wohneigentumsanteil, ich glaube 60 %. Da sind viele altindustrielle Standorte, über die neuen Länder ist gerade berichtet worden, wie sich das zum Beispiel in Wolfen und in anderen Städten durch den zusätzlichen Faktor Abwanderung entwickelt hat. Meine Frage ist recht pragmatisch sozusagen. Wo hat der Bund tatsächlich Einflussmöglichkeiten? Es gibt die Planungshoheit der Kommunen und an der will grundsätzlich niemand rütteln. Wir haben einmal die Einflussmöglichkeit über das Baurecht und ich glaube, da haben wir im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung eine ganze Menge getan und sind im Augenblick dabei, die Planungsvorgaben und Erschwernisse für Stadtinnenentwicklung ein Stück weit zu erleichtern. Das halte ich für ein wichtiges Instrument, weil man nur so Möglichkeiten schafft, um dieses Ausgehen in die Grüne Wiese ein Stück einzudämmen. Wir haben ja auch eine Rückwärtsbewegung in den Innenstädten.

Was kann der Bund noch tun? Er kann durch Förderprogramme versuchen, eine nachhaltige Stadtentwicklung zu fördern. Da ist gerade vorhin das Stadtumbauprogramm Ost angesprochen worden. Natürlich ist zunächst einmal der Schwerpunkt der Rückbau, aber es ist auch durchaus bereits jetzt die Entwicklung der Städte mitfinanziert und Förderung bekommt man nur, wenn man ein Stadtentwicklungskonzept hat. Das ist eine ganz wichtige Sache. Wichtige Voraussetzung, die in den neuen Ländern die Räte zwingt, sich tatsächlich mit der Stadtentwicklung unter völlig veränderten Rahmenbedingungen, eben nicht mehr Wachstum, tatsächlich auseinandersetzen. Wir haben das Programm Soziale Stadt und genau die Entwicklung, die Sie beschrieben haben, ein Stück weit entgegen zu wirken. Ich könnte das jetzt noch weiter geben mit Stadtumbau West, das mache ich nicht. Ein klarer Schwerpunkt auf die Förderung von Bestandsmodernisierungen, deutlicher Rückgang, Eigenheimzulage abgeschafft, Förderung des sozialen Wohnungsbaus und des Neubaus gegen Null gefahren. Ich hoffe, dass da jetzt nicht plötzlich neue Bauförderungsformen ins Spiel kommen. Wenn auch vom Grundsatz her eine richtige Entscheidung, also wir haben den Paradigmenwechsel eingeleitet. Meine Frage: Was kann der Gesetzgeber ganz konkret darüber hinaus tun, um die Entwicklung, die in vielen Kommunen zögerlich verläuft voranzutreiben?

Den zweiten Punkt, den ich gern ansprechen möchte, im Raumordnungsgesetz sehen wir ja sehr wohl die Notwendigkeit der regionalen Planung. Dass man über den Tellerrand hinausschaut. Wie sieht es aus, Stichwort interkommunale Zusammenarbeit, die gibt es übrigens auch bei Wasserbeschaffungsverbänden, bei Abwasserverbänden, das haben wir alles. Es ist nicht so, dass es das da nicht gibt. Was können wir auch da tun, um das zu befördern? Frau Tatje möchte ich mit einbeschließen, also die dritte, wenn ich das darf. Ganz am Schluss sagt sie etwas zur Frage der Zusammenarbeit der Kommunen. Jetzt muss ich Ihnen ehrlich gestehen, ich wohne am Rand von Bielefeld, in Herford und weiß, wie es da gelaufen ist. Wie bekommen wir das hin? Hat jemand von Ihnen, Frau Spellerberg, Herr Mensing, vielleicht auch Frau Tatje einen konkreten Vorschlag, wie wir das befördern können, dass tatsächlich die Nachbargemeinden sich zusammensetzen und tatsächlich versuchen, ein gemeinsames Konzept, ein Stadtentwicklungskonzept über den Tellerrand hinaus zu erarbeiten, um den demographischen Wandel zu gestalten?

Was das Wohnen im Alter betrifft, da zögere ich mittlerweile. Nicht weil ich selbst davon betroffen bin, ich glaube, wir brauchen, weil wir auch Altengettos nicht haben wollen, wir brauchen eher ein generationengerechtes Wohnen. Wir müssen ja durchaus auch an Familien mit Kindern und so weiter denken und wir müssen aufpassen, dass wir da nicht amerikanische Verhältnisse bekommen, dass wir da die Altengettos haben und daneben dann irgendwo wohnen und in den Stadtrandsiedlungen die jungen Familien. Auch da eine konkrete Frage. Wie können wir das außer durch Förderprogramme zusätzlich steuern, dass dieser Wandel, der notwendig ist, und den die Wohnungswirtschaft übrigens schon längst begriffen hat, dass wir den möglicherweise beschleunigen. Was kann der Bund als Gesetzgeber da zusätzlich tun?

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Kollege Spanier. Nachdem wir jetzt die Aussagen gemacht haben in drei Fragen, würde ich auch dann einfach vorschlagen, dass ich auch der Kollegin Klöckner und dem Kollegen Kauch noch einmal Gelegenheit gebe, eine weitere Frage zu stellen. Ich glaube, Kollege Kauch hatte sich noch gemeldet und darf ich einfach der Chancengleichheit sagen, wer noch eine dritte Frage hat,

der kann sich auch gern noch melden. Dann können wir den ersten Themenkomplex in der einen Runde auch abarbeiten. Kollegin Klöckner, bitte schön.

Abg. Klöckner: Meine Frage an Professor Becker noch mal zu den Bedürfnissen, die jetzt schon mehrfach angesprochen worden sind. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie sagten, fragen wir doch einfach danach, was zum Beispiel Kinder wollen oder was die Menschen wollen. Wenn das die Maxime ist, kleiner Blick zur Gesundheitsreform, wenn wir da fragen, was die Leute wollen, dann bekommen Sie natürlich andere Ergebnisse, als die, die umsetzbar sind. Also bestimmt nicht die Allokation, letztlich auch überhaupt das, was da ist, was sich jemand zuteilen kann. Also müsste man das nicht anders aufsatteln und sagen, was man nur noch zu erwarten hätte.

Der Vorsitzende: Danke schön. Herr Kollege Kauch.

Abg. Kauch: Ich habe noch eine kleine Informationsfrage und zwar an Frau Tatje und an Herrn Mensing. Sie haben in Bielefeld ja die Erfahrung gemacht, Sie haben Projekte mit verschiedenen Städten gemacht. Gibt es ein Netzwerk für Best Practices in dem Bereich Zukunftsplanung im Blick auf Demographie, auf die man beispielsweise andere Kommunen verweisen könnte?

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Das war eine ganze Liste von Fragen und jetzt kommen wir zur Beantwortung. Vielleicht machen wir es auch in der Reihenfolge der Eingangsstatements, jedenfalls spricht nichts dagegen. Wenn ich jemanden vergessen sollte, dann haben es die Befragten hoffentlich besser aufgeschrieben als ich, aber ich glaube, wir haben es vollständig erfasst hier. An Herrn Esche wurden Fragen gestellt von Herrn Scheuer, Herrn Miersch und Herrn Heilmann.

Herr Esche: Ich weiß nicht, ob ich es noch zuordnen kann, ich glaube die erste Frage war die Frage, zumutbare Erreichbarkeit, ob es da nicht Beispiele gibt, konkrete Beispiele etwa im Bereich Gesundheit oder Bildung. Konkretes Beispiel ist die jahrgangsübergreifende Grundschule, einfach um da irgendwie die Auslastung voranzubringen. Die Ergebnisse zeigen wohl, dass die Kosten noch in Qualität irgendwie dem herkömmlichen System unterlegen seien, im Gegenteil. Da gibt es durchaus viel versprechende Ergebnisse aus erster Sicht. Beim Thema Gesundheit erinnert sich mancher vielleicht an die DDR-Strukturen vor langer Zeit, die grummeln ja auch immer noch im Hintergrund, also das Polyklinikensystem, was in Finnland durchaus in den strukturschwachen Räumen seinen Sinn hat, also bestimmte zentralörtliche Prinzipien der Gesundheitsversorgung. Das wird uns heute dann noch leichter gemacht, dass wir entsprechende Informationstechnologien nutzen können, auch auf dem flachen Land. Wie das Beispiel Skandinavien, Dänemark, es war eine Privatinitiative im Norden Dänemarks, in dem eben kein Kabel mehr hinkam oder ähnliche erdgebundene Infrastruktur, und Satellit ist zu teuer. Da haben die selbstgebaute W-Lan-Netze installiert, sehr erfolgreich. So etwas kann man auch systematischer betreiben, um hier erstmal die grundsätzliche Infrastruktur zu legen, über die man dann zum Beispiel solche Sachen wie Telemedizin bereitstellen kann. Auch hier wieder, es kann nur einen Teil abdecken aber möglicherweise einen, der die Last schon entscheidend mindert.

Wenn ich es richtig sehe, war eine Frage dazu, wie bekommt man es hin mit endloser Gewerbeflächenauswahl, da muss man ein bisschen grundsätzlicher die Frage stellen, die wir heute nur nebenbei touchiert haben, das ist die Frage der Finanzen.

Wir müssen irgendwie fördern und Ausgleiche schaffen. Wie ist denn die Situation im Moment. In Nordrhein-Westfalen haben wir fast die Hälfte der Kommunen, die in der Haushaltssicherung stehen, ein Viertel etwa hat einen nicht genehmigten Haushalt und operiert damit. Hier sich zu überlegen, jetzt investiert man mehr, ist eine grundsätzlich fragwürdige Vorstellung angesichts der Strukturen. Angesichts der Projektionen wird sich das ja insbesondere dort verschärfen, wo wir einen besonderen Einschlag der Demographie zu erwarten haben, also insbesondere in den neuen Ländern. Wenn ich das wiederum kombiniere mit dem, was wir jetzt sozusagen als Implikation und Stellungnahme aus dem Berlin Urteil gehört haben, zu sagen, so jetzt ist endlich klar, wie das ganze zu verstehen ist, werden wir Schwierigkeiten bekommen, dem etwas entgegenzuhalten. Was hat das mit Gewerbeflächen zu tun? Klar, weil das eine der wenigen Möglichkeiten für Kommunen ist, sich irgendwie noch glatt zu stellen, etwas zu tun ist. Es ist ein relativ hilfloses Bemühen, das wissen wir auch, aber so lange die Anreize eindeutig so gesetzt werden, wird es schwierig sein, an der Stelle wirklich sinnvoll Einhalt zu gebieten. Es sind grundsätzliche Fragen des Finanzföderalismus, die mit Blick auf 2019 absolut sicher auf uns zukommen werden. Wo wir von jetzt ausgehen müssen, dass das was wir verabredet haben etwas ist, was uns vielleicht Planungsfreiheit oder Handlungsfreiheit vermeintlich schafft bis Jahr 2019, aber wir werden ein Nachfolgemodell brauchen, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Die Frage der gleichwertigen Lebensverhältnisse knüpft sich dort an. So lange wir an dieser Stelle sagen, jetzt muss jeder ein Stück weit sehen, wie weit er mit seinen Mitteln kommt, ist dieses gleichwertige Lebensverhältnisse ein allgemeines Postulat, dem man nicht wirklich glauben kann. Das steht in der Verfassung, dem wird auch immer in Reden entsprechend Geltung verschafft, aber es ist in der Praxis vor diesem Hintergrund überhaupt nicht umsetzbar. Das ist das, was mich daran stört, nicht die grundsätzliche Zielrichtung, die finde ich reizvoll, die finde ich auch wichtig für Gesellschaft. Ich halte sie für schwer operationalisierbar, weil eben jeder was anderes darunter versteht und das ist auch gut so. Aber ich halte es für sachlich geboten und auch für unausweichlich, dass wir zu entsprechenden differenzierten Standards kommen und dann bitte lieber transparent, also nicht die Sachen in irgendeiner Form so machen. Damit meine ich nicht die aktuelle Reform, sondern dass Gesundheitswesen als Grundprinzip was vorgibt, alles medizinische Notwendige und Machbare zu leisten und das de facto schon seit langer Zeit nicht mehr kann. Ich verstehe den Gesundheitsminister, der nicht ran will, aber an der Stelle grundsätzlich dort Transparenz zu schaffen und das heißt auch, mach Dir klar, wenn Du dort wohnst, was das im Bezug auf Dieses oder Jenes bedeutet. Mache es Dir nur klar, das heißt dann nicht notwendigerweise, dass damit eine fehlende Qualität verbunden ist, überhaupt nicht. Es gibt Leute, die ziehen in Amerika freiwillig jwd in die Berge ohne Alles, weil sie das schön finden und weil sie das gut finden. Sie müssen nur wissen, was auf sie zukommt. Das ist in der Tat für mich eine Aufgabe von Ihnen und von Politik an der Stelle. Die Definition neuer Standards, in der Tat so weit bin ich auch nicht. Vorhin wurden ja ein paar mögliche Kriterien genannt, inwieweit sich Kosten tragen. Die reine Kostenrechnung, denke ich, kann es nicht sein, da muss noch mehr dazukommen. Überhaupt eine solche Überlegung sinnvoll anzustoßen, hielt ich für dringend geboten.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. An Herrn Professor Becker wurden Fragen gestellt von Herrn Döring, Herrn Kauch, Herrn Scheuer, Frau Arndt-Brauer, Herrn Miersch, Herrn Heilmann und Frau Klöckner. Da haben Sie jetzt was zu tun. Bitte schön.

Professor Becker: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte zunächst um Entschuldigung bitten, weil ich glaube, ich hab Ihnen wirklich sehr, sehr viel zugemutet in diesem Vortrag, in dem eben doch ein ganz anderes Bild entstand. Vielleicht wird es durch die Antworten etwas klarer.

Die erste Frage ging zum Öffentlichen Personenverkehr, Nahverkehr im Land, die Busse, die da fahren. Ich wurde gefragt, ob ich wirklich diese aufwendigen Strukturen aufrechterhalten möchte. Das habe ich definitiv nicht gesagt, gerade nicht Strukturen aufrechterhalten. Strukturen sind gewachsen und haben sich entwickelt und die können vollkommen inadäquat geworden sein.

Beispiel: Ein 20 Tonnen Bus, der 30 – 35 Liter Kraftstoff je 100 Km braucht und im Schnitt in manchen Gegenden noch 0,5 Personen befördert, der ist wirklich ökonomisch völlig hirnrissig, der ist ökologisch völlig unnötig und er erfüllt auch seinen sozialen Zweck nicht mehr, der ist sehr schwerfällig. Was kann man da machen? Bedürfnisse war mein Schlüsselwort; denn das ist in der nachhaltigen Entwicklung das Schlüsselwort der Definition, das hat die Rolle von Staat und Gesellschaft entscheidend zu prägen. Jetzt kann ich den Ball zurückspielen an die Politik, ich freue mich auf eine Debatte hier in dem Haus in einigen Jahren, welches Mindestbedürfnis wollen wir als Staat, als allgemeines, kostenloses Grundmensenrecht akzeptieren. Konkret, es könnte sein, ein Notarzwagen muss überall in 30 min da sein. Es könnte sein eine Schule, da ist der Fahrtweg einfach nicht mehr als 30 min, wir haben heut Fälle, dass Schüler 90 min eine Richtung unterwegs sind. Ein Einkauf soll drei Mal in der Woche nah oder kostengünstig möglich sein. Wie das jetzt abgesteckt wird, keine Ahnung. Dieser Einkauf könnte sein, dass man Menschen, die keinen Führerschein mehr haben oder haben wollen, oder kein Geld, abholt und in den Supermarkt fährt. Es könnte sein, dass ein Lieferservice vorbeifährt, es könnte sein, dass das DHL mitbringt oder UPS, ich habe keine Ahnung. Es könnte sein, dass der PKW das Richtige ist, absolut, aber bitte kostenwahr. Da ist eine Prämie drin, eine Prämie, die logischerweise für CO₂ und Partikel, denn er führt zu Schäden und irgendjemand zahlt diese Kosten. Wenn jetzt jemand sagt, na ich fahre dennoch mit dem PKW, ist das unter gesellschaftlichen Erwägungen das Richtige, denn er bezahlt eben diesen Beitrag für die Schäden mit, und mit dem Geld kann ich was machen.

Die zweite Frage ging an die Frage, wie ist dass mit der Sickergrube und dem Weiler oder der Straße, die man aufgeben will. Soll man die jetzt abklemmen oder nicht und da kann es keine Standardantwort geben. Ich würde sagen, zunächst mal natürlich nicht schließen, aber wichtig ist jetzt dort die Eigeninitiative mit den Interessen zusammenbringen. Da kommt genau was Herr Esche eben sagte, wir geben einen Mindeststandard und jetzt darfst Du entscheiden, was du willst. Du darfst in dem Weiler wohnen, aber Entschuldigung, da gibt es noch einen Feldweg und der wird, eben so gut es geht, erhalten. Du kannst auch mithelfen oder du kannst in die Stadt ziehen. Die Menschen werden dann von allein entscheiden, sie können nur die sein, die nach ihrem Wertesystem entscheiden, denn es ist ein Wert, im Haus meiner Eltern und Großeltern wohnen zu bleiben, und wenn ich da verhaftet bin, dann richte ich mir das ein und das kann ganz toll sein. Wir haben solche Fälle in der Lausitz, dass Leute wirklich sagen, ich gebe das auf, ich habe sogar den Strom abgemeldet, ich ziehe mir meine Kartoffeln selber und wenn ich was brauche, dann lasse ich es von DHL kommen oder da kenne ich den Fahrer, da versuche ich auf dem Beifahrersitz mitzukommen. Also ganz unkonventionelle Lösungen.

Das Beispiel mit den Ortsumfahrungen, die Kinder die da spielen sollen, also es war ein Beispiel für Menschenrecht und die Ortsumfahrung, die aber vielleicht doch nicht das Richtige ist. Grundsätzlich, es wird immer Ortsumfahrungen geben, die sinnvoll und richtig und gerechtfertigt sind, und es wird welche geben, die das Problem in jeder Hinsicht nur verschlimmern. Können wir da mal einen Schritt zurückgehen? Was war eigentlich das Problem? Weswegen wurde über eine Ortsumfahrung nachgedacht? Na, da war so eine Verkehrsmenge in der Gemeinde, das war laut und gefährlich und dreckig und immer Stau. Aber das ist doch nicht fix, das kann man doch vielleicht anders angehen als mit Beton. Man kann die Ortsumfahrung bauen, man kann die Nahversorgung ausbauen in der Hoffnung, dass da nicht jeder für einen Liter Milch ins Auto steigen muss. Man kann betriebliches Mobilitätsmanagement machen und dann fahren die drei, die auf Schicht morgens fahren zusammen, zwei von den drei Autos fallen weg. Man kann den Radverkehr fördern, man könnte es auch so machen, eine völlig hirnrissige Lösung, ich weiß es ja nicht, dass ein Bus die Kinder nachmittags zum spielen abholt. Auch dann wäre das Bedürfnis der Kinder befriedigt oder ich baue in zweiter Reihe hinter den Häusern einen Park. Raumordnungspolitik, ich mache einen Spielpark für die Kinder, auch dann wäre das Problem gelöst. Was das Richtige ist, hängt vor Ort ab, da darf es keine pauschale Lösung geben und da muss einfach jemand sagen, Bedürfnis ist da, was ist gesamtkostenwahr das Beste.

Zu den Einkaufszentren am Rand. Natürlich für jede Gemeinde lohnt sich das noch zu bauen. Aus Eigennutz rechnet sich's. Dass es sich aus Gemeinnutz nicht mehr rechnet, ist natürlich ein Problem, was mich aus Eigennutzinteressen nicht interessiert. Die Raumplanung kämpft sehr oft gegen die Verkehrsplanung und wer draußen in den letzten 20 Jahren fast immer gewann, war klar, nämlich jemand, der sagt ich baue dir was, das stelle ich dir zur Verfügung, das eröffne ich. Raumplanung ist so abstrakt für den Allgemeinnutzen. Sie haben gefragt, wie man das konkret machen kann.

Beispiel: In Holland macht man die ABC Planung und da darf man in die Innenstadt nicht mit dem Auto fahren und in der Schweiz dürfen sie ein Einkaufszentrum bauen, können Sie als Investor problemlos machen, Sie müssen nur den Straßenbahnanschluss und den Busanschluss mitzahlen, ganz einfach. Schon wird gerechnet, ne, dann lohnt sich das ja gar nicht mehr, dann gehe ich lieber in die Stadt mit einer Tiefgarage, das ist viel billiger. Es ist nicht mehr genehmigungsfähig in der Schweiz, wenn Sie das nicht haben, und zwar im 10 min-Takt.

Herr Heilmann, die gleichen Lebensverhältnisse. Herr Esche hat schon viel gesagt. Entschuldigung, erst war Herr Miersch vorher mit den Symptomen und der staatlichen Rolle. Ja, Staatsrolle und die Aufgabe des Staates ändert sich gerade. Wir haben eine sehr interessante Doktorarbeit gerade abgeschlossen, die sagt, im Verkehr gibt es noch drei Aufgaben, die wir eigentlich aus Planersicht lösen wollen. Erstens, wir müssen definieren, was unter keinen Umständen erlaubt ist. Es ist verboten, mit mehr als einem Promille oder 0,5 Promille zu fahren, und es ist auch verboten, was man mal diskutiert hat, Autos mit Kernkraftantrieb einzusetzen. Aber das ist ein kleiner Bereich. Dann müssen wir die Mindeststandards des Menschenrechts durchsetzen. Die Menschenrecht sind durchzusetzen und der größte Bereich, ich sage immer 80 oder 90 %, da haben wir uns bitte rauszuhalten, denn da dürfen die Leute das selbst ausmenden. Derjenige, der wirklich mehr arbeitet und der dann be-

reit ist, die Gesamtkosten zu tragen, ja da bitte ich darum, dass er das macht, das ist im Interesse aller. Da halte ich mich bitte raus, nur die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Wir haben es generell in vielen Bereichen. Gleiche Lebensverhältnisse, Herr Esche hat schon viel gesagt. Können wir mal zur Kenntnis nehmen, dass Stadt und Land wirklich unterschiedlich sind. Die waren nie gleichmachbar, zwingend muss es dann regional unterschiedliche Mindeststandards geben und dann soll man die machen lassen, wie Herr Esche sagte, wer rausziehen will, schön.

Letzte Frage von Frau Klöckner. Die Frage zielt wieder in diesen Punkt Einzelnutz oder Gemeinschaftsnutz. Wenn Bedürfnisse dann identifiziert erstmal erfragt sind, also ich habe ja versucht Ihnen zu sagen, wir haben nicht eine Untersuchung in Deutschland, die wirklich mal psychologisch und soziologisch von Tür zu Tür ginge und fragte, welches Bedürfnis stand dahinter. Wenn wir das haben, dann bitte nicht hingehen und alles erfüllen, das wäre fatal, oder zuteilen. Jetzt kommt nämlich eine ganz tolle politische Debatte, die Frage, wo ein Defizit ist. Aus diesem Datenmaterial wären zum ersten Mal Defizite abzuleiten. Das können Defizite in der Stadt sein und werde Defizite in der Stadt sein und werden Defizite auch im ländlichen Raum sein. In der Stadt könnte ein Defizit sein, Kinder die nicht spielen können. Wir wissen, die bewegen sich nicht, wir wissen ein Kilometer Laufen ist das Entscheidende für körperliche Entwicklung, geistige Entwicklung und soziale Teilhabe. Wie das dann politisch in Stadtrat oder Landtag eines Landes gewichtet wird, zweite Frage. Es könnte sein, dass Rentner in der Stadt ein Problem haben, na, da ist es eher wahrscheinlich auf dem Land. Es könnte sein, dass allein erziehende Mütter ohne Job, mit zwei Kindern, eins hat Asthma, kein Einkommen, sie sind an der stark belasteten Ausfallstraße, dass die das Problem sind. Wenn dann ein Defizit politisch akzeptiert wird, dann kommen wieder die Ingenieure und die sagen, dann lasst uns schauen, wie wir es am effizientesten und sparsamsten wegbekommen. Das kann eben der Rufbus sein oder jemand, der die Rentner und Rentnerinnen abholt und zum Arzt bringt oder der Arzt, der die Runde dreht, ich weiß es nicht.

Es wird wirklich so sein, dass dann, wenn wir das kostenwahr machen, die Mehrzahl der heute notwendigen Regelungsbedarfe entfällt. Heute müssen wir doch wirklich politisch, wir werden zu jeder Baustelle gerufen, wo Kostennutz und Eigennutz auseinanderklaffen. Ökonomisch ist es aber so, wenn ich die Gesamtkosten reinnehme, dann kann ich die von allein spielen lassen. Zum ersten Mal entsprechen sich Eigennutz und Gemeinnutz und dann fallen eine Menge von Interventionsnotwendigkeiten aus. Der Regelungsbedarf wird viel kleiner, jedes Schrittchen, das in Richtung kostenwahr geht, macht die Probleme dynamisch, indirekt, über längere Zeit kleiner. Das ist die Regel, die man wirklich aus allen Modellversuchen der Welt haben, sei es aus Singapur oder Stockholm, sei es aus der Schweiz, Dänemark, Schweden oder Holland.

Der Vorsitzende: Als nächstes, Frau Tatje, mit Antworten auf Fragen von Frau Klöckner, Herrn Hermann, Herrn Spanier und Herrn Kauch.

Frau Tatje: Frau Klöckner, Sie haben mich gefragt, ob aus meiner Sicht der Dinge oder aus meiner Praxis ob ich da Vorstellungen hätte, was der Bund an gesetzlichen Innovationen oder Regeln entwickeln müsste. Ich muss Ihnen sagen, da habe ich keine. Das mag aber auch damit zusammenhängen, dass ich erstens keine Juristin bin und zweitens meine Aufgabe bei der Stadt Bielefeld ist so was, wie eine gesamtstädtische Planung im Blick zu haben. Wenn ich jetzt sage, aus meiner Sicht gibt es

keine, heißt es nicht, dass es die möglicherweise nicht gibt. Einfach jetzt so eine ehrliche Antwort, die was mit meiner beruflichen Ausbildung zu tun hat. Ich habe auch den Schwerpunkt bisher bei meiner Arbeit vielleicht dann noch zwei Sätze trotzdem zu der Frage darauf gelegt. Ein Verständnis dafür zu entwickeln, was ist demographischer Wandel, was muss Kommune beachten und was muss Politik im Sinne von viel Definitionen, das war ja das, was ich versucht habe kurz zu skizzieren, eigentlich miteinander besprechen und dann auch im Sinne von einem politischen Konsens für eine Stadt, für eine Diskussionskultur herstellen. Um es ganz einfach auszudrücken, meine Aufgabe habe ich eher darin gesehen, eine Veränderung in den Köpfen zu erzielen und nicht vor Ort immer zu sagen, das Land muss etwas tun oder der Bund muss etwas tun, sondern zu sagen, wir haben hier vor Ort auch viele Möglichkeiten, den demographischen Wandel zu gestalten und müssen diese Chancen auch nutzen.

Die Frage von Herrn Hermann, hat die Politik ein Wahrnehmungsproblem. Da würde ich eher diplomatisch drauf antworten. Das können Sie sicher besser beurteilen als ich, aber Sie haben mich dies gefragt. Ich glaube, manchmal gehen Politiker und Politikerinnen, die sehr weit weg sind von Entscheidungen vor Ort, davon aus, das haben Sie auch so gesagt, dass die Gesellschaft, die Kommunen noch wachsen, aber der Fakt ist ein anderer. Das ist sicher richtig, also ich weiß von einem Planer in einer nordrhein-westfälischen Großstadt, der hat von seinem Rat quasi das Verbot erteilt bekommen zu sagen, unsere Stadt schrumpft, die schrumpft aber. Wenn Sie das mit Wahrnehmungsproblemen meinen, dann ist es sicher manchmal so. Ich glaube, es hat auch etwas damit zu tun und jetzt auch sehr ernst, dass in vielen Kommunen sich auch gar nicht darüber verständigt sind, was sind wir eigentlich für eine Stadt. Mit meinem Gesamtkonzept demographischer Wandel habe ich mich auch bemüht, sozusagen eine Basis, eine Datenbasis für diese Stadt zu entwickeln. Das ist schwierig, das wird auch in anderen Städten schwierig sein, weil für Bielefeld es inzwischen fünf unterschiedliche Prognosen gibt. Das macht es für eine Planerin nicht einfacher. Trotzdem finde ich es wichtig, dass man sich vor Ort sehr intensiv damit auseinandersetzt, was sind wir für eine Stadt, was haben wir für ein Umland, um dann auf dieser Grundlage vernünftig planen zu können. Das dann in die Politik zu tragen oder zu diskutieren oder Planungsvorstellungen zu entwickeln, das ist eine große Aufgabe, die auf die Städte insgesamt vorkommt. Das ist auch das, was mir so wichtig ist vor Ort zu erzielen und worüber ich so glücklich war, dass es diesen fraktionsübergreifenden Konsens zumindest bei den demographiepoltischen Zielen gegeben hat. War es das so in etwa?

Sie haben auch noch nach den Verlierern gefragt. Ich benutze den Begriff nicht sehr gerne. Was es aber gibt, sind Regionen und Kommunen, die schrumpfen, und es gibt Kommunen, denen eine relative Stabilität vorausgesagt wird. Ich bin da vorsichtig, weil für Bielefeld es fünf unterschiedliche Zahlen gibt. Was muss man dann tun? Ich glaube, Bielefeld ist in einer etwas glücklicheren Situation, weil die Situation als relativ stabil beschrieben wird. Trotzdem kenne ich natürlich auch Menschen, die in anderen Kommunen arbeiten. Was muss man tun? Ich glaube, das Wichtige ist und da bin ich wieder bei dem Punkt, wir brauchen eine vernünftige Datengrundlage, ist Transparenz herstellen und die Fakten wirklich auf den Tisch legen und zu sagen, so ist es und wir müssen uns gemeinsam überlegen, was können wir tun. Ich finde es auch nicht immer alles so dramatisch. Auch in ländlichen Regionen, bin selbst in einer ländlichen Region groß geworden, hatte als 10 Jährige ein Gymnasium besucht, das war 25 km entfernt und habe morgens um 06:00 Uhr mit meiner Aktentasche an

der Bushaltestelle gestanden, es ging auch. Jetzt will ich nicht dem Bemühen nachgeben, früher ging es auch alles, ich glaube nur, dass es Möglichkeiten gibt, dass das Leben trotzdem stattfinden kann, auch wenn weniger Menschen da sind, und dass es intelligente und flexible Lösungen gibt, und wenn kreative Planer und Planerinnen sich mit Politikern und anderen lokalen Akteuren zusammen tun, auch tatsächlich intelligente Konzepte zu entwickeln. Es gibt ja wunderbare Beispiele, auch schon in anderen Städten. Ich saß zum Beispiel letztes Jahr in einer Jury für den Robert-Jung-Preis „Demographischer Wandel“ in Nordrhein-Westfalen. Da haben wir eine Fülle von unglaublich kreativen Projekten in ganz Nord-Rheinwestfalen gehabt. Wir hatten sehr unterschiedliche, also mussten wir dann hinterher Preisträger auswählen. Das fand ich schwierig, weil es ganz viele waren. Das ist auch noch einmal der Vorgriff auf die Frage, gibt es so etwas wie Best Practices, weiß ich nicht, aber Good Practices gibt es allemal. Es gibt viele kreative Möglichkeiten auch mit dem Wandel, auch wenn es schwierig ist, damit umzugehen und sich Lösungen zu überlegen. Wohnortnahe Versorgung, wie gesagt, da gibt es den Wagen, der über Land fährt, es gibt fahrende Büchereien, es gibt ganz viel, man muss nur gucken, dass man es vor Ort vernetzt anbietet, dass finde ich schon sehr wichtig.

Herr Spanier hat mich nach der interkommunalen Kooperation gefragt und ich weiß auch, dass er mich gefragt hat, weil er weiß, dass meine Aktivitäten in Bielefeld eher so vor die Wand gelaufen sind. Ich finde das als politischen Appell auch richtig, ich rede dem immer das Wort, dass die Kommunen zusammen arbeiten müssen. Auch für Bielefeld wäre es wichtig, sich mit dem Umland zu verständigen, weil nämlich Bielefeld viele kleine interessante Orte drum herum hat, wie der Westfale sagt, und das ist der so genannte Speckgürtel, der wächst auch und es wäre mehr als intelligent, sich zu verständigen und gegebenenfalls Infrastruktur zu koordinieren, um es vorsichtig auszudrücken. Meine Bemühungen in diese Richtung sind gescheitert. Gescheitert klingt jetzt so dramatisch, waren nicht vom Erfolg gekrönt. Was habe ich gemacht? Ganz praktisch, ich habe, als ich angefangen habe mit meiner Stelle, alle Kommunen in der Umgebung angeschrieben. Die einzige, die sich gemeldet hat, das wird Herrn Spanier jetzt freuen, war Herford, Sie kommen ja aus Herford. Die anderen haben sich einfach überhaupt nicht gemeldet, dann hat es eine zweite Initiative gegeben über meinen Oberbürgermeister, dem ich das noch einmal vorgetragen und vorgeschlagen habe, das zumindest auf Kreisebene zu versuchen. Der Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld ist als Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt auch in der Landrätekonzferenz in Ostwestfalen-Lippe vertreten. Er fand die Idee auch gut, hat die mitgenommen. Alle Landräte waren auch dieser Meinung, das ist eine gute Idee und auf der Arbeitsebene hat es dann nicht geklappt, bis hin dazu, dass ich einen Anruf erhalten habe, was ich mir eigentlich einbilden würde, ob Bielefeld meinte, es müsse sich immer an die Spitze der Bewegung setzen. Soweit, so schlecht.

Ich will auch noch einmal, Sie haben es ja auch in Ihrem Fragebogen, ich will auch noch einen dritten Versuch starten. Ich bin da auch eher so, die immer wieder anfängt, aber ob das besser läuft, weiß ich nicht und ob wir einen anderen Weg gehen müssen, weiß ich auch nicht. Wenn jemand von Ihnen eine Idee hat, kann er es auch mal umdrehen, dann wäre ich sehr dankbar, wenn Sie mir sagen könnten, wie es vielleicht in Ihrem Wahlbezirk oder Kreis oder Stadt funktioniert hat. An dem Punkt bin ich eher ratlos.

Der Vorsitzende: An wen richten Sie die Frage?

Frau Tatje: An alle.

Der Vorsitzende: Gut, dann darf ich Herrn Leindecker bitten zu antworten auf die Fragen von Frau Klöckner, Herrn Hermann, Herrn Kauch und Frau Hasselmann.

Herr Leindecker: Frau Klöckner, Sie haben gefragt, wie entwickeln sich Ballungszentren, ländlicher Raum für Städter, wie wird es aussehen. Letztendlich ist der Kristallisationsfaktor für jede Entwicklung die Frage Arbeitsplätze. Nur dort, wo Arbeit vorhanden ist, so zeichnet es sich ja jetzt auch ab, findet Entwicklung im positiven statt. Dort wo die Arbeit wegfällt, die Arbeit nicht vorhanden ist, erleben wir Entvölkerung, starken Verlust von Einwohnern, Bewohnern einer ganzen Region. Da sind Städte, das hatte ich vorhin auch versucht deutlich zu machen, wie auch ländliche Gemeinden in gleicher Weise davon betroffen sind. Bei dem einen macht es sich stärker bemerkbar, weil er schneller handeln muss, bei dem anderen ist es eben so, dass der sich ein bisschen noch auf Substanz ausruhen kann, aber wir kommen an einen Punkt, wo die Frage steht im ländlichen Bereich, Sie haben sie ja auch angedeutet. Könnte es Regionen geben, bei denen es sich nicht mehr rentiert, da müssen wir vorsichtig sein, die Infrastruktur aufrechtzuerhalten, die vorhanden ist. Das ist ja ganz einfach, wenn wir heute jemanden, das hatte ich auch mit unserem Landesbauminister sehr heftig diskutiert, wenn wir heute jemanden vor die Alternative stellen, er kann in den ländlichen Raum ziehen oder in die Stadt ziehen, dann ist das ja eine Entscheidung, die vor dem Hintergrund einer tatsächlichen Infrastruktur, einer Situation, auch jetzt einer demographischen Entwicklung, die ihn möglicherweise sozusagen ein Stückchen ins Abseits stellt. Aber wir haben letztendlich auch eine Verpflichtung gegenüber den Menschen, die dort gewohnt haben oder die sich auf unsere Zusagen, die wir über viele Jahrzehnte gegeben haben, verlassen haben, wir werden Euch gleichwertige Lebensverhältnisse auch im ländlichen Bereich servieren. Das war ja so ein Stückchen öffentliche Daseinsvorsorge, die wir den Menschen auch ein Stück mitgegeben haben und denen gegenüber müssen wir dann die Frage beantworten, wie gehen wir etwa mit ihnen um, wenn wir entscheiden, diese Infrastruktur lässt sich nicht mehr aufrechterhalten. Darüber hat sich ja heute noch gar keiner Gedanken gemacht, wenn wir tatsächlich einem Menschen sagen, Professor Becker hat dieses Beispiel gesagt. Die klemmen sich ab und die machen da ihr Mäuerchen drum und sind jetzt die autarke Republik. Ich habe Frau Tatje gesagt, ein Stückchen Anarchie, und das werden wir ja so nicht machen können, weil umgekehrt auch gewisse Daseinsvorsorge, sei es Wasserversorgung und Abwasserentsorgung der entscheidende Faktor, dabei auch nach gewissen Richtlinien und Kriterien angeboten werden muss, im Endeffekt damit überhaupt Urbanität und Leben stattfinden kann.

Die Frage ist nur, mit welchen technischen, mit welchen Voraussetzungen und wie geben wir auch Normen auf, die wir vorher geschaffen haben. Ich weise nur darauf hin, dass wir Anfang der 90er Jahre gerade in Ostdeutschland noch mit einer sehr weit reichenden technischen Forderung zum Beispiel an Abwasseranlagen, zentrale Abwasseranlagen im großen Stil gebaut haben. Erst als erkennbar wurde, dass die Bevölkerung derartiges nicht refinanzieren konnte, hat man überhaupt darüber nachgedacht, auch auf dezentrale, kleinere Lösungen umzuschwenken. Es ist nicht nur eine Frage, die vor Ort letztendlich entschieden wurde. Es sind auch und da sind wir an einem Punkt, der so zwischendurch mal gelaufen ist, prüfende Behörden in der Vergangenheit tätig gewesen, die dazu beigetragen haben, technische Standards zu erhöhen und damit auch das Leben im ländlichen Bereich insbesondere deutlich zu

verteuern und wir müssen uns jetzt bei jeder Norm, die wir sozusagen aufbauen, die Frage stellen, ist diese Norm nicht nur regional, sondern quasi auch bundesweit differenziert anzusetzen, und ist sie finanzierbar. Das ist die Grundfrage und dann sind wir bei den Fragen, die sich aus dem entwickeln, was Sie als Eingangsfrage aufgestellt haben, nämlich wie entwickelt sich welcher Bereich. Derjenige, der Arbeitsplätze anbieten kann, wird Zulauf bekommen, derjenige der das nicht hat, der wird Wanderungsbewegungen in dem Bereich der Ballungszentren letztendlich erleben. Von daher kann es kein einheitliches Bild geben und wenn Sie das, das haben Sie so im Nachklapp noch gesagt, Neubaugebiete ausweisen, jeder weiß da seine Neubaugebiete aus. Das ist auch ein Stückchen abgestimmte Planung, die auch von der Regionalbahn ein Stückchen beeinflusst wird. Es ist nach wie vor so, dass ein Großteil der Flächennutzungspläne noch von oberen Behörden genehmigt wird. Meines Erachtens bundesweit noch komplett und in der Überarbeitung der Flächennutzungspläne, wird jetzt auch beispielsweise sehr darauf geachtet, dass nicht übermäßig Wohnbaugebiete ausgewiesen werden. Allerdings ist ja eine Gemeinde ein Stückchen auch darauf angewiesen, dass sie Entwicklungen gerieren kann. Sie muss auch jemandem, einem Unternehmer, der auf diese Gemeinde zukommt, in der Lage sein, in absehbarer Zeit ein Angebot zu machen, wo sich beispielsweise ein Unternehmen oder ein Wohngebiet oder beides zusammen, möglicherweise entwickeln kann. Deshalb ist auch die Frage der Neubaugebiete ein Stückchen Angebotsplanung, die auf einer Prognose beruht und diese Prognose kann falsch sein. Dafür gibt es nach wie vor Planungsbehörden der Länder, die diese Prognosen kritisch überprüfen sollen. Das, was in der Vergangenheit nicht so richtig funktioniert hat, da will ich mal meinen ehemaligen Chef, den Regierungspräsidenten von Dessau mal zitieren, der ja Oberbürgermeister in Braunschweig mittlerweile ist und der sehr darauf geachtet hat, dass wir als planende Behörde drauf Wert gelegt haben, dass an den zentralen Orten Einkaufszentren angesiedelt worden sind. Wir haben mehrere Projekte gerade in der Nachwendephase verhindern können, dass eine gezielte landesbehördliche Planung stattfand. Deshalb weise ich auch darauf hin, dass die Landesbehörden in vielen Bereichen über rechtliche Mittel verfügen, Auswüchse ein Stückchen einzugrenzen. Wie weit das gehen kann, ist natürlich klar, die Grenzen kommunaler Selbstverwaltung dürfen da nach dem Artikel 28 Grundgesetz natürlich nicht vollständig ausgehebelt werden. Das ist eine ganz wichtige Sache.

Herr Herrmann, Sie hatten gefragt, Wahrnehmungsproblem. Ich glaube, es ist nicht ein Wahrnehmungsproblem der Politik schlechthin, sondern ein Wahrnehmungsproblem gesellschaftspolitischer Art, dass nur derjenige als erfolgreich angesehen wird, der wächst und sich entwickelt und am besten sehen Sie das ja in den täglichen Wasserstandsmeldungen der Frankfurter Börse. Wenn da einer wieder was draufgelegt hat an Umsatz, dann ist derjenige der Tagessieger, und er treibt den Dax nach oben und so ist es letztendlich auch in der Politik. Ein Stückchen, selbstverständlich, wie man bisher Entwicklung bewertet hat. Wir müssen gemeinsam denke ich sowohl auf der kommunalen Ebene, wie darüber hinaus eben auf der Landes- und Bundesebene, gemeinsam auch Parameter finden, wie derjenige, der eben nichts draufgelegt hat, aber seinen Bestand gesichert hat, seine Gemeinde entwickelt hat, wie der gleichzeitig auch einen positiven Effekt damit bekommt und in der Öffentlichkeit auch nicht als Negativum oder negatives Beispiel angelegt wird. Sie wissen auch, wenn das alles in so einem schwierigen Bereich läuft, dann kann man schnell als Kommune, als Region in eine Abwärtsspirale hinein geraten und wir müssen gemeinsam auch erkennen, dass bei einer zurückgehenden Bevölkerung eben künftig nicht mehr jede Stadt, jede Gemeinde wachsen wird, sondern sie muss sich bescheiden letzt-

endlich mit der Substanz die sie hat, und da kommt der Punkt und da leite ich über, auf dass was Sie mich gefragt haben. Sie haben mich gefragt, ob ich sozusagen aus dem städtischen Bereich finanziert haben will, was im ländlichen Bereich an Infrastruktur notwendig ist.

Ich glaube, man kann es zurzeit nicht mal mehr differenzieren, zwischen Stadt, Land oder verstädterten Bereich und Land. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass es Regionen in Deutschland gibt, die auf Grund der zurückgehenden Einwohnerzahl und auf Grund der dann bestehenden Einwohnerzahl nicht in der Lage sein werden, diese hohe technische Infrastruktur zu erhalten, wie wir Sie gewohnt sind. Die Frage ist, wird diesen Regionen aus einem anderen Mittel oder Fond, möglicherweise wird es aus den prosperierenden Regionen quasi gemacht, so wie es der Finanzausgleich zur Zeit auch vorsieht, für die Infrastruktur Geld zur Verfügung gestellt oder wenn das nicht der Fall ist, dann kommen wir möglicherweise in den Bereich, dass wir im ländlichen Raum viele Infrastruktur nicht mehr aufrechterhalten können, weil niemand mehr sie refinanzieren kann. Dieses ist eine politische Frage, die muss ich an Sie als Politiker in den Bundestag zurückgeben. Wie wollen Sie durch Flächenfaktoren den ländlichen Raum strukturiert begünstigen oder wollen Sie mehr den städtischen Raum begünstigen. Das ist ein Frage, die insbesondere mit der anstehenden Neuverteilung der Finanzen, die auch zwischen Bund und Ländern und Gemeinden seit einigen Jahren diskutiert werden. Da könnte es durchaus sein, wenn wir sagen, wir wollen aber einen lebenswerten ländlichen Raum haben, dann muss es Transferleistungen in diesen Raum geben, weil erkennbar ist und ich sage es noch einmal. Ich habe es in der schriftlichen Stellungnahme gesagt, ein Landkreis wie Stendal hat etwa die gleiche flächenmäßige Größe wie das Saarland, verfügt aber nur über knapp ein Zehntel der Einwohner. Eine Infrastruktur in einem solch ausgedünnten Bereich aufrechtzuerhalten, ist von der dort wohnenden Bevölkerung auf Dauer so nicht denkbar; es sei denn, es gibt eine neue wirtschaftliche Entwicklung und da fallen nur noch die Bäume um, damit die gleich zur Zellstoff verarbeitet werden können oder so. Tatsächlich kommen sie aus der Region, dort gibt es ein großes Zellstoffwerk. Transferleistungen in den ländlichen Bereich ist eine Frage der Politik, die müssen wir an die Politik zurückgeben.

Interkommunale Zusammenarbeit hatten Sie gefragt, Frau Hasselmann. Ich weiß nicht, ob das nicht manchmal so ein bisschen auch als Schimäre gesehen wird. Erstens als Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre die Politik fast bundesweit erkannt hat, dass die Strukturen der Kommunen es nicht packen würden, die Aufgaben, die vor ihnen stehen zu schultern, hat man in allen westdeutschen Bundesländern einige mehr andere weniger, einige erfolgreicher, andere nicht, kommunale Gebietsreformen gemacht. Diese kommunalen Neugliederungen haben ein Stück auch die Lasten, unterschiedlich nach der Region bezogen, auf mehrere Schultern verteilt und haben diese Lasten versucht auszugleichen, dass leistungsfähige Einheiten entstanden sind. Teilweise ist dieser Prozess in Ostdeutschland noch im Gange, teilweise wie in Sachsen, ist er schon abgeschlossen. Jedenfalls war das auch der erste Schritt, interkommunale Zusammenarbeit ein Stück zu institutionalisieren und auf eine andere Basis zu stellen.

Zweitens, es gibt Unmengen von interkommunaler Zusammenarbeit auf der Ebene von Zweckverbänden, Zweckvereinbarungen und ähnlichen Dingen. Wir sind da unterschiedlicher Meinung, Herr Oelmann und ich. Sicherlich ist es so, dass kommunale Wasserwirtschaft sich wirtschaftlichen Kriterien stellen muss, wie sie auch die

private Wirtschaft hat. Aber ich sage, der erste Schritt zur interkommunalen Zusammenarbeit muss zunächst einmal klar begünstigt sein vor Wettbewerbsregelungen. Erst dann, wenn ich sozusagen eine interkommunale Zusammenarbeit auf einer rechtlich gesicherten Basis machen kann, finden sich auch die Beteiligten in der interkommunalen Zusammenarbeit wieder und man hat dann auch einen Grund, mit dem Nachbarn etwas gemeinsam zu tun und wenn das daran scheitert, dass beispielsweise ein Vorgriff auf eine Kreisgebietsreform zwei Abfallunternehmen nicht zusammengelegt werden können, dann hat es groteske Formen. Das hat es ja in Sachsen-Anhalt im vergangenen Jahr gegeben. Es gibt Möglichkeiten zur interkommunalen Zusammenarbeit; aber der letzte Punkt dabei, zunächst muss auch da die Frage geklärt werden, ist es ein wirtschaftlicher Effekt der entsteht, und bedeutet es eine Stärkung der Leistungsfähigkeit. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Leindecker, ich weise kurz jetzt auf den weiteren Ablauf hin. Wir haben jetzt gut die Hälfte der Fragen der ersten Runde abgehandelt, allerdings schon gut die Hälfte der Gesamtfragezeit in Anspruch genommen. Noch einmal die Bitte, wenn es irgendwie geht, es etwas knapper zu fassen, aber wir haben bei den nächsten dreien auch weniger Fragesteller. Ich würde jetzt schon einen Vorschlag machen, dass wir die Fragenblöcke zwei und drei nachher zusammenfassen. Dass wir dann auch wirklich scharf um 20:00 Uhr Schluss machen, weil wir danach zum Teil auch noch zu anderen Terminen müssen. Ich darf jetzt Frau Professor Spellerberg das Wort geben zum antworten auf Fragen von Frau Kollegin Arndt-Brauer und Herrn Spanier.

Professor Spellerberg: Sie haben mich gefragt, inwiefern man im Grunde die Mobilität von Älteren fördern kann. Das große Problem, dass sehr viele Ältere allein wohnen in ihren Immobilien, im Saarland sind es ja über 50 % der Älteren Alleinlebenden, die tatsächlich in ihren Einfamilienhäusern wohnen. Zum einen ist es so, dass man das Recht auf Immobilität hat, die Immobilie ist die eigene Biographie, die Identität auch, es heißt, dass ältere Leute zum Teil auch in großen Wohnungen die sie kaum bewirtschaften können, besser zurecht kommen als in neuen Wohnungen und dann geht es ihnen sozial, emotional und gesundheitlich schlechter. Sie haben das Recht dazu, es gibt aber ein unterausgenutztes Potenzial, das heißt, es gibt Personen die würden gern umziehen. Es liegt daran, dass man es nicht tut, dass sie zum einen ihre Immobilien nicht so verkaufen können, dass sie sich dann eine Geschößwohnung leisten können, eine Zwei- oder Drei-Zimmerwohnung, dann lassen sie es eben und das andere ist, dass sie es konkret nicht schaffen im Sinne, dass sie es nicht können. Pakete packen, putzen, das heißt, mit kommunalem Umzugsmanagement kann man das Potenzial an Häusern deutlich erhöhen. Da gibt es Untersuchungen zu; da gibt es deutlich unterausgenutztes Potenzial. Da kann man durch schlaues Anfassen, durch Unterstützung im konkreten noch sehr viele Bestandswohnungen im Grunde auch mobilisieren. Das andere ist, ob man nicht auch die Immobilien mobiler macht und da kann man wieder sagen, dass ist ja sehr teuer in Deutschland dieser Transfer, kann man nicht an den Transferkosten etwas ändern, indem man die notariellen Geschichten entweder reduziert, nicht mehr verbindlich regelt, die Grunderwerbssteuer abschafft, also dass man die Kosten für den Transfer senkt.

Dann zu ihrer Frage, was kann der Bund konkret tun. Es gibt ja gute Förderprogramme, also auch die neuen Programme Stadtentwicklung Ost und West, soziale Stadt sind ja sehr gut, weil sie zum ersten Mal auch nicht investive Kosten mit be-

rücksichtigt, also es ist ein deutlicher Fortschritt gegenüber reiner Städteförderung. Was kann man tun? Weiß ich nicht im Detail. Was mir natürlich einfällt, ist alles stoppen was Fehlentwicklungen reizt. Die Zuweisungen der Mittel über die Anzahl der Köpfe in den Gemeinden. Das zwingt die Bürgermeister dazu, Neubaugebiete auszuweisen, also nicht nur von dem Bedarf her, sondern warum ist die Finanzzuweisung an Köpfen gekoppelt, vor allen Dingen weil schrumpfende Gemeinden höhere Kosten haben, trotz Rückgehender Bevölkerung und die werden doppelt bestraft. Das wäre etwas, was dringend geändert werden muss. Ich denke, dass ist sogar das Wichtigste.

Dann ist eine Frage nach der Grundsteuer. Warum ist die Grundsteuer an den Preis des Grundstücks gekoppelt und nicht an die Fläche? Damit könnten innerstädtische Grundstücke genauso billig sein wie suburbane und man muss nicht den Kaufpreis zu Grunde legen, sondern das Grundstück, was man als solches beansprucht. Das wäre auch was Elementares, dass würde auch schon mal ganz grundsätzlich etwas ändern. Integrierte Konzepte aufstellen, Verwaltungsmodernisierungen um Partifikation zu ermöglichen, also auch in den Kommunen was zu bewegen durch Verwaltungsmodernisierung. Ländergesetze sind betroffen, natürlich Regionalplanung; kann sagen, ihr bekommt nur den Zuschuss zu dem Schwimmbad, Theater, wie immer, wenn ihr interkommunal kooperiert, sonst gibt es keinen Zuschuss, also Anreize schaffen. Ob sie es dann tun oder nicht, in der Praxis ist ja oft sehr schwierig, aber man kann es auf dem Weg zumindest versuchen.

Der Vorsitzende: Dann hat der Herr Mensing das Wort auf die Fragen von Frau Hasselemann, Herrn Spanier und Herrn Kauch.

Herr Mensing: Wir sind ja hier auf Bundesebene, und wir gehen über die Länder und Regionen auf die kommunale Ebene und haben da Planungshoheit und diese ganzen Geschichten, aber eben auch die Entscheidung; die meisten Entscheidungen fallen einfach auf kommunaler Ebene. Deswegen sind, glaube ich, Sie, die ja viele Wahlkreise vertreten, eigentlich die Adresse hier auch zu wirken, und ich würde vorschlagen, in zwei Richtungen zu wirken. Einmal, ich habe das in meiner schriftlichen Stellungnahme sehr deutlich gemacht, die regionale Ebene, also nicht das Land, die regionale Ebene, interkommunale Landkreise sind die, wo zukünftig die Musik spielt, weil auf der Ebene mindestens Dinge verteilt werden müssen. Auch Verteilungskämpfe gesteuert werden müssen, immer in der Annahme, es geht bergab. Da wo es weiter wächst, ist es okay, aber die Einzelkommune wird das einfach nicht leisten können, weil sie eben nur bis zur Stadtgrenze denkt. Dafür sind diese Menschen gewählt, insofern müssen wir eine Ebene höher gehen. Sie sind eigentlich nur da, was heißt nur. Einmal da gefragt, wo es Gesetze gibt, die bis nach unten durchgreifen, also Bundesraumordnung, Leitbilder über Landesplanung bis zum Regionalplan; Sie sind aber auch da gefordert, wo es drum geht, zu informieren oder Vorbild zu sein. Wenn der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung das Thema nicht weiter kommunizieren kann, wer denn dann. Da ist eine Doppelstrategie, das heißt einmal informieren, aktivieren, eine Art Managementfunktion, man sagt das auch der modernen Raumordnung immer nach, Leitplankenfunktion, aber auch harte Instrumente. Es geht eben nicht ohne und in diesem Sinne ist auch die Regionalplanung, das Ressort unbedingt zu stärken. Ich kann jetzt nur für Norddeutschland sprechen, in Niedersachsen hat die Regionalplanung einen sehr schwierigen Stand, es wird immer schwieriger, vor Ort einzugreifen. Will man nicht, darf man nicht, weiß ich, aber es ist einfach notwendig; bei diesem Thema „Demographie“ ist einfach alles

betroffen, und da muss einmal querschnittsorientiert über die Ressorts gearbeitet werden, und es muss auch hier und da etwas stärker gesteuert werden. Ob man das jetzt planungsrechtlich macht oder im Vorfeld, dass man sagt, Leute ihr müsst, wenn ihr Planung macht, nachweisen, dass ein Bedarf da ist, dass ihr es bezahlen könnt, dass die Infrastrukturfolgekosten getragen werden können. Das ist noch der intelligenter Weg. Es gibt Arbeit, zum Beispiel in der Region Hamburg von der TU Hamburg, die nachgewiesen haben, was bringen eigentlich neue Baugebiete an Einwohnern, an Einkommenssteuer, einmal durch den Finanzausgleich gedreht, Ergebnis je nach dem, welche Gemeinde ich bin so Plus Minus Null. Viele Kommunalpolitiker sehen das noch nicht und es gilt natürlich auch, das könnte Herr Esche viel besser sagen, das Thema Einwohnerflächenbilanzen. Ich mach mir eine Gutachten, da kommt raus, ist noch Spielraum, Nachbargemeinde macht ein Gutachten, kommt raus, ist noch Spielraum. Wo kommen die denn alle her? Also, mal auf regionaler Ebene mit relativ einfachen Methoden zu überlegen, wer kommt denn, wer geht denn, kannst Du das, dann muss man eben ein Gutachten beauftragen. Kann man relativ einfach machen. Interkommunale Zusammenarbeit, das waren ja zwei Fragen in die gleiche Richtung, ist schon viel zu gesagt worden. Es gibt Fälle, da können offenbar politische Köpfe nicht miteinander. Vergessen Sie es, liegenlassen geht nicht, warten bis einer wechselt oder stirbt oder irgendwie auch immer. Das geht dann nicht, es ist eben so. Osnabrück Stadt und Land ist auch so ein Beispiel, manchmal geht es einfach nicht.

Zweiter Punkt, sensibilisieren mit kleinen üblichen Sachen, Vertrauen mit weichen Themen anfangen, nicht gleich das Einkaufszentrum und die dritte Stufe ist dann wirklich Druck ausüben über die landesplanerische Genehmigung beispielsweise.

Und der vierte Punkt ist dann, es darf keine Verlierer geben, um diesen Begriff noch einmal aufzugreifen. Win-Win kennen alle, Gegenteil wird nicht thematisiert, Sie müssen also gucken, wenn es um Infrastruktur geht, wer darf das Gymnasium bauen. Wenn es um Fläche geht, wer bekommt das Gewerbegebiet oder im Einzelhandel immer versuchen, andere Themen mit reinzunehmen. Verhandlungsmasse erzeugen in Form von Kompensationslösungen, also monetärer Interessenausgleich. Es geht immer um Geld, der eine darf was bauen, der andere kräht auf einem anderen Feld. Es gibt ein Beispiel von diesen MOROs im Wirtschaftsraum Rendsburg. Da haben die sich eigentlich über eine Flächenentwicklungsplanung Gedanken gemacht und hinterher festgestellt, dass das Mittelzentrum Rendsburg eigentlich sehr eng ist und gekniffen ist, im wahrsten Sinne des Wortes. Die haben jetzt einen Ausgleich gemacht, das wird verkürzt im Außenbereich; wenn da gebaut wird, wird pro Wohneinheit 200 000 Euro in einen Fond bezahlt. Davon werden aber zum Beispiel für die Region wichtige Infrastrukturprojekte bezahlt, Bildung, Gymnasium, Schule im Mittelzentrum oder eine Umgehungsstraße. Nicht Fläche gegen Fläche, Infrastruktur gegen größere Pakete schnüren, wo jeder sich wieder findet und keiner nachher sagt, ich kriege ja gar nichts ab. Das ist für mich ganz schlecht.

Letzter Punkt, was Förderung betrifft und auch das ist ja schon gesagt worden; Ihre Frage war, was kann der Bundesgesetzgeber tun? Das muss man sich mal in Ruhe anschauen; des reicht eben von den Planungsrechten über spezielle Fachgesetze und Rahmenbedingungen, die man im Zweifel immer darauf überprüfen muss, ist ein zuviel an Norm oder Standards. Vieles, was gebaut wird, ist deswegen teuer, weil es vielleicht zu aufwendig gebaut wird und es wird ja gern überhaupt Gebautes gefördert. Wir merken es als Gutachter, im Zweifel wird was gebaut, aber das Gutachten

nicht bezahlt. Fördern Sie auch Konzepte, häufig muss man nicht viel bauen, man muss nur Umnutzen oder vielleicht andere Konzepte, andere Nutzergruppen reinbringen, gerade bei Infrastruktur. Sie können häufig Dinge stehen lassen, nur ein anderes Konzept rüberlegen, vielleicht einen anderen Träger, der es etwas besser macht, vom Bürgerhaus und vom Seniorenverein vielleicht zu einem regionalen Bildungszentrum, Beispiel Büdelsdorf bei Rendsburg, die haben das ganz schlaugemacht. Die Hütte steht noch da wie sie ist, hat einen neuen Träger, die ganze Region kann jetzt mit einem vernünftigen Nutzungskonzept über den ganzen Tag damit was machen, das war relativ preisgünstig. Es bedarf natürlich auch einer gewissen Anschubfinanzierung.

Die dritte Frage von Herrn Kauch in eine ganz andere Richtung. Gibt es gute Beispiele? Es gibt viele gute Beispiele, die Sammlung gibt es nicht, aber ich nenne Ihnen vier Quellen. Eine sitzt neben mir, Bertelsmann, die haben also verschiedene Publikationen jetzt gerade wieder zur Seniorenpolitik, schauen Sie mal auf www.aktion2050.de, da finden Sie einige gute Broschüren mit guten Beispielen. Zweite Quelle ist das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, BBR, in den verschiedensten Bereichen (experimenteller Gesundheit- und Städtebau), oder Modellvorhaben der Raumordnung, ob das Fläche im Kreis ist, oder diese innovativen Projekte, da gibt es jede Menge Stadtumbau, gibt es also dokumentierte Beispiele. Dritte Quelle ist Akademie für Raumforschung und Landesbau, Hannover und dann auf Länderebene gibt es immer viele. Aber das Standardwerk hätten wir auch gern geschrieben, wer wahrscheinlich morgen veraltet, das gibt es nicht.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Jetzt auf die Fragen von Herrn Döring und Herrn Kauch. Das Wort an Herrn Oelmann. Bitte schön.

Herr Oelmann: Die erste Frage, wir haben den Anschluss entlegener Weiler doch in der Vergangenheit gefördert, können Sie uns nicht was Positives dazu sagen. Nun, sicher hat sich jetzt auch einiges gewandelt im Laufe der Zeit. Selbstverständlich kenne ich das Argument, insbesondere der öffentlichen Abwasserentsorgung, wonach größte Zweifel gehegt werden, ob die Hygieneanforderungen oder auch im Versorgungsbereich, ob den Anforderungen entsprechend Genüge getan wird. Gleichzeitig sehe ich, dass das Bundesforschungsministerium gerade in den letzten zwei, drei Jahren zwei umfangreiche Studien zu diesem Thema gemacht hat und die entsprechenden Techniker sich da relativ optimistisch äußern. Gerade letzte Woche ist eine große Konferenz in Aachen gewesen zum Einsatz dezentraler Technologien. Vor diesem Hintergrund würde ich glauben, diese Technologien, die entwickeln sich tatsächlich, und mit diesem Wissen hätte man vielleicht vor ein paar Jahren andere Entscheidungen getroffen. In diesem Zusammenhang würde ich gern noch auf eine Sache eingehen. Das ist ja fast schon ein geflügeltes Wort gewesen jetzt zwischenzeitlich hier. Wer rausziehen will, schön. Dazu kann man natürlich sagen, damit sind Pflichten verbunden, für denjenigen der rauszieht, aber möglicherweise an dieser Stelle auch Rechte. Also, sprich das Recht, ich möchte nicht an die öffentliche Wasserver- oder Abwasserentsorgung angeschlossen werden. Vor diesem Hintergrund gibt es auch durchaus eine ganze Reihe von Best –Practice- Beispielen, wonach dann schlicht und ergreifend der Wasserver- und Abwasserentsorger einfach sicherstellt, dass die Vorgaben zur Wasserverordnung eingehalten sind. Es gibt tatsächlich auch aktuelle andere wichtige Investitionsprobleme. Ich nenne nur das Stichwort „marode Hausleitungen“ in verschiedensten Städten.

Die zweite Frage schloss ein bisschen daran an. Das war die Frage, ab wann macht es denn Sinn, einen Bauernhof wieder abzuklemmen. Ökonomisch sage ich Ihnen selbstverständlich, das ist eine simple Investitionsrechnung. Ganz allgemein kann man sagen, wenn die abgeschrieben sind, dann ist es sicherlich kein Problem, und davor werd ich sie dann abklemmen, wenn die Betriebskosten, die erforderlich sind, die zusätzlich erforderlich sind, wenn die den Restwert nicht übersteigen.

Was wir uns immer wieder vor Augen halten müssen, denke ich, ist, dass die Lebensdauer der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur, und das gilt noch mehr für die Abwasserinfrastruktur, einfach so extrem lang ist. Im Schnitt Wasser, Abwasser, Infrastruktur wird im Schnitt über 35 Jahre abgeschrieben, teilweise über 50 – 80 Jahre, und vor diesem Hintergrund würde ich auch ganz gern auch mal das aufgreifen, was Herr Leindecker hier an verschiedenen Stellen gesagt hat und was so ein bisschen in die Richtung interkommunale Kooperation dann auch geht. Ich glaube, es wird ein Thema für Land und auch für Bund, sich mit den Fragen auseinanderzusetzen. Wer hat denn tatsächlich diese enormen Investitionsausgaben Anfang der 90er Jahre wesentlich mit zu verschulden? Ich will Ihnen an der Stelle mal ein Beispiel geben, in welcher Situation wir uns da bewegen. Selbstverständlich waren alle der Ansicht, wir haben im Osten relativ schnell blühende Landschaften, da kann man sagen, okay, das ist ein gewisser Irrtum gewesen. Aber es gibt andere Entwicklungen, die wir sehen und zu sehen haben. Früher ist es so gewesen, dass in Ostdeutschland wir Wasserverbräuche pro Kopf, pro Tag durchaus in der Region von 300 Liter pro Einwohner hatten. Zum gleichen Zeitpunkt hatten wir in Westdeutschland, wo wir kostendeckende Preise hatten, einen Verbrauch, der sich in der Größe von 140 Liter pro Einwohner und pro Tag bewegte. Ich kann Ihnen sagen, so etwas lernt man in der allerersten Stunde VWL, dass unter der Annahme, wenn ich kostendeckende Preise einführe, dass selbstverständlich die Nachfragen drauf reagieren, und wir sehen, wie das in Ostdeutschland passiert ist. Wir haben Regionen, in denen haben wir 80, 90 Liter pro Einwohner und pro Tag. Wir haben ein riesengroßes Problem. Die Infrastruktur wird über sehr viele Jahre abgeschrieben, das belastet aktuell und auch auf Jahre noch die Wasserpreise, Abwassergebühren, und an dieser Stelle glaube ich, kommen die ostdeutschen Kommunen, die also besonders gebeutelt sind, dann auch zurecht an und sagen, hört mal zu, früher haben wir im Prinzip einige große Verbände gehabt, wir haben uns dann kommunal aufgestellt, wir hatten im Prinzip keine Expertise, uns wurden Vorgaben gemacht. Ich glaube zu sagen, die ostdeutschen Kommunen sind an der Stelle irgendwie komplett eigenverantwortlich, da macht man sich das etwas leicht. Im Zusammenhang mit interkommunaler Zusammenarbeit, nur dass ich da noch ein Wort zu verliere. Ich stelle die Frage, das was damals zu den Fehlprognosen geführt hat, können wir sicherstellen, dass heute diese Fehlprognosen nicht mehr passieren? Und meine These wäre, möglicherweise können wir das nicht. Deswegen ist es umso wichtiger, jetzt zu überlegen, wie bekommen wir die Anreizstrukturen gegebenenfalls verändert, damit solche Fehlplanungen nicht passieren. Da würde ich auch einen Ansatz sehen, dass möglicherweise Länder, Bund oder so vielleicht auch anders, wie auch Herr Mensing gerade noch einmal ansprach, tatsächlich auch in die Prüfung auf Demographiefestigkeit eintreten.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Damit ist der erste Fragenkomplex abgeschlossen. Wie eben gesagt, wollen wir jetzt den Fragenkomplex zwei und drei zusammenschließen. Ich habe jetzt schon fünf Wortmeldungen insgesamt. Ich kann schon mal anfangen mit Kollege Miersch und Kollege Hermann, mit dem Kollegen Weinberg.

Ich darf bitten um ganz kurze prägnante, präzise Fragen und dann auch mindestens ebenso präzise Antworten.

Abg. Weinberg: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, dass ich auch gleich anfangen darf. Eine Frage noch einmal zum Bereich Städteplanung, und da eine Frage an Herrn Leindecker. Ich habe auch intensiv sein Papier gelesen, und da geht es um die Frage eines speziellen Milieus. Ich komme aus Hamburg, aus einer Stadt, und da haben wir dieses Milieu des Siedlungsbaus Ende der 60er Jahre, Anfang der 70er Jahre, also damals hat man noch gesagt, so alter Mittelstand. Heute würde man wahrscheinlich sagen, traditionelles Arbeitermilieu heißt die richtige Formulierung. Zeichnet sich aus wodurch? Mieter, Mieteigentum, dass die Wohnungsbaugesellschaften stetig sind und ihre Finanzkraft relativ erschöpft ist und jetzt schaue ich auf ihre Formulierung. Man muss älteren Menschen eine Chance geben, in ihrer vertrauten Umgebung möglichst lange verweilen zu können. Bei diesem Milieu haben wir das Problem, dass damals Ende der 60er, Anfang der 70er die Menschen eingezogen sind und jetzt quasi innerhalb von wenigen Jahren sehr massiv in das Seniorendasein überwechseln. Das heißt, sie haben eh schon einen grundsätzlichen Sanierungsbedarf in diesem Bereich, der nicht zu decken ist, auch nicht mit Sanierungsmitteln und dazu kommt dann die Perspektive, dass diese Milieus, diese Siedlungen umgebaut werden müssen, mit den entsprechenden Kosten auch. Da würde ich gern noch einmal etwas Konkretes hören, wie es aussehen muss. Sie haben so nett geschrieben, wohnungspolitisch hier Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, erspart Aufwendungen im Heimbetreuungs- und Pflegebereich. Das ist natürlich ein Problem bei Menschen, die aus ihrer eigenen Situation heraus und auch aus Situationen der jeweiligen Gesellschaft dies nicht finanzieren können. Wie soll das geleistet werden?

Der Vorsitzende: Danke schön. Dann Kollegin Bulling-Schröter.

Abg. Bulling-Schröter: Meine Frage geht an Herrn Dr. Oelmann. Ich möchte noch mal zur Frage Infrastruktur, Wasser und Abwasser einige Fragen stellen. In dem Vortrag haben Sie dargestellt, dass der Stand der Technik nicht immer weitergeschraubt werden muss, so habe ich es verstanden, sondern wenn Werte eingehalten werden können, muss der Stand der Technik nicht erneuert werden. Da würde ich gerne einige Beispiele hören.

Das zweite ist, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie über Privatisierung als Notwendigkeit gesprochen. Jetzt frage ich Sie, inwieweit sich das wirtschaftlich verändern lässt, wenn es eine technische Frage ist. Sie haben über die neuen Bundesländer gesprochen, über die Abwasserleitungen, über die Kläranlagen, die überdimensioniert gebaut wurden. Da wäre zum Beispiel auch eine Frage, ob die Honorarverordnungen nicht verändert werden müsste. Zum damaligen Zeitpunkt wurde auch die Anforderung gestellt, denn je mehr gebaut wird, umso mehr steigen die Honorare. Ist es noch sachgerecht, oder brauchen wir andere Kriterien für eine Honorarordnung? Zur Privatisierung an sich, ob sich das Problem lösen lässt, Sie haben es im Bezug auf den Preis dargestellt. Wir waren als Umweltausschuss vor einigen Jahren in Großbritannien, und die Wasserprivatisierung hat in zwei Sätzen gesagt dazu geführt, Belegschaft halbiert, viele Entlassungen, Wasserpreis verdoppelt, die Wasserqualität ist definitiv gesunken. Wir haben hier in Deutschland eine sehr hohe Wasserqualität, dann würde über weite Strecken das Wasser geleitet und die Versorgungssicherheit wäre nicht mehr gewährleistet, siehe Liberalisierung der Energie-

versorgung. Ich denke, dass das kein adäquates Mittel ist, hier Probleme abzuschaffen.

Der Vorsitzende: Danke schön, Frau Winkelmeier-Becker bitte.

Abg. Winkelmeier-Becker: Ich habe eine Frage an Herrn Becker zur Mobilität. Wenn ich es recht verstanden habe, dann wollen Sie auch unsere bisherige Definition von Bedürfnissen, von Bedarf an Verkehr hinterfragen und da auch dafür werben, um da auch mal die Ansprüche zurückzuschrauben. Optimal wäre ein Verkehr, der ohne Erdöl oder Öl auskommt, also am liebsten zu Fuß. Ich hätte jetzt dazu folgende konkrete Fragen. Was machen wir, wenn wir davon ausgehen, dass es nicht sofort die volle Akzeptanz findet, sondern wir mal davon ausgehen müssen, dass da im Moment auch noch andere Bedürfnisse bestehen? Dann hatten Sie gesagt, wir bräuchten statt des Bundesverkehrswegeplans einen Bundesmobilitätsplan. Was genau soll der enthalten? Dann bemängelten Sie, dass noch nicht alle Daten da wären. Welche Daten brauchen wir, wie kommen wir daran? Und dann noch abschließend, würden Sie aus heutiger Sicht noch den Neuausbau von Flugplätzen oder Bahnstrecken zustimmen, oder gibt es auch vielleicht im kleinem maßstäblicheren öffentlichen Nahverkehr noch Ideen, die besser ausgenutzt werden könnten? Danke schön.

Der Vorsitzende: Danke schön. Kollege Heilmann.

Abg. Heilmann: Ich hätte auch Fragen an Herrn Becker und Herrn Leindecker. Die erste Frage an Herrn Becker, die gleiche wie bei meiner Kollegin vorher. Sie haben sich sehr kritisch mit dem Bundesverkehrswegeplan auseinandergesetzt in ihrem Eingangsstatement, und da fiel dieser Begriff „Bundesmobilitätsplan“. Was stellen Sie sich denn da genauer drunter vor? Dann Frage an Sie und an Herrn Leindecker. Sehen Sie womöglich Infrastruktur als Hoffnungsträger für abgehängte Regionen, und erwarten Sie davon wirtschaftliche Effekte? Meine abschließende Frage an Herrn Becker. Sehen Sie irgendwelche Einflussnahmen eines Impact Assessment auf den demographischen Wandel? Wir sprechen immer davon, bevor Gesetze erlassen werden, ein Nachhaltigkeitscheck durchgeführt werden sollte. Wie sieht es danach aus, wenn ein Gesetz danach sich in der Realität bewähren soll? Danke.

Der Vorsitzende: Danke schön. Einmal Knopf drücken noch, Herr Kollege Hermann.

Abg. Hermann: Ich würde gern kurze, knappe Thesen formulieren und dazu einen Kommentar von Herrn Becker und vielleicht auch noch von Herrn Oelmann hören. Erste These: Wir brauchen keine festen Infrastrukturen, sondern wir brauchen zukünftig mehr flexible und mobile Infrastrukturen, in einem umfassenden Sinne vom mobilen Laden bis zur mobilen Kläranlage, möchte ich fast sagen. Wir brauchen zweitens endlich differente Techniken und technologische Konzepte, nicht überall sozusagen die gleiche Art der Wasserversorgung oder der öffentlichen Verkehrsversorgung. Drittens, die Politik muss Schluss machen mit dem Märchen von den gleichwertigen Lebensverhältnissen und muss sagen, es gibt Differenz und es gibt, ich sage es mal zugespitzt, es gibt im ländlichen Raum eine Vielfalt der Biosphäre und eine Vielfalt der Kultur und in der Stadt gibt es eine Vielfalt der Kultur, aber man muss sich sozusagen entscheiden. Man wird nicht überall Vielfalt schaffen. Letzter Punkt, wir brauchen endlich harte, langfristige Nachhaltigkeitschecks, die vor allem Wirtschaftlichkeitschecks darstellen. Das heißt, keine Infrastrukturentscheidung, ob Bundesverkehrswegeplan oder kommunales Baugebiet, ohne eine Wirtschaftlich-

keitsrechnung, was kostet es in 30 Jahren, in 50 Jahren und wer bezahlt es und wo sind die Rückstellungen dafür.

Der Vorsitzende: Danke schön, Kollege Miersch, bitte.

Abg. Dr. Miersch: Ich kann direkt an die Frage anschließen, und daran geht auch meine Frage an Herrn Mensing und an Herrn Esche. Sie hatten schon den Nachhaltigkeitscheck als Instrument angedeutet oder angesprochen. Wie müsste aus Ihrer Sicht ein solches Instrumentarium geschaffen sein und wie müsste dieses Instrumentarium vor allen Dingen beschaffen sein, bzw. ist es sinnvoll, dass dort sowohl ökologische wie auch ökonomische und soziale Aspekte bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden?

Der Vorsitzende: Danke schön. Frau Arndt-Brauer bitte.

Abg. Arndt-Brauer: Ich habe eine Frage oder ein Fragenbündel an Herrn Leindecker und Herrn Professor Becker und zwar zum Thema Bahnreform. Ist es nicht so, dass wir auch eine Aufgabe haben, Vermögen für nachfolgende Generationen zu erhalten unter dem Aspekt, hier gibt es die Möglichkeit, Transporte zu gewährleisten. Sie haben zwar gesagt, Strukturen müssen nicht um jeden Preis erhalten werden, aber hier geht es darum, hier kann ich relativ ökologisch was anbieten. Ich kann dafür sorgen, dass auch Städte und kleine Kommunen nicht abgeschnitten sind von der Versorgung und ich muss darauf achten, verscherbele ich jetzt etwas, was vielleicht nachfolgende Generationen wieder teuer in irgendeiner ähnlichen Art und Weise aufbauen müssten. Habe ich als Staat nicht noch eine besondere Verantwortung, nicht nur zu schauen, wie kann ich jetzt irgendwie Profit maximieren für meine jetzige oder nachfolgende Generation, sondern auch unter dem Versorgungsaspekt.

Der Vorsitzende: Danke schön, Herr Kollege Schmitt.

Abg. Schmitt: Ich habe eine Frage an die Stadtsoziologin, Frau Prof. Spellerberg. Und zwar habe ich mich noch nicht ganz damit abgefunden mit der demographischen Entwicklung der Veralterung und dem Älterwerden der Gesellschaft und stelle die Frage, wie weit kann Staat, wie weit kann Gesellschaft eventuell durch Steuerung von Zuwanderung verhindern, dass Gegenden vergreisen, auch entvölkert werden. Wie weit können da, wie weit kann da die Chance größer sein also möglicherweise die Risiken? Also Stichwort „Zuwanderung“, also eine Lösung in die demographische Entwicklung verhindern, wie wir sie jetzt gerade beklagen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Als letztes erlaube ich mir noch eine kurze Frage an Frau Tatje, und zwar das Stichwort oder die Fragestellung, Wirtschaftlichkeitsrechnung / Nachhaltigkeitscheck. Wenn Sie vielleicht noch aus Ihrer praktischen Sicht ein paar Worte dazu sagen würden.

Es gab nun wieder sehr viele umfassende und sehr offene Fragestellungen. Trotz allem müssen wir versuchen, dass ganze in rund 25 Minuten gut abzuhandeln. Ich darf Sie einfach bitten, Schwerpunkte zu setzen in den Antworten und vielleicht gibt es ja dann zwischen einzelnen noch mal ein einen Kontakt über die heutige Sitzung hinaus. Ich mache halte die Reihenfolge wie eben, weil darauf jeder vorbereitet ist. An Herrn Esche ergeht das Wort für eine Frage von Herrn Miersch. Bitte schön.

Herr Esche: Frage zum Nachhaltigkeitscheck, es gibt erste Versuche, etwa Blick nach Brandenburg; dort sind sie dran, Nachhaltigkeitscheck zu machen, der zumindest verhindern soll, dass bei Förderprojekten für die Europäische Kommission beispielsweise jetzt wieder öffentliche Mittel als Kofinanzierung in Sachen reingesteckt werden, die sich langfristig als ganz falsch herausstellen. Da sind erste Ansätze ganz generell, wir haben es hier besprochen. Für mich ein grundsätzlicher Punkt, lieber machen, als es perfektionieren wollen. Also es in die Diskussion bringen, es Ansätzen und auch durchaus damit leben können, dass es nicht den letzten Grad der Perfektionierung hat, aber es tatsächlich einmal in Bewegung zu setzen, halte ich für wichtiger, als jetzt nach dem Idealmodell zu suchen, was wir nicht schaffen werden. Grundlage dabei ist nur, die Leute tatsächlich zur Auseinandersetzung mit dieser Frage zu bringen und das jeweils dann aus dem Nachhaltigkeitscheck zu provozieren, dass Sie wirklich die Pro's und Kont's von der Seite behandeln, nicht dass der Check dann eine definitive Auskunft geben wird, die quasi digital, das ist vernünftig oder ist es nicht; dass bleibt immer eine politische Entscheidung, aber es hilft bei der Entscheidungsfindung.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. An Herrn Professor Becker die Frage von Frau Winkelmeier-Becker, Herrn Heilmann, Herrn Hermann und Frau Arndt-Brauer.

Professor Becker: Frau Winkelmeier-Becker, Sie haben völlig Recht. Mit dem Bedarf gehe ich definitiv anders rum, als wenn jemand heute sagt, das Bundeskabinett stellt fest, Bedarf an Bundesfernstraßen und dann ist das so fest geschrieben, da kann nicht mal mehr ein Gericht etwas machen. Ich stimme Ihnen völlig zu, das hat nicht draußen die Akzeptanz, ja logisch wie denn anders. Es hat sich über Jahrzehnte so entwickelt und es ist hier schwierig und ist in den Vorlesungen schwierig und wird draußen noch sehr, sehr viel schwieriger. Da kann ich ganz kurz antworten. Wir haben an unserem Institut in Dresden Herrn Professor Schlag, Lehrstuhl für Verkehrspsychologie, und jetzt wird es zur psychologischen Sache. Er hat die ganze EU-Forschung gemacht, zum Beispiel zu Konzessions-Charging, zu Straßenbenutzungsgebühren, und die Leute haben dort Recht und haben Gespür und Gefühle, die man aufnehmen kann. Man kann Ihnen zeigen, Leute wir lösen da ein Problem für Euch und es hilft Euch. Zu diesem Helfen ist eben ganz wichtig der Satz: Nicht wollen wir Euch abkassieren, sondern wir machen Euch eure Mobilität am Monatsende billiger. Wenn wir so eine Änderung machen, dann kommen eine Menge dynamischer Reaktionen und dann rechnet sich ein Liter-Auto und, und, und. Erst dann kommen Innovationen, die ich nicht unterstützen und subventionieren muss, die sich rechnen.

Zum Bundesmobilitätsplan, das ist auch lange vorangedacht und das geht nicht von jetzt auf morgen, denn es fehlen uns alle Grundlagendaten. Wären die aber mal da und würden wir wissen, welche Person denn eigentlich jetzt welches Defizit sehen, dann gibt es ganz lustige, interessante Diskussionen. Warum haben denn alleinstehende, alleinerziehende Frauen einen Job, ohne Job in München eine ganz andere Mobilitätsausübung als in Hamburg oder umgekehrt, oder im Stadtteil Ost mit Reichen, anders als im Stadtteil West, und auf einmal kommen Debatten. Wenn jetzt dann gesagt würde, also das geht einfach nicht, dass mehr als eine Stunde Kinder Hin und Her gefahren werden, dann gibt es einen Bundesmobilitätsplan, Abteilung Schulkindertransporte. Es gibt vielleicht Zwergschulen. Ziehe ich bei Zwergschulen alle Kosten zusammen, ja natürlich kostet eine Zwergschule mehr als ein großes Schulzentrum, aber ich spare die Buskosten, die kommen aus einem ganz anderen Topf. Ich spare die Lärmkosten, ich spare vielleicht sogar die Ausbaurkosten für die

Umfahrungen, die Busse müssen nicht mehr fahren und die Kinder kennen sich. Wenn die sich kennen im Dorf, schlagen die sich später dann nicht mehr die Fenster ein oder bezahlen die Rechnung, weil der Handwerker, der mir was geliefert hat, mein Klassenkamerad war.

Flugplätze, Bahnstrecken, ich habe keine Ahnung, welcher Flugplatz und welche Bahnstrecke denn in 10, 20 Jahren noch sinnvoll ist. Ich kann Ihnen aber einen sehr guten Tipp geben. Lassen Sie alles durch, was sich unter Kostenwarenaspekten rechnet, das heißt, wenn die alle Kosten zahlen. Im Moment sind Flugplätze in. Warum sind denn Flugplätze nicht in EU- oder in Bundesebene, sondern in Landesebene angesiedelt. Das kann doch nicht wahr sein, im Moment will doch wirklich Jeder seinen Flugplatz haben, denn das scheint die gewinnende Strategie zu sein. Aber Flugzeuge haben definitiv, denken Sie dran, CO₂ in großen Höhen, drei, vier, fünf Mal so hohes Klimaschädigungspotenzial, haben riesige Kosten. Wenn ich mit meiner Frau ein schönes Wochenende haben will, kann ich am Elberadweg mit dem Fahrrad fahren, und die ÖV-Fahrkarte von Dresden in die Sächsische Schweiz ist teurer, als wenn ich von Dresden nach Mallorca fliege. Das kann es doch nicht sein. Jetzt stellen Sie einfach mal die Frage, welcher Flughafen rechnet sich dann noch.

Bundesmobilitätsplan, Herr Heilmann, haben wir schon gehabt. Das definitiv was langes und langfristiges, aber helfen tut uns hier Impact Assessment. Vor jedem Projekt machen wir eine Prognose, wie entwickelt sich es, wenn wir das Projekt nicht haben und was verbessert sich alles, wenn wir das Projekt bauen. Dann wird genehmigt und in der Planfeststellung heißt es, na die Vorteile überwiegen, und dann wird es vergessen. Nie wieder schaut einer nach, was ist da eigentlich passiert. Ich darf mit großer Freude verweisen auf die Stellungnahme von Herrn Holger Dalkmann, der heute leider nicht da ist, aber er hat gerade dazu sehr viel in seinen acht Seiten gesagt. Ja, Nachhaltigkeitscheck definitiv, ja, Monitoring, ja, da auch eine Postüberprüfung, nicht weil man was ändern kann, sondern weil man lernen kann. Das ist wirklich wichtig und Nachhaltigkeitscheck, wir müssen nur übertragen. In der Schweiz gibt es das. Es gibt für Verkehrsprojekte den nationalen schweizweiten Nachhaltigkeitscheck und es ist nicht extra eine Bürokratiesache, es ist was sehr Durchschaubares, das zur Willensbildung und zur Information der Beteiligten dient. Das gibt es sogar schon in Zürich kommunal. Die müssen sich einfach mal Rechenschaft ablegen und es wird ein paar Jahre später dann noch mal aufgeschlagen. Das ist leicht übertragbar, sehr gut.

Die schwierigste Frage haben Sie mir gestellt, Frau Arndt-Brauer, Bahnreform. Ich will definitiv nichts dazu sagen, wer da auf dem Schienennetz mir die Verkehrsangebote macht. Da habe ich schon so viel komische Sachen mit der DB AG gesehen und andere, da lassen wir das erst mal sein. Im Moment polarisiert die Debatte, wer bekommt das Netz und es gibt viele Kollegen, die sagen ja, dass muss bei der Bahn bleiben, denn es ist vor allem ein technisches Argument. Viele meiner Kollegen sagen auch, das wollen wir nicht auseinander reißen und die unterstellen, was glaube ich kritisch ist, dass eine neue Börsengegangene privatisierte Bahn die selben Ziele verfolgt, wie die Deutsche Reichsbahn und die Deutsche Bahn AG in den 80ern und in den 70ern, und das wird sie nicht tun. Es gibt dann die Ökonomensicht, die sagt, auf keinen Fall Netz mitgeben. Wir haben auch das Straßennetz in Bundeshoheit, das ist unser Eigentum und das wollen wir nicht verschleudern, denn die werden das ganz anders nutzen, die Ziele werden andere sein. Die Ökonomen haben hier auch

die Mehrheit der Punkte auf ihrer Seite. Herr Becker, der den Lehrstuhl für Verkehrsökologie hat, neigt hier definitiv den Ökonomen zu, also Netz nicht mitgeben.

Der Vorsitzende: Das war es, vielen Dank. Das waren die vier Fragen und als nächster **hat** das Wort Frau Tatje, auf eine Frage von mir.

Frau Tatje: Mich begeistert diese Frage bzw. der Aspekt des Nachhaltigkeitschecks und ich bin ja diejenige wenn Sie so wollen, die dann das wenn immer formuliert wird, da muss dann die Kommune mal eben machen. Ich bin die, die es entwickeln und umsetzen muss. Ich bin an der Thematik dran, also ich bin dabei, so etwas zu entwickeln. Ich habe das nicht Nachhaltigkeitscheck genannt, sondern habe meinem Oberbürgermeister vorgeschlagen, so etwas wie einen Demographiestempel zu entwickeln. Wie man es auch nennt, es ist im Prinzip genau das Gleiche. Es ist nur schwieriger als die Forderung aufzustellen, weil es erstens eine Definitionsfrage ist, was überhaupt Nachhaltigkeit heißt, was letztlich Demographie heißt, -fest oder wie auch immer Sie es nennen wollen. Aber wenn ich sage, es ist schwieriger als gedacht, heißt es nicht, dass ich es nicht richtig finde und nicht an der Thematik dran bin und es auch tun will. Ich bin vorsichtig mit der Übertragbarkeit von anderen Bundesländern oder auch Zürich, das müsste man mal schauen. Ich habe im Moment eher so die Anleihen gesucht bei der ganzen Agendadiskussion, was wird da eigentlich unter Nachhaltigkeit diskutiert. Da gab es diesen Versuch, so etwas zu entwickeln und umzusetzen ja schon mal. Ich glaube auch und da komme ich noch einmal zu einer Frage, die ich am Anfang gar nicht beantwortet habe. Dass das eine Möglichkeit wäre, wenn Sie sozusagen, was können wir eigentlich als Bund, als Bundesgesetzgeber tun, da viel stärker reglementieren. Ich rede sonst diesem Regelwerk nicht so das Wort, stärker reglementieren, einzugreifen, im Sinne was wird eigentlich unter welchen Kriterien gefördert. Das Land Nordrhein-Westfalen macht das jetzt bei dem Stadtumbauprogramm West. Die Stadt Bielefeld ist dabei, ein Konzept zu schreiben und jetzt müssen Sie mich beteiligen. Es ist ja nicht so, dass so eine Stelle wie ich sie habe, als Stabsstelle und das wissen alle die, die aus der Verwaltung kommen oder sich mit der Verwaltung ein wenig auskennen, es ist ja noch einer der stört oder die stört, die neue Aspekte hat oder die bestimmte Vorlagen kritisch hinterfragt. Alle wissen, Jeder und Jede hat auch in Verwaltung Lieblingsprojekte, die gern und vielfältig umgesetzt werden wollen. Das ist in der Politik genauso und wenn Sie dann diejenige sind die immer sagt, ja Moment, wie ist denn das mit der Nachhaltigkeit, wie rechnet sich das, wie sind die Kosten in 30 Jahren, wie werden die umgelegt, dann führt das auch zur sehr schnellen Vermehrung von Feindschaften. Wenn da klare Regeln von Land oder Bundesebene entwickelt werden würden, würde es solche sehr sorgfältigen Prüfungen vor Ort sehr erleichtern. Insofern noch einmal vielen Dank, dass Sie mich das auch gefragt haben.

Der Vorsitzende: Auf die Fragen von Herrn Weinberg, Herrn Heilmann und Frau Arndt-Brauer hat das Wort Herr Leindecker.

Herr Leindecker: Herr Weinberg, ich stelle mir folgendes vor. Wir geben Geld für die energetische Ertüchtigung von Gebäuden, wir können sie auch für die funktionale Ertüchtigung geben, dafür auch für Siedlungsgesellschaften und Genossenschaften, eben Wohnungen, Häuser altersgerecht auszustatten, auch die privaten Häuser ebenso auszustatten, dass Menschen auch im Alter, im hohen Alter in diesen Häusern verbleiben können, darüber sollten wir nachdenken. Das war die Frage, die ich mit dem Wort Hilfe zur Selbsthilfe angesprochen habe. Da ist natürlich diese Sied-

lungsstruktur, die Sie angesprochen haben, eine besondere Herausforderung. Das gebe ich zu, weil insbesondere auch die wirtschaftliche Situation von Wohnungsgesellschaften durchaus problematisch sein kann. Ich hoffe, das war ausreichend.

Herr Heilmann, Sie hatten die Frage gestellt, steht Infrastruktur als Hoffnungsträger für die Region. Ich halte das für einen der Schlüssel und ich will da ein Beispiel nennen. Die Region Niederbayern, Oberpfalz und teilweise Oberfranken auch, hätten die wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesse der letzten 20, 30, 40 Jahre nicht so durchgestanden, wenn nicht eine exzellente auch funktionale Infrastruktur aufgebaut worden wäre. Bedauerlich ist vielleicht, und da leite ich über in diese Problematik Bahnreformen, das ist ein Stückchen mit der die Infrastruktur, nicht die Schieneninfrastruktur, Schritt gehalten hat, sondern nach Osteuropa sind in diesem Bereich eben auch nicht in dem Zustand, wie sie sein müssten, um wettbewerbsfähig zu sein und das ist auch der Punkt für die Bahnreform. Wie dementieren zumindest mal gemeinsam, dass die Frage nicht abgesprochen war. Ich bin nämlich der absolute Protagonist der Trennung von farbig und Betrieb, immer schon gewesen, schon seit 1982. Ich habe das dem damaligem Staatssekretär Schulte auch mehr oder minder deutlich immer wieder gesagt, ich glaube nur, wenn eine von dem Betreiber selbst getrennte, überregionale Gesellschaft das Schienennetz in Bundesträgerschaft hält, ist sichergestellt, dass insbesondere Regionen, die der Entwicklung bedürfen, auch ausreichende Schieneninfrastruktur bekommen. Ich sage deutlich noch einmal, Trennung von farbig und Betrieb mit Blick auf die Deutsche Bahn AG, über Regionalbahnen oder Ähnliches kann man anderer Meinung sein. Da bin ich gern bereit, wenn Sie das möchten, Ihnen auch noch Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Ich habe selbst eine Regionalbahn initiiert, die außerordentlich erfolgreich funktioniert. Von daher kann ich Ihnen da gern auch Unterlagen zur Verfügung stellen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Leindecker. Als nächstes hat Frau Spellerberg das Wort, Frage von Herrn Schmitt.

Frau Spellerberg: Ich wurde gefragt, ob Zuwanderung nicht die demographische Situation verändern könnte. Das funktioniert nicht, das müssen wir schon selbst machen. Das heißt, dass die wenigen Mütter, die wir noch haben, natürlich auch nicht so schnell zu ersetzen sind. In jeder nächsten Generation fehlt ja wieder ein Drittel an Frauen, die die nächsten Kinder bekommen könnten. Zuwanderung zum Ausgleich würde bedeuten, dass wir jedes Jahr Millionen brauchten, die dann aber natürlich selbst auch altern und auch ihr generatives Verhalten an die hiesige Situation anpassen. Das wird nicht funktionieren, zudem wir ja selber 145 000 Personen mittlerweile pro Jahr verlieren, die Deutschland verlassen. Die Ausländer, die zu uns kommen, die halten wir nicht. Wir haben im Grunde sehr hohe Zuwanderung, aber es bleibt nur ein sehr geringer Teil, weil wie offensichtlich es nicht schaffen, sie zu integrieren oder ihnen das hier schmackhaft zu machen.

Der Vorsitzende: Danke schön. Herr Dr. Oelmann auf die Fragen von Frau Bulling-Schröter und Herrn Hermann.

Dr. Oelmann: Ich fange an mit der Stellungnahme zu der Checkliste. Ja, ich bin für mehr flexible Lösungen, ja ich bin für differenzierte Techniken, ja ich bin für Nachhaltigkeit/wirtschaftlichkeitschecks. Ich glaube, dass wir da auf eine ganze Reihe von Sachen zurückgreifen können, die wir bei der Regulierung von anderen Netzwerkindustrien genutzt haben, auch wenn die Methoden für Wasser- Abwasser nicht an-

wendbar sind, aber doch kann man da einiges übertragen. Bezüglich Märchen von gleichartigen Lebensverhältnissen, meine Wahrnehmung ist fast das Gegenteil. Es will heißen, welche Situation haben wir im Wasser, Abwasserbereich aktuell. Wir haben in den einzelnen Regionen, in den einzelnen Kommunen in der Regel kostendeckende Preise für Wasser und Abwasser, die von Kommune zu Kommune sich unterscheiden und das ist auch gut so. Wieso sollten sie dies auch nicht tun. Wir haben aber aktuell gewisse Entwicklungen dahingehend, dass wenn wir interkommunale Kooperation haben, das dann dazu führt, dass man der Meinung ist, wenn wir jetzt eine größere Einheit haben, dann brauchen wir da einen Einheitstarif. Da stellt sich für mich die Frage, wieso denn eigentlich. Wieso ist es nicht möglich, dass für diejenigen, die vorher sehr hohe Preise bezahlt haben, die nun etwas niedrigere Preise haben, wieso die im Ergebnis trotzdem noch höhere Preise bezahlen als die, die vorher niedrige Preise hatten.

Der zweite Punkt, das ist ganz toll, dass Sie da noch einmal nachgefragt haben, dass ich da auch nicht falsch verstanden werde. Privatisierung als Notwendigkeit, das habe ich nie gesagt. Ich sehe Privatisierung nicht als Notwendigkeit. Es gibt andere Länder, zum Beispiel die Niederlande, die führen ein ganz interessantes Benchmarking durch. Die haben explizit nur öffentliche Unternehmen. Es ist so, dass ich glaube, dass im Zusammenhang mit insbesondere Betriebsführungskonzessionen das Einbringen von Privaten sehr sinnvoll sein kann. Allerdings würde ich mir an dieser Stelle wünschen, dass einfach die Kommunen durch eine beratende Stelle auch stärker unterstützt werden in dem Aushandeln der Konzessionsverträge, auch dabei zu begleiten wenn es notwendige Nachverhandlungen gibt. Ich sage ausdrücklich, dass ich das für problematisch halte, wenn tatsächlich die Infrastruktur übergeht. Das ist nur möglich in einer Situation, wie wir das in England haben, wo wir tatsächlich eine sehr, sehr strikte begleitende Regulierung haben. Auf England kommt, da bin ich anderer Ansicht als Sie, ich war relativ lange in England, auch in den Niederlanden. Meine Ansicht dazu ist, oder es ist nicht nur meine Ansicht, es ist einfach an der Stelle Fakt, dass die Preise bis zur letzten Preisreview nicht gestiegen sind, gleichzeitig haben die Investitionen sich verdoppelt, das was dort pro Person ausgegeben wird an Investitionen pro Kopf, ist genauso hoch wie hier in Deutschland. Die Qualitätszielerreichung hat sich erheblich verbessert. Wohl haben Sie Recht, dass die Belegschaft gesunken ist und zwar signifikant. Aber diese Situation, es ist einfach so, dass in Monopolsituationen die nicht überwacht werden, die dazu neigen, einen zu hohen Personalbestand zu haben und da stellt sich die Frage, wie will man damit politisch umgehen und wenn man politisch sagt, man will keine Entlassungen, dann ist das so. In England ist man an dieser Stelle einen anderen Weg gegangen.

Wichtig ist, Sie fragten mich nach dem Stand der Technik. Ich glaube, als Ökonom maße ich mir nicht an zu sagen, welche Umweltziele gesetzt werden sollen, die geben die Naturwissenschaftler vor. Als Ökonom sage ich nur, wie können wir diese Umweltziele oder diese Allgemeinziele bestmöglich erreichen, und da warne ich davor, wie das im Moment halt passiert, gleichzeitig Ziele genauso wie Mittel vorgeben. An dieser Stelle glaube ich, dass eine Konkurrenz der Mittel positiv wirkt und ich will an der Stelle vielleicht noch einmal den Gedankenhorizont auf England ein Stück weiten. Da ist es so, wir haben da eine etablierte Regulierungsbehörde, die die Unternehmen regulieren kann, weil es sehr wenige Große sind. Es wird explizit nicht gefördert, dass Umweltziele übererfüllt werden. Wenn ein Unternehmen sagt, ich brauche Investitionen weil ich meine, ich möchte das Umweltziel übererfüllen, dann sagt die Regulierungsbehörde, Du hast sie nicht mehr alle. Wenn Sie mich als

Ökonomen fragen, ich habe für dieses Vorgehen durchaus Sympathien. Mit der Honorarordnung, ich stimme Ihnen da absolut zu, dass wird ein ganz zentraler Grund gewesen sein. Ich sehe, dass da eine ganze Reihe von Bewegungen ist, also jüngst hat der Verband der planenden Berufe explizit gesagt, können wir nicht. Die Ausschreibungen für die Planung von der der Bauausführung trennen, das ist eine ganz hervorragende Idee bei solchen Sachen. Da ist man in vielen Bereichen auch auf dem richtigen Weg. Das war es von mir.

Der Vorsitzende: Danke schön. Als letztes hat das Wort Herr Mensing auf die Frage von Herrn Dr. Miersch.

Herr Mensing: Wie könnte der Nachhaltigkeitscheck aussehen? Ich antworte wie immer in zwei Ebenen. Sie haben vielleicht gemerkt, bei Antworten auf den demographischen Wandel ist die eine Frage immer die der Strategie, der Philosophie, der Sichtweise, und das andere ist dann wie mache ich es, also das operationale Geschäft. Bei der Philosophie würde ich sagen, was Herr Esche auch sagte, machen Sie es einfach und nachvollziehbar. Sie wollen Kommunalpolitiker überzeugen, die sollen auch mitmachen, also nehmen Sie ganz einfache Methoden. Wir haben in einem der Modellvorhaben in Schleswig-Holstein mit Kiel, Büdelsdorf und einer ländlichen Region die Bürgermeister zusammengeholt an einer einfachen Pinnwand und haben so ein paar Kriterien, also Vergangenheitsentwicklung, Trend, Wirkung, haben wir links hingeschrieben, Wohnen, Schule also irgendwelche Handlungsfelder, und haben die einfach gebeten, mit Pfeilen zu sagen, wie die Entwicklung war. War sie positiv, war sie ausgeglichen oder negativ, also drei Versionen. Das über eine Wand, das konnten die als Bürgermeister in der Regel so sagen. Wenn man das einfach nebeneinander sieht, merkt man ganz schnell, wo sich Dinge beißen. Man muss nicht immer die große Analyse fahren, man muss nur schauen, dass man die relevanten Faktoren zusammenbringt. Methoden gibt es ja viele, auf die Sie aufbauen können, von der UVP, Technikfolgenabschätzung, Kostennutzenanalyse, Wirtschaftlichkeitsberechnung. Man kann vieles zusammenwürfeln und es gibt ja in meiner Stellungnahme, Seite 12, auch ein Beispiel, Leitfaden Infrastrukturkostenrechnung vom BBR, das heißt nicht Nachhaltigkeitscheck, aber was IR da gemacht hat in Havelland Fläming, kommt dieser Sache bezogen auf Infrastruktur schon ziemlich nahe. Wir brauchen noch fünf Punkte. Wir müssen erstmal den Bedarf, ist klar, wenn ich was baue, ist ein Bedarf da und dann aber die Frage, bin ich in der Lage, mit der Einrichtung langfristig auch Flexibilitäten abzubilden. Also wenn ich etwas für 50 Jahre baue, habe ich in 50 Jahren die gleichen Nutzer wie heute. Es ist flexibel. Nutzungsflexibilität ist das erste.

Zweiter Punkt, klar Kostenfinanzierung. Wer bezahlt, ist das sauber durchgerechnet? Bis dahin ist es eigentlich klassisch. Jetzt kommt als dritter Punkt, wo liegt diese Infrastruktur. Liegt die eigentlich richtig? Die Frage, ist es die eigene Kommune, ist es vielleicht die Nachbarkommune, wo muss ich interkommunal, regional so etwas verordnen. Das kann sehr harte Kämpfe geben. Gerade bei der Frage Rückzug auf der Fläche von irgendwelchen Einrichtungen. Wo ist dieses Ding vernünftig angesiedelt? Das ist ganz wichtig bei der Frage Nachhaltigkeitscheck.

Vierter Punkt Flächenverbrauch, also die ganze ökologische Dimension. Ist es hier besser, ist es da größer, kleiner.

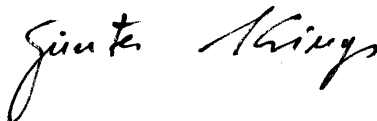
Der fünfte Punkt, das kennen Sie auch aus vielen anderen, Folgenabschätzung. Gibt es eigentlich Alternativen? Die würde ich wieder in drei Punkte trennen. Einmal gibt es technisch die Möglichkeit, es besser, größer, breiter, höher, einfacher, diese ganze Normgeschichte.

Zweitens der Ort, machen wir es wirklich hier an der richtigen Stelle. Erreichen wir zum Beispiel Sozialbedürfnisse, sind alle mobil, diese ganzen Fragen.

Letzter Punkt, Träger. Muss ich das machen, kann das ein Zweckverband, kann das ein Privater machen. Diese fünf Punkte, das ist eine einfaches Gerüst, das ist eigentlich vermittelbar, können Sie beliebig aufpusten mit Gutachten zu jedem dieser Punkte, kein Problem. Aber vom Prinzip her ist das für mich ein Nachhaltigkeitscheck, ob Sie das nun Demographieenge nennen oder Demographiestempel, ist eigentlich egal, Hauptsache, Sie bringen es vor Ort rüber und die Leute finden sich wieder.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank, Herr Mensing. Ihre letzte Antwort hat zugleich die öffentliche Anhörung beendet. Ich darf mich bei allen bedanken, auch mit Blick auf die inzwischen etwas gelichteten Zuschauertribünen, die anfangs voller waren. Ich darf ausdrücklich noch einmal meinen Dank ausrichten an all diejenigen, die an der Vorbereitung der Anhörung beteiligt waren. Das waren insbesondere die Mitarbeiter aus den Fraktionen und natürlich das Sekretariat des Beirates für nachhaltige Entwicklung, herzlichen Dank. Ich bedanke mich besonders herzlich bei den Sachverständigen, die uns Rede und Antwort gestanden haben.

Ende: 20:00 Uhr

A handwritten signature in black ink, reading "Günter Krings". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Günter Krings, MdB